



Plenarprotokoll

37. Sitzung

Donnerstag, 6. September 2018

Auswirkungen des trockenen Sommers auf die Landwirtschaft Schleswig-Holsteins	2666	Volker Schnurrbusch [AfD].....	2673
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/895		Flemming Meyer [SSW].....	2674
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	2667	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2676
Heiner Rickers [CDU].....	2668	Beschluss: Berichts-antrag Drucksache 19/895 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	2677
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	2669, 2676	eSport auch in Schleswig-Holstein fördern	2677
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2671, 2675	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/896	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2672		

Barbara Ostmeier [CDU].....	2677	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	2693
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	2678	Anette Röttger [CDU].....	2694
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2680	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2695
Jörg Hansen [FDP].....	2681	Dennys Bornhöft [FDP].....	2696
Claus Schaffer [AfD].....	2682	Volker Schnurrbusch [AfD].....	2697
Lars Harms [SSW].....	2683	Flemming Meyer [SSW].....	2698
Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	2685	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	2699
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/896 an den Innen- und Rechtsausschuss und mitbera- tend an den Bildungsausschuss.....	2686	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/704 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/826.....	2700
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über das Leichen-, Bestat- tungs- und Friedhofswesen des Landes Schleswig-Holstein (Bestat- tungsgesetz - BestattG)	2686	Informatikunterricht zukunftswei- send voranbringen	2700
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/887		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/863	
Lars Harms [SSW].....	2686	Alternativantrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/920	
Ole-Christopher Plambeck [CDU]	2687	Tobias Loose [CDU].....	2701, 2707
Birte Pauls [SPD].....	2688	Dr. Heiner Dunkel [SPD].....	2702, 2707
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2689	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2703
Annabell Krämer [FDP].....	2690	Anita Klahn [FDP].....	2704
Claus Schaffer [AfD].....	2691	Dr. Frank Brodehl [AfD].....	2705
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	2692	Jette Waldinger-Thiering [SSW]..	2706
Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 19/887 an den Sozialausschuss.....	2693	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	2708
Nachhaltige Strategie gegen Le- bensmittelverschwendung	2693	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur	2709
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/704		Beschluss: 1. Ablehnung des Alterna- tivantrags Drucksache 19/920 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/863.....	2711
Lebensmittelverschwendung ein- schränken - Lebensmittel wert- schätzen	2693	Gemeinsame Beratung	
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/826		a) Legalplanung für den zweiglei- sigen Ausbau der Marschbahn zwischen Niebüll und Klanxbüll	2711
		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/855	

Ausbau der Marschbahn pendlerorientiert gestalten	2711	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	2736
Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/923		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/876 (neu).....	2737
b) Die Planungsverfahren für die S 4 beschleunigen	2711	Bezahlbares Mieten und Kaufen von Wohnungen und Häusern sicherstellen - Gebührenordnung für Immobilienmakler bei der Vermittlung von Wohnimmobilien einführen	2737
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/894		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/881	
Planfeststellung weiterführen und die S 4 zügig realisieren	2711	Özlem Ünsal [SPD].....	2737
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/924		Peter Lehnert [CDU].....	2739
Kay Richert [FDP].....	2712	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2740
Kai Vogel [SPD].....	2714, 2723	Christopher Vogt [FDP].....	2742
Lukas Kilian [CDU].....	2718	Jörg Nobis [AfD].....	2743
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2719	Lars Harms [SSW].....	2744
Volker Schnurrbusch [AfD].....	2720	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2745
Flemming Meyer [SSW].....	2722	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	2747
Martin Habersaat [SPD].....	2725	Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 19/881.....	2749
Hans-Jörn Arp [CDU].....	2725	Medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern .	2749
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	2726	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/882	
Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 19/855 und der Alternativanträge Drucksachen 19/923 und 19/924 an den Wirtschaftsausschuss 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/894.....	2730	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	2749
Verbot von Wildtierhaltung in Zirkussen	2730	Bernd Heinemann [SPD].....	2750
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/876 (neu)		Hans Hinrich Neve [CDU].....	2752
Stefan Weber [SPD].....	2730	Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2752
Heiner Rickers [CDU].....	2731	Dennys Bornhöft [FDP].....	2753
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2732	Dr. Frank Brodehl [AfD].....	2754
Dennys Bornhöft [FDP].....	2733	Flemming Meyer [SSW].....	2755
Volker Schnurrbusch [AfD].....	2735	Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	2756
Flemming Meyer [SSW].....	2735	Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 19/882 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	2757

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle recht herzlich. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, teile ich Ihnen mit, dass nach Mitteilung der Fraktionen aus der SPD-Fraktion der Abgeordnete Thomas Rother und aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Dr. Marret Bohn erkrankt sind. Wir wünschen baldige Genesung!

(Beifall)

Beurlaubt ist aus der CDU-Fraktion der Abgeordnete Volker Nielsen. Von der Landesregierung ist wegen auswärtiger Verpflichtungen Ministerin Monika Heinold beurlaubt.

Der Abgeordnete Hamerich hat zudem nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Nachmittagssitzung verhindert ist.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüßen Sie mit mir gemeinsam Besucherinnen und Besucher der Gemeinschaftsschule Probstei auf unserer Besuchertribüne. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Auswirkungen des trockenen Sommers auf die Landwirtschaft Schleswig-Holsteins

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/895

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse daher zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich hiermit um Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist damit einstimmig so beschlossen. Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Herrn Jan Philipp Albrecht, zu seiner ersten Rede hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Selten war die Landwirtschaft so oft in den Nachrichtensendungen wie in diesem Sommer, und das hat einen Grund. Die Dürre konnte jeder vor seiner eigenen Haustür nachvollziehen. Noch nie seit Kriegsende war es in Schleswig-Holstein so trocken wie in diesem Jahr. In den Monaten Mai bis Juli hatten wir nur 94 ml statt normal 202 ml Niederschläge, und das nach einem extrem nassen Herbst und Winter. So hatten wir zwei extreme Wetterereignisse hintereinander.

Die Dürre ist noch lange nicht ausgestanden. Auch wenn es in den letzten Tagen wieder geregnet hat, viele Betriebe werden noch weit bis ins nächste Jahr mit den Folgen umgehen müssen und an dem Umbau ihrer Anbauplanungen zu arbeiten haben. Insbesondere die viehhaltenden Betriebe machen sich viele Sorgen, weil das Futter knapp ist.

Auch in Schweden und Dänemark spüren die Landwirte all dies. Die Dürre war nicht nur ein regionales Problem. Fast alle Landwirte leiden unter den Dürrefolgen. Viele Betriebe haben mehr als 30 % Ertragsverluste. Unsere Schätzung von Anfang August von einem Minus über 400 Millionen € gegenüber einem Normaljahr könnte sich tatsächlich bestätigen. Das wäre für viele Landwirte und ihre Familien eine ganz bittere Konsequenz dieses Hitzesommers.

Wir können in Schleswig-Holstein von Glück sagen, dass unsere Landwirtschaft vergleichsweise gut und eigenkapitalstark aufgestellt ist. Doch auch unsere Landwirte überlegen seit Wochen fieberhaft, wie sie produktionstechnisch optimal auf die Dürre reagieren. Deshalb ist es gut, dass mein Vorgänger und auch seine Kolleginnen und Kollegen in Bund und Ländern besonnen und flexibel zugleich reagiert haben: Angefangen von der Möglichkeit, Futter auf Brachflächen zu gewinnen, bis hin zur Möglichkeit für Ökobetriebe, im Notfall und begrenzt auch konventionelle Futtermittel zuzukaufen. Schnell hat Finanzministerin Heinold die Finanzämter angewiesen, bei der Festsetzung der Vorauszahlungen flexibel zu reagieren. Viele Betriebe können so nun selbst mit den Dürrefolgen fertig werden.

Doch es gibt Betriebe, die die Dürre die Existenz kosten könnte. Hier muss klar sein: Die Landesregierung kann und will nicht tatenlos dabei zusehen. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir Länder mit dem Bund ein Programm erarbeitet haben, mit dem

signifikante Hilfen für existenzgefährdete Betriebe vorgehalten werden. Wir müssen und werden jene solidarisch auffangen, die ansonsten ihren Betrieb aufgrund der Dürre praktisch schließen müssten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, klar ist allerdings auch: Wirklich unbürokratisch werden diese Hilfen nicht bereitgestellt. Nach einigem Bohren kommt in die Verhandlungen mit dem Bund gerade etwas Flexibilität. Insgesamt gehen wir aber schon davon aus, dass ein umfassendes Prüfverfahren auf uns zukommt. Wie viele Anträge wir erwarten können, lässt sich erst abschätzen, wenn Bund und Länder sich auf diese Feinheiten der Vereinbarungen geeinigt haben. Diese werden darüber entscheiden, wie viele Betriebe in Schleswig-Holstein die Kriterien für eine Existenzgefährdung erfüllen. Das Gesamtvolumen für die Bezuschussung solcher Betriebe im Bundesgebiet steht nun fest, es wird 340 Millionen € umfassen. Sobald sich die Schätzung konkretisieren lässt, wird die Landesregierung den Landtag bitten, die Mittel des Landes bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, die diesjährige Dürre betrifft uns alle. Wir wissen: Ohne Lebensmittel haben wir ein Problem, und ohne Landwirte geht es nicht. Und wir wissen, wir können die Augen vor den teils dramatischen Klimaveränderungen nicht verschließen.

Aber in jeder Krise liegt auch eine Chance. Wir schulden es auch und gerade den nun an der Dürre leidenden Landwirten, dass diese Chance ergriffen wird und die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein eine Perspektive bekommt. Es ist gut, dass bereits lebhaft Ansatzpunkte einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft in der Branche diskutiert werden, und es ist richtig, dass wir in dieser Lage Hand in Hand mit den Landwirten, den Umwelt-, Tier- und Naturschutzverbänden, der Wissenschaft, der Forschung, den Technologieanbietern sowie auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern neue Wege gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dies wird auch für die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 entscheidend sein, denn wenn es gelingen soll, die Förderung der Landwirtschaft durch die EU in vergleichbarer Höhe wie bisher trotz des Brexits fortzusetzen, dann muss es uns auch gelingen, den Mehrwert einer nachhaltigen Landwirtschaft für die europäischen Steuerzahler zu begründen.

(Minister Jan Philipp Albrecht)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW,
vereinzelt CDU, SPD und FDP)

Die Umstellung auf neue Technologien zum gezielten Einsatz von Düngemitteln, verstärkte Maßnahmen zum Tierwohl sowie ein hohes Maß an Pflanzenvielfalt sind dabei wichtige Bausteine.

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Folgen der Dürre ernst, und es ist notwendig und richtig, Solidarität mit den notleidenden Betrieben zu üben. Gleichzeitig nehmen wir diese Krise zum Anlass für einen neuen Aufbruch in eine nachhaltige, klimaresistente und auch digitalisierte Bewirtschaftung unserer Natur, damit die Landwirte hier im Norden eine echte Zukunft haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU,
SPD, FDP und vereinzelt AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit weitgehend eingehalten.

(Heiterkeit)

Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, dass die Fraktionen keinen signifikanten Zuwachs bei den Redezeiten bekommen.

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Dürre hat Schleswig-Holstein ganz stark getroffen. Das haben Sie in den Medien intensiv lesen können.

In der letzten Woche fand die aus unserer Sicht so wichtige Landwirtschaftsmesse NORLA in Rendsburg statt. Es hat glücklicherweise aus allen beteiligten verantwortlichen politischen Richtungen Solidaritätsbekundungen und Unterstützung für die hier in Schleswig-Holstein tätigen Bäuerinnen und Bauern gegeben. Deshalb möchte ich mich vorweg ganz besonders beim Kabinett, vor allem bei unserem Ministerpräsidenten, für die ganz hervorragenden Worte und die zugesagte Unterstützung bedanken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Herr Minister, erlauben Sie mir, dass ich Ihnen nicht nur im Namen der CDU-Fraktion, sondern

auch im Namen meiner Kollegen hier im Landtag herzlich danke und Sie zu Ihrer ersten Rede, in der Sie Ihre Solidarität in diesem Bereich bekundet haben - und das als Landwirtschaftsminister -, beglückwünsche. Gerade wir als CDU-Fraktion erwarten dieses Thema. Ich bin Ihnen dankbar, dass wir nicht in eine Grundsatzdiskussion gekommen sind, bei der es wieder einmal darum geht, dass es die einen richtig gemacht haben und die anderen nicht.

Trocken ist nun einmal trocken. Und es hat alle Bereiche der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft hier in Schleswig-Holstein getroffen. Egal, ob Sie Biolandbau oder traditionelle Landwirtschaft betreiben oder ob Sie neue Tannenbäume gepflanzt haben. Überall dort, wo kein Regen gefallen ist, sind die Landwirte in Not. Den Betroffenen müssen wir natürlich helfen, und da machen wir uns alle gemeinsam auf den Weg. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Aus Sicht der CDU-Fraktion möchte ich deutlich sagen, dass es richtig ist, dass die Bundeslandwirtschaftsministerin zunächst überlegt und sich dann selbst ein Bild von der Lage, auch hier bei uns im Norden, gemacht hat. Sie hat dabei festgestellt, dass die Forderung nach einer bundesweiten Unterstützung in Höhe von 1 Milliarde € vielleicht doch ein Stück überzogen war, und deshalb sind wir nun bei einer Gesamtsumme vom Bund geschätzt mit 370 Millionen € angekommen.

Auch die Aussage der Ministerin, dass es für die Bäuerinnen und Bauern keine Vollkaskounterstützung gibt, muss man zulassen. Sie sind Unternehmer und müssen am Ende ein Stück weit mit den Widrigkeiten des Wetters leben. Sollten es Klimaveränderungen sein, muss sich die Landwirtschaft auch darauf einzustellen. Da sind wir uns alle einig.

Auch das haben Sie richtig erwähnt: Es gibt Landstriche in Schleswig-Holstein, die Glück hatten, die eine durchschnittliche Ernte eingefahren haben, die weniger Aufwand betrieben, am Ende höhere Preise für ihre Erzeugnisse bekommen haben und die mit einem blauen Auge davongekommen sind. Diese fordern zu Recht auch keine staatliche Unterstützung. Diese dürften wir ihnen auch nicht gewähren. Das zeigt, in welchem Zwiespalt wir uns befinden; denn es gibt durchaus Regionen, in denen es statt der durchschnittlichen 133 ml in den drei wichtigsten Vegetationsmonaten Mai, Juni und Juli nur bis zu 10 ml je m² in der Zeit des Hauptwachstums geregnet hat, und das bei extremer Verdunstung und

(Heiner Rickers)

Sonneneinstrahlung. Da ist klar, dass in diesen Regionen nichts wachsen und somit die Bauern nichts ernten konnten.

Das gilt sowohl für das Getreide als auch für die Kartoffel und die Spezialkulturen. Das gilt auch ganz besonders für diejenigen, die Vieh auf der Weide haben. Wir wollen ja auch, dass die Bauern auf den leichten Böden das Vieh auf die Weide stellen, damit wir dann die Milch der Weidegraskühe haben. Für die Weidemilch - auch für die Bioweidemilch, das kennen Sie alle - ist das Grundvoraussetzung. Genau diese Leute sind doppelt gestraft, indem sie das, was wir als Gesellschaft fordern, am Ende gemacht haben und ihre Rinder jetzt nichts zu fressen haben. Denen muss natürlich geholfen werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie brauchen Viehfutter im Winter. Da müssen wir unkonventionell denken und unkonventionell helfen.

Ich bin Ihnen und natürlich auch unserem Bundesministerium dankbar, dass wir da Lösungen finden. Wir dürfen dann den Aufwuchs, der jetzt bis Oktober, November, Dezember noch wächst - wir hoffen auf einen tollen Spätsommer mit Niederschlägen, Wärme und Sonneneinstrahlung - für die Fütterung der Rinder, der Schafe und auch der Pferde nutzen. Wir sind dafür dankbar, dass wir auch die Greeningflächen und die Winterbegrünung nutzen dürfen. Fragen Sie nach, was das ist. Das ist wichtig für die Futtermittellieferung. Ebenso sind wir dankbar, dass wir Stroh aus anderen Regionen in die Regionen, in denen es gebraucht wird, transportieren können, sodass wir am Ende vielleicht mit einem blauen Auge davonkommen.

Wer aber in die Liquiditätsfalle kommt, und das ist das Fatale an dem System, wartet jetzt auf das Geld, er wartet jetzt auf Unterstützung und auf das politische Signal. Das können wir hier aus diesem Hohen Haus senden, und wir können es senden, indem wir bestätigen, dass wir diesen Betrieben möglichst unbürokratisch helfen wollen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD)

Warum sich das als schwierig darstellt, habe ich erwähnt. Aber, Herr Minister, wir wollten darüber nachdenken, ob wir tatsächlich auf Antrag denjenigen, die in Not sind, auch die Prämie früher auszahlen. Das ist wichtig. Die EU-Prämie sichert Liquidität und zeigt den Banken, dass wir gewillt sind, die

Landwirte zu unterstützen. Die zweite Maßnahme, da gebe ich Ihnen recht, wurde vom Bund nicht hundertprozentig durchdacht. Hier wird vorgeschlagen, dass wir anteilig auf Antrag mit einer Sondergenehmigung in Liquiditätskrisen, in Existenznöte geratenen Landwirten vielleicht ein Stück weit die Landesprämie, die wir zur Verfügung stellen wollen - auch da sind wir uns einig -, auf Antrag vorziehen und ihnen auszahlen, auch wenn es nur ein Abschlag sein sollte. Die Bauern sind heute so gut aufgestellt und beraten, dass sie abschätzen können, ob sie am Ende das Geld zu Recht bekommen oder es mit einem riesigen Aufwand zurückzahlen müssen.

Wenn wir das alles gemeinsam gestalten und so auf den Weg bringen, dann sind wir gut aufgestellt. Das sind wir unserem Berufsstand und der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein schuldig. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich danke Ihnen für Ihren Bericht und sage ein herzliches Willkommen in Schleswig-Holstein!

(Beifall SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Am 22. August 2018 stellte die Bundesministerin für Landwirtschaft fest, dass es sich bei dieser Trockenheit um ein nationales Ereignis handelt. Schleswig-Holstein ist besonders betroffen, Details haben wir gehört. Die Verhältnisse in Schleswig-Holstein sind sehr unterschiedlich. Da wir keine Förderung mit der Gießkanne wollen, muss es darum gehen, nach der Feststellung der Betroffenheit und der Bedürftigkeit die Betriebe zu unterstützen; denn sie brauchen jetzt unsere Solidarität.

(Beifall SPD und SSW)

Gerade bei den notleidenden tierhaltenden Betrieben muss die Hilfe jetzt ankommen und nicht, wie der Minister im Ausschuss erklärte, irgendwann 2019 oder gar 2020. Sie haben gerade auch die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten auf der

(Kirsten Eickhoff-Weber)

NORLA angesprochen: keine Zahlen, nichts Detailliertes, nichts Konkretes. So geht es nicht!

(Beifall SPD)

In Mecklenburg-Vorpommern hat der Finanzausschuss bereits 25 Millionen € für die Förderung bereitgestellt. Und in Brandenburg ist extra ein Landesprogramm in Höhe von 5 Millionen € auf den Weg gegangen, insbesondere zur Unterstützung der tierhaltenden Betriebe. Offensichtlich sind sozialdemokratische Landwirtschaftsminister näher an der Not der Bauern, als wir das hier sind.

(Beifall SPD - Zurufe CDU: Oh!)

Es bleibt doch die Tatsache: Wer weiterhin regional produzierte Lebensmittel konsumieren will, wer Wert auf eine vielfältige heimische Kulturlandschaft legt, der darf die Bauern nach der Trockenheit jetzt nicht im Regen stehen lassen. Sie alle wissen: Die großen Betriebe sind schon auf dem Weg, sind auf Einkaufstour, und die kleinen Betriebe werden Land verkaufen müssen, um ihre Liquidität zu erhalten. Das gilt es zu verhindern. Strukturbrüche dürfen nicht provoziert werden.

Entscheidend ist doch aber, und das hat dieser Sommer gezeigt: Neben der schnellen Hilfe für die betroffenen Betriebe brauchen wir eine zukunftsfeste Aufstellung der Landwirtschaft. Es muss ein Maßnahmenpaket geschnürt werden, in dem die dringend benötigten Ackerbau- und Nutztierstrategien ebenso enthalten sind wie eine gemeinsame europäische Agrarpolitik, die so zu gestalten ist, dass nachhaltiges Wirtschaften und die Anpassung an den Klimawandel gefördert werden. Wir brauchen eine klare Umweltorientierung der europäischen Agrarpolitik.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Minister, Digitalisierung wird dabei eine Rolle spielen. Aber mit Digitalisierung allein wird uns die Zukunftsausrichtung der Agrarpolitik nicht gelingen.

Dankbar bin ich für den Hinweis - und ich bin auch dankbar für Ihre Formulierung -: Der Bauerntag hat tatsächlich gezeigt, dass jetzt Bewegung in der Agrarpolitik ist. Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbandes fordert einen Pakt - ich zitiere -, um gemeinsam festzulegen, was wir brauchen, um eine nachhaltige ökonomisch tragfähige sowie ökologische und sozialverträgliche - mit anderen Worten: eine zukunftsfähige Landwirtschaft - zu erhalten. Dabei haben die Bauern die SPD an ihrer Seite. Sie wissen, dass ich hier seit Jahren eine nachhaltige Agrarpolitik fordere, sozial

gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch rentabel.

(Heiner Rickers [CDU]: Das haben wir alles schon einmal gehört!)

Das tue ich hier als agrarpolitische Sprecherin, das tue ich für die Landtagsfraktion; aber wir haben auch einen Landesparteitagsbeschluss und einen Parteitagsbeschluss der SPD in Wiesbaden dazu gefasst.

(Beifall SPD)

Das also ist die Position der SPD. Ich freue mich, Herr Minister, dass auch Sie genau dieselben Worte benutzt haben. Sie haben auf diesen Pakt hingewiesen und auf den Pakt, auf den die Politik bei der NORLA so gern eingegangen ist. Sie haben es aufgezählt. Sie haben die Verbraucherinnen und Verbraucher mit dazu genommen. Genau diese müssen bei dem Pakt dabei sein; denn ohne Verbraucher - die sind auf der NORLA nicht genannt worden - wird eine Neuausrichtung nicht gelingen.

Die Gewerkschaften müssen ebenfalls dabei sein; denn wir wissen doch, wie katastrophal die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie zum Teil sind. Der gesamte Bildungsbereich muss auch dabei sein; denn ohne Bewusstsein wird uns die Neuausrichtung der Landwirtschaft nicht gelingen.

(Beifall SPD)

Und dennoch: Zur Verantwortung gezogen werden müssen die Ernährungswirtschaft und der Lebensmitteleinzelhandel. Bauern sind die Lieferanten unserer Lebensmittelrohstoffe. Deshalb müssen diese auch über die Lieferbedingungen und die Preise mitentscheiden; denn nur faire Preise ermöglichen ein Einkommen, von dem man für schlechte Zeiten Rücklagen bilden kann. Die Bauern brauchen mehr Mitbestimmung.

(Beifall SPD)

Alle diese Partner müssen mit an den Tisch; denn sonst fehlt die soziale Säule der Nachhaltigkeit. Sonst erleben wir genau das, was wir hier in der Runde bei Jamaika immer erleben; ein Ausgleich von Ökologie und Ökonomie. Aber wo ist das Soziale? Das ist ihr Credo. Offensichtlich haben Sie das alles über Bord geworfen. Diesen Fehler dürfen wir nicht machen. Bei einer Neuausrichtung der Agrarpolitik geht es darum, ökologisch verträglich, ökonomisch rentabel und sozial gerecht zu sein. Das ist die Herausforderung, meine Damen und Herren.

(Kirsten Eickhoff-Weber)

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bauern in Schleswig-Holstein wissen die SPD an ihrer Seite. - Danke.

(Lebhafter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, herzlich willkommen hier im Haus. Ich hatte erwartet, dass Sie hier eine viel längere Rede halten würden. Deshalb muss ich meine Rede jetzt ein bisschen kürzen.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich bedanke mich bei der Landesregierung für den Bericht und auch für ihren Einsatz in Bund und Land in den letzten Monaten der Dürre hier. Heiner hat es ganz klar gesagt: Trocken ist trocken. Die Standorte sind unterschiedlich betroffen. Ich halte es nicht für sinnvoll, dass sich jedes Land ein eigenes Hilfsprogramm strickt.

Heiner Rickers hat es nicht gemacht und deshalb werde ich es auch nicht machen, hier alle Parteitagsbeschlüsse der letzten Jahre in Bund, Land und Kreis aufzuführen. Ich glaube, das hilft hier überhaupt nicht weiter,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

genauso wenig wie es weiterhilft, wenn Sie uns jetzt vorhalten, was irgendwo in den neuen Bundesländern beschlossen worden ist. Ich weiß, der Landwirt ist „bodengebunden“. Deshalb kann ich nicht sagen: „Geh doch rüber!“

(Heiterkeit CDU)

Aber ich halte es einfach für wichtig, im Auge zu behalten, dass wir einheitliche Programme im Bund und im Land anstreben, dass wir insoweit zusammenstehen.

Auch wenn Sie nicht gerade glücklich darüber sind, was das Bundeskabinett bisher an Nothilfeprogramm vorgelegt hat, wird es schwierig sein, ein Programm zu bekommen, das nicht mit Hilfe einer Gießkanne verteilt wird. Das wollen inzwischen im Grunde ja alle nicht mehr. Die von der Dürre be-

troffenen und in ihrer Existenz bedrohten Betriebe müssen gezielt mit den vom Land und vom Bund bereitgestellten Mitteln in Höhe von etwa 20 Millionen € abgesichert werden. Das ist eine Herausforderung für Beratung, Verwaltung und Banken.

Von daher bin ich auch vorsichtig bei vorweggezogenen Zahlungen. Ich bin einfach deshalb vorsichtig, weil das letztlich auch eine Doppelbelastung der Verwaltung bedeutet. Die Betriebe sind fit und können gut einschätzen, wo sie liegen; die Banken sind fit und können das ebenfalls gut einschätzen; die Beratung ebenfalls. Von daher bin ich sehr vorsichtig mit vorweggezogenen Zahlungen, wenn dadurch die Verwaltung mit anderen Zahlungen ins Stolpern kommt.

Zurzeit sind wesentliche Fragen der Umsetzung allerdings bei Weitem noch nicht geklärt. Die Situation vieler Betriebe ist trotz der vielen Sonne bedrückend, ja. Die Situation ist aber auch deswegen bedrückend, weil sie wirtschaftlich ohnehin schon angespannt war durch eine ruinöse Preissituation bei vielen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Eine ruinöse Marktsituation, Preise weit unter Gestehungskosten, führen eben zu Substanzverlust und haben die Betriebe destabilisiert und erst anfällig gemacht für derartige Krisen.

Die Antwort kann nur sein, dass im Rahmen der EU-Agrarpolitik endlich faire Marktregeln umgesetzt werden, die Marktversagen und Dumpingpreise verhindern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch Verarbeitung und Handel müssen hier Verantwortung übernehmen. Sie sollten endlich erkennen, dass sie mit ihrer Politik des Preiskampfes ihre eigenen Erzeuger ans Messer liefern. Es ist schon ein Trauerspiel, wie sich derzeit viele Marktpartner im Bereich der Lebensmittelkette verhalten.

Die Betriebe werden die Herausforderungen aus Umwelt, Klima und wirtschaftlicher Stabilisierung letztlich aus den Erlösen der Erzeugnisse erbringen müssen. Ein ständiges Rufen nach dem Steuerzahler will keiner, wollen Sie insbesondere auch nicht. Denn dies hilft letztlich auch nicht wirklich weiter.

Man könnte jetzt noch sehr viele Punkte aufführen, was in welchen Bereichen alles passieren muss. In allen Punkten kann und muss Politik ansetzen. Die Möglichkeiten der EU-Agrarpolitik der ersten Säule für eine aktive Klimapolitik wurden in den letzten 15 Jahren systematisch konterkariert und sträflich vernachlässigt. Hieran war im Grunde auch die deutsche Agrarpolitik maßgeblich beteiligt. Diese

(Bernd Voß)

Fehlentwicklungen konnten letztlich durch die Zwei-Säulen-Programme in den Ländern nur wenig ausgeglichen werden. Die Ankündigungen und Perspektiven für die neue EU-Agrarförderperiode sind bisher außer durch Rhetorik und Wortwahl nicht besonders überzeugend.

Was heißt das letztlich für uns im Land für die Gestaltungsmöglichkeiten jenseits der EU- und der Bundesmittel? Betriebe, Beratung, Landwirtschaftskammer und Hochschulen werden intensiv an Fruchtfolgen und Anbausystemen arbeiten. Sorten und Mischungen, die den nicht vorhersehbaren Herausforderungen der Witterung im Jahresablauf gerecht werden, bekommen ein völlig neues Augenmerk. Bodenschutz und Bodenaufbau werden neu in den Fokus kommen. Emissionswertminderungen werden durch wirksames Düngemanagement zügig umgesetzt. Bei der Digitalisierung wird die entscheidende Herausforderung sein, über die Daten und Auswertung der Daten selber zu verfügen. Hierbei sind insbesondere die langjährigen Kenntnisse des Standortes entscheidend.

Wir haben hier vorgelegt - durch den Zugang zum Geoinformationssystem RkT, ebenso durch ein wirksames Wassermanagement -, dass man endlich mit dem Projekt in Meggerdorf in Gang gekommen ist.

35 % der landwirtschaftlichen Fläche Schleswig-Holsteins sind Grünland. Grünland ist aus Sicht des Klimaschutzes eine der wesentlichen Kohlenstoffspeicher, die wir haben, quasi unser Regenwald. Es wäre daher ein fatales Signal, wenn der derzeitige gute Schutz des Grünlandes durch das Grünlanderhaltungsgesetz geschwächt würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das vergangene Jahr hat uns mit den extremen Wetterbedingungen immer wieder vor Augen geführt, dass die Landwirtschaft ein Wirtschaftszweig ist, der unmittelbar und direkt von den Naturbedingungen abhängig ist. Nass ist nass, und trocken ist eben trocken. Nur bei Anpassung und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wird die Landwirtschaft eine gute Zukunft haben. Ich glaube, wir sollten dabei alle unterstützend wirken. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, herzlich willkommen und vielen Dank für den Bericht. Ich freue mich ehrlich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich meine, wer in der gleichen Stadt geboren ist wie Wolfgang Kubicki - das ist ein so gutes Omen, das kann nur gut werden.

(Heiterkeit - Beifall FDP und Tobias Loose [CDU])

- Der Gag hat jetzt nicht so gezündet.

(Heiterkeit - Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich beginne noch einmal von vorn.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Landwirtschaft litt in diesem Jahr unter der trockensten Periode seit 1881, also seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. In Kombination mit dem sehr sehr nassen Vorjahr - das sollte man nicht vergessen - ist die Erntebilanz verheerend. Wir haben die Zahlen gehört. Trotzdem ist das ganze Ausmaß der Schäden noch nicht abzusehen, da die Dürre noch nicht vorüber ist. Es bringt auch nichts zu sagen, dass es steigende Preise gibt. Das bringt nichts, weil viele Landwirte Vorkontrakte haben und aus diesem Grund trotz steigender Preise vor sehr großen Problemen stehen.

Die Folgen der Dürre und des Wetters sind nicht allein mit Geld zu bewältigen. Ein großes Problem ist, dass das Futter knapp wird. Daher war es zum Beispiel auch sehr richtig, dass die Regierung von einer Ausnahmeregelung im Nationalen Prämienrecht der Direktzahlungen Gebrauch gemacht und in diesem Jahr die Beweidung und den Schnitt von Stilllegungsflächen ab dem 01.07. erlaubt hat. Ebenso richtig ist, meine Damen und Herren, dass die Landwirte die Möglichkeit erhalten haben, auch ökologische Vorrangflächen für den Anbau von Zwischenfruchtmischungen für Futterzwecke nutzen zu können.

Aber, meine Damen und Herren, Futter kann schließlich auch nicht einfach so zugekauft werden, weil die Dürre nicht nur ganz Deutschland betraf, sondern ganz Europa. Das Problem der Futtermittelknappheit wird dann im Frühjahr 2019 akut; es wird sich zuspitzen, weil dann die Lager leer sind.

Meine Damen und Herren, einige Betriebe - auch das hörten wir schon - werden durch diese Dürreperiode in ihrer Existenz bedroht. Es ist richtig einzu-

(**Oliver Kumbartzky**)

wenden, dass das Wetter irgendwo zum Berufsrisiko der Landwirtschaft gehört. Ertragsschwankungen sind in der Landwirtschaft keine Ausnahmen. Das gehört zum klassischen Risiko der Wertbank unter freiem Himmel. Der Landwirt kalkuliert mit dem Wetter. Trotzdem halten wir die Nothilfe für von Dürre in ihrer Existenz bedrohten Betriebe in diesem Fall für gerechtfertigt - aber eben nicht nur aufgrund der extremen Wetterlage aus diesem Jahr und dem Vorjahr.

Meine Damen und Herren, die Gesellschaft hat an die Landwirtschaft immer höhere Ansprüche gestellt, ihr immer mehr auferlegt und ihr immer höhere Kosten aufgebürdet. Gleichzeitig hat es die Politik in den letzten Jahren versäumt, den Landwirten eine eigene Risikovorsorge zu ermöglichen. Wenn außergewöhnlich schlechtes Wetter hinzukommt, ist es für viele Landwirte zu viel.

Aber, meine Damen und Herren, es braucht mehr als Zeit und Geld, es braucht auch einer Politik, die nicht nur auf Ordnungsrecht setzt, sondern die auch zuhört und nachsteuert. Deshalb setzen auch wir uns, Frau Kollegin Eickhoff-Weber, für den Pakt für die Landwirtschaft ein. Ich begrüße es sehr, dass auch auf dem Landesbauerntag darüber so klar und deutlich gesprochen worden ist, und dass der Minister dort eingeschlagen hat.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen einen konstruktiven Dialog zwischen Landwirtschaft und den Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Verbänden. Wir müssen aufeinander zugehen und voneinander lernen, und wir müssen miteinander statt übereinander reden. Es ist offensichtlich, dass sich die Landwirtschaft an die gestiegenen Ansprüche der Gesellschaft, aber auch an die Herausforderungen des Klimawandels anpassen muss. Die Landwirtschaft reagiert bereits auf die geänderten Anreize. Landwirte passen ihre Fruchtfolgen an, kaufen neue Maschinen, neues Gerät.

Dieser Prozess wird aber nur gelingen, wenn die Politik nicht weiter in die unternehmerische Freiheit der Landwirte eingreift. Deshalb brauchen wir - wie ich schon sagte - diesen Pakt für die Landwirtschaft. Wir brauchen den konstruktiven Dialog, der von der großen Systemdebatte abrückt. Wir müssen pragmatische Lösungen finden, denn die Betriebsarten sind so unterschiedlich wie die einzelnen Betriebsführer. Große Reformkonzepte werden da nicht funktionieren.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, Landwirte sind freie Unternehmer. Es ist an der Zeit, die Eigenvorsorge der Landwirte angemessen zu honorieren. Vorsorge beginnt vor der Krise. Die Politik sollte durch die Schaffung eines entsprechenden Instrumentes zeigen, dass sie aus der aktuellen Krise gelernt hat. Daher setzen wir uns auch auf Bundesebene dafür ein, die steuerfreie Ansparung einer Risikoausgleichsrücklage in Höhe des Durchschnittsgewinns der vergangenen vier Jahre zu ermöglichen. Negative Auswirkungen künftiger Krisen können so deutlich abgemindert werden! - Ich habe leichtes Murren gehört: Auch der SPD-Minister aus Brandenburg, den Sie erwähnt haben, hat sich schon dafür eingesetzt. Hervorragend. Es gibt auch einen Parteitagbeschluss dazu.

(Beifall FDP und Johannes Callsen [CDU])

Ich denke, das wäre der bessere Weg als bei jeder neuen Krise den Eindruck zu erwecken, diese mit Finanzspritzen abmildern zu können. - Ich danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Verehrter Herr Minister Albrecht, vielen Dank für Ihren Bericht. Auch von unserer Seite viel Erfolg bei Ihren vielfältigen Aufgaben.

Es gibt bei allen schlechten Nachrichten auch wenige gute. Die dürrebedingten Rückgänge beim Winterweizen konnten teilweise durch einen stärkeren Sommerweizenanbau kompensiert werden. Unsere Landwirte haben sich also zum Teil schon an die Wetterereignisse der letzten zwölf Monate angepasst. Trotz Rückgang der Erntemengen um 30 % ist das zunächst eine gute Nachricht.

Die schlechte Nachricht ist - das haben wir eben gehört - die finanzielle Situation vieler Betriebe. Für Schleswig-Holstein ist es wichtig, auch eine große Anzahl kleiner Betriebe zu erhalten, denn sie sorgen für biologische Vielfalt und bereichern nicht zuletzt unsere Kulturlandschaft.

Daher befürwortet auch die AfD eine schnelle und unbürokratische Unterstützung der notleidenden

(Volker Schnurrbusch)

Landwirte mit finanziellen Soforthilfen. Ob die Landwirte die Finanzhilfe annehmen, um sich importiertes Grünfutter aus Spanien oder Frankreich zuzukaufen oder um die Notschlachtung ihrer Rinder zu kompensieren - viele Landwirte brauchen diese Hilfen so schnell wie möglich.

Im Moment ist nicht klar, wieviel Liquidität kleinere Betriebe in den nächsten zwei Jahren überhaupt noch aufbringen können. Daher muss jetzt dieser Liquiditätseingangs schnell geschlossen werden. Kurzfristig, das sagen auch wir, sollen die EU-Direkthilfen, die jedes Jahr ausgeschüttet werden, sobald wie möglich ausgezahlt werden. Mittelfristig sollte Betrieben auch ermöglicht werden, eine steuerbefreite Risikoausgleichsrücklage zu bilden.

Mit diesem finanziellen Polster, das die Landwirte sich selbst anlegen können, können die Landwirte erwirtschaftete Gewinne als Krisenvorsorge anlegen und bräuchten nur den so reduzierten Gewinn versteuern. Im Gegensatz zu den Investitionsabzugsbeträgen müsste diese Zulage nicht zweckgebunden gestaltet werden, sodass Landwirte die Rücklage also nicht etwa für den Mähdrescher verwenden müssen, für den man drei Jahre hintereinander Geld beiseitegelegt hat.

Nach EU-Recht dürfen existenzgefährdete Betriebe nicht unterstützt werden. Ein Verzug bei der Auszahlung der Mittel könnte nun aber den einen oder anderen Betrieb zum Aufgeben zwingen. Eine zurückgehaltene Auszahlung in diesem Jahr würde eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Das Ministerium rechnet aktuell mit etwa 500 Betrieben in Schleswig-Holstein, die diese Hilfen in Anspruch nehmen könnten.

Wir meinen: Das soll aber nicht heißen, dass diese Mittel, die jetzt von Bund und Land bereitgestellt werden, nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet und am Ende vielleicht auch unrentable Betriebe künstlich am Leben erhalten werden sollen. Denn Landwirte - das haben wir heute auch schon gehört - müssen als selbstständige Unternehmer auch das Risiko tragen. Das ist selbstverständlich.

Aber, sehr geehrter Herr Minister Albrecht, Ihr Vorgänger hat vor zwei Wochen im Umweltausschuss angekündigt, er wolle etwaige Hilfen eben nicht früher auszahlen, um die Programme, die noch anstehen, in einem Schritt abzuhaken. Das kann jedoch für einige Landwirte dramatische Folgen haben. Wir meinen: Die Hilfe kann nicht warten, und es darf nicht am Mangel an Personal in den Behörden scheitern.

Soforthilfe ist das eine, die Zukunft das andere. Wir schlagen vor, dass in Zukunft finanzielle Hilfen mit einer Verpflichtung zur Investition in Bewässerungsanlagen verknüpft werden sollten. Bisher wird das nur in wenigen Gebieten in Schleswig-Holstein angewendet, zum Beispiel in Lauenburg, aber ich meine, aufgrund der Dürresituation und auch der Prognosen für die nächsten Jahre sollten wir das ins Auge fassen.

Noch weiter gedacht - Sie sind ja jetzt neu im Amt; deswegen spreche ich einmal ganz mutig ein Zukunftsprojekt an -: Wir sollten auch daran denken, dass wir zwischen Nord- und Ostsee liegen, und wir sollten über Meerwasserentsalzungsanlagen nachdenken. Das ist ein großes Projekt, das hunderte von Millionen von Euro kostet. Die Stadt Barcelona hat das zum Beispiel mit Hilfe des EU-Kohäsionsfonds angeschafft. Die Kosten betragen 230 Millionen €, aber die Stadt Barcelona muss nur 60 Millionen € tragen. Das ist eine überschaubare Summe. So konnten immerhin 4,5 Millionen Einwohner im Großraum zu 25 % mit Trinkwasser versorgt werden. Ich meine, so etwas kann man für die Zukunft gern andenken.

Die AfD plädiert also für eine Mischung aus Soforthilfe und Investitionen in die Zukunft. Von Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, wünschen wir uns: Unterstützen Sie unsere Landwirte beim Schaffen von Bewässerungssystemen, prüfen Sie den langfristigen Bau von Meerwasserentsalzungsanlagen und sichern Sie aktuell die Liquidität der Landwirte, indem die EU-Direktbeihilfen so schnell wie möglich ausgezahlt werden. Die Landwirte werden es Ihnen danken und wir auch. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Jeg vil også gerne byde den nye minister Albrecht hjerteligt velkommen. Jeg håber på et konstruktivt og godt samarbejde og sage vielen Dank für den Bericht.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bereits im letzten Jahr wurde die Landwirtschaft witterungsbedingt vor große Herausforderungen gestellt. Durch den anhaltenden Regen war es schwer,

(Flemming Meyer)

die Ernte einzufahren, und auch das Ausbringen der Wintersaat fiel teilweise buchstäblich ins Wasser. Das Frühjahr war vielerorts nicht viel besser. Witterungsbedingt waren die Bestellung der Felder und das Ausbringen von Dünger erschwert.

In dieser Situation war der Dürresommer 2018 für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft teilweise verheerend. Es gibt durchaus landwirtschaftliche Betriebe, die dadurch, dass sie wirtschaftlich breit aufgestellt sind, und wegen ihrer Größe nur geringe Einbußen zu verzeichnen haben oder die die Einbußen kompensieren können. Die Hauptleidtragenden der Dürre sind überwiegend die kleinen und die mittleren Betriebe, Betriebe, bei denen auf Kante genäht wird. Dort werden Investitionen wegen schlechter Ertragssituation aufgeschoben, und die Banken halten sich bei diesen Betrieben mit Krediten zurück. So sind diese Landwirte dazu verurteilt, von der Hand in den Mund zu leben. Ein Dürresommer wie dieser kann dann schnell die Existenz eines solchen Betriebes infrage stellen.

Da helfen auch keine Ernteausfall- oder Dürreversicherungen. Rainer Langner, Chef der Vereinigte Hagelversicherung VVaG, berichtet in einem Interview, dass es bundesweit nur zu fünf Abschlüssen gekommen sei - von bundesweit über 250.000 landwirtschaftlichen Betrieben. Gerade die kleinen Betriebe können sich die Versicherungsprämien nicht leisten. Da beißt sich dann die Katze in den Schwanz. Die verletzlichsten, die verwundbarsten Betriebe können sich nicht gegen Unbilden der Natur schützen.

Darum muss der Staat ran. Schließlich wollen wir nicht, dass nur noch die Großbetriebe übrig bleiben. Das hätte nämlich verheerende Auswirkungen auf die ländlichen Strukturen, auf den ländlichen Arbeitsmarkt und auch für die dörfliche Nachbarschaft. Die Folgen des Dürresommers werfen also auch ein Schlaglicht auf strukturelle Probleme der Landwirtschaft.

Darum lautete unser Appell sowohl an die Bundes- als auch an die Landesregierung, Ausgleichsmittel nicht, wie früher schon gesehen, mit der Gießkanne übers Land zu verteilen, sondern genau hinzusehen und gezielt dort zu unterstützen, wo es sinnvoll und auch notwendig ist.

(Beifall SSW und Sandra Redmann [SPD])

Das bedeutet sicherlich, dass man seine Bilanz offenlegen muss. Ich habe wirklich Verständnis dafür, dass das nicht jedem Landwirt schmeckt. Aber letztendlich kann es nicht nur auf die Erntemenge ankommen, ob Hilfe gewährt wird, sondern am En-

de des Jahres sind dann die Erträge ausschlaggebend. Politisch muss es doch darauf ankommen, entsprechende Zahlungen so zu gestalten, dass eine möglichst ausgeglichene Struktur in der Landwirtschaft auch in den nächsten Jahren Bestand hat. Im nächsten Schritt müssen wir dann entsprechende Richtlinien erstellen. Transparente und klare Richtlinien bei witterungsbedingten Ausfällen sind das Gebot der Stunde. Die Landwirte wollen schließlich wissen, woran sie sind.

Die Landwirtschaftskammer muss die Betriebe darüber hinaus stärker bei Vorsorgemaßnahmen unterstützen. Ob es verregnete Frühjahre oder Dürresommer sind, der Klimawandel wird - das wissen wir - zu immer neuen und stärkeren Wetterextremen führen. Welche Konsequenzen hat das denn für die Betriebe? Müssen sie andere Sorten anbauen, Zisternen anlegen oder stärker arbeitsteilig wirtschaften? Diese Fragen müssen alle beantwortet werden. Vorsorge ist hier das A und O. Gutes Geld Schlechtem hinterherzuwerfen kommt gar nicht infrage.

Ich denke, wir haben hier eine große gesellschaftliche Aufgabe. Packen wir es an. - Jo tak!

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte doch noch einmal kurz sprechen, nicht, um zu wiederholen, welche verschiedenen Klimaanpassungsmaßnahmen es gibt, sondern um draußen keine falschen Erwartungen zu wecken.

Zum einen haben wir mehrfach gehört, wie schwierig die Situation ist. Aber man muss wohl noch einmal deutlich machen: Vorauszahlungen sind schwierig, insbesondere dann, wenn wir Verwaltungsabbau wollen. Sie stehen dem im Grunde entgegen. Man kann natürlich sagen, dass es auf Antrag eine Vorauszahlung gibt, aber dadurch darf nicht alles andere ins Trudeln kommen. Das Entscheidende, worauf wir immer wieder hinweisen müssen, ist, dass erst ausgezahlt werden kann, wenn die Vorabkontrollen durch die EU ausgeführt sind.

Meine zweite Bemerkung betrifft noch einmal die Vorauszahlungen bei der Dürre, die weiteren Fragen dazu, die die Kollegin Eickhoff-Weber hier

(Bernd Voß)

aufgeworfen hat. Vorab: Wenn ausbezahlt wird, kann man dann auch damit rechnen, dass zurückgezahlt wird! Wenn man so etwas fordert, frage ich mich wirklich, was daran sozial sein soll und inwieweit man die Betriebe nicht in eine ganz andere Schwierigkeit bringt, wenn man solche Dinge auslöst und in Bewegung setzt.

Wenn jetzt SPD-regierte Länder angeführt werden, in denen alles so toll sei, muss man noch einmal genau schauen, was denn in diesen Ländern überhaupt los ist. Dabei stellen wir fest: Brandenburg hat übriggebliebene Mittel im Haushalt - die haben wir hier nicht -, die sie den Landwirten im vergangenen und in diesem Jahr vorenthalten haben. Diese werden dort verwendet. - Das ist das eine. Das andere ist: Mecklenburg-Vorpommern hat noch nicht gezahlt. Backhaus hat es im Landtag angekündigt, Mecklenburg-Vorpommern wartet aber genauso wie Schleswig-Holstein noch auf die Kriterien. Ich glaube, man muss wieder einmal sagen: Backhaus hat dicke Backen gemacht.

Unter diesen Vorzeichen sollten wir vorsichtig sein, mit Versprechen und Erwartungen, was alles sein könnte, nach draußen zu gehen, wenn wir im Grunde wissen, dass es so nicht sein kann. Das bringt die Betriebe und auch uns überhaupt nicht voran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In Mecklenburg-Vorpommern hat der Finanzausschuss bereits 25 Millionen € beschlossen dafür bereitzustellen, und zwar aus den Mehreinnahmen des Landes.

Ich möchte auf das eingehen, was Flemming Meyer gesagt hat, auf die Vielfalt der Strukturen in Schleswig-Holstein und deren Bedeutung und darauf, dass wir noch eine Gemengelage aus großen und kleinen Betrieben haben. Das ist die besondere Herausforderung gerade auch für die ländlichen Räume. Herzlichen Dank, Flemming Meyer, für diesen Hinweis.

Deshalb meine herzliche Bitte an den Minister und den Ministerpräsidenten, auf der Grundlage der Nationalen Rahmenrichtlinie zur Gewährung staatlicher Zuwendungen zur Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft verursacht durch

Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse vom 26. August 2015 - und diese Nationale Rahmenrichtlinie ist abgestimmt mit Europa - das zu tun, was möglich ist. Auf dieser Grundlage können die Länder oder der Bund bei Bedarf in eigener Zuständigkeit Zuwendungen festsetzen. Das ist meine Bitte: Tun Sie jetzt etwas für die Bauern in Schleswig-Holstein!

(Beifall SPD)

Geben Sie ihnen jetzt die Möglichkeit! Damit plädiere ich nicht für die Gießkanne. Aber es ist doch auch der Verantwortung eines Betriebsleiters überlassen, ob er eine Vorauszahlung beantragt und in Anspruch nimmt, selbst mit dem Risiko, dass er sie eventuell zurückzahlen muss. So viel Verantwortungsbewusstsein müssen wir den landwirtschaftlichen Betrieben in Schleswig-Holstein schon zutrauen.

Also meine herzliche Bitte: Nutzen Sie die Möglichkeiten! Überall hören wir, wieviel Geld das Land hat, wieviel Möglichkeiten da sind. Nutzen Sie die Möglichkeiten auch für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein!

(Beifall SPD - Wortmeldung Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage - -

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Nein.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Eickhoff-Weber, liebe Kirsten! Der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern hat im Finanzausschuss Mittel bereitgestellt. Ich wollte dich gerade fragen, ob du mit mir einer Meinung bist, dass die Ferien in Mecklenburg-Vorpommern einfach früher zu Ende gegangen sind als in Schleswig-Holstein.

(Zurufe)

Der Landtag dort hat auch schon andere Beschlüsse gefasst.

(Weitere Zurufe SPD)

(Marlies Fritzen)

- Das hier finde ich eine ziemlich populistische Forderung. - Die Argumentation, die Sie hier vorgebracht haben, Sie wollten die Mittel nicht mit der Gießkanne auskehren, die Mittel sollten aber ohne Kriterien sofort ausgezahlt werden, halte ich für einen Widerspruch, der nicht aufgelöst wird. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt nicht!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe somit die Beratung. Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 19/895 und der Tagesordnungspunkt durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

(Martin Habersaat [SPD]: Die Ferien in Mecklenburg-Vorpommern sind genau am selben Tag zu Ende gegangen wie in Schleswig-Holstein! - Heiterkeit und Zurufe - Martin Habersaat [SPD]: Wenn das Ihre Argumentationsqualität ist, Herr Arp! - Weitere Zurufe - Glocke Präsidentin)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

eSport auch in Schleswig-Holstein fördern

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/896

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass ich als Sportpolitikerin heute zu dem Antrag reden darf, wie wir in Schleswig-Holstein zukünftig E-Sport weiter fördern können, ist auf der einen Seite ein Zeichen dafür, dass Sport der Türöffner für vieles und Sport auf der anderen Seite - wie ich immer sage - eine große Querschnittsaufgabe ist. Insofern finde ich es richtig, dass die Sportpolitiker dazu reden. Wir werden allerdings noch darüber zu reden haben, wie viel Sport in E-Sport überhaupt noch steckt. Das ist eine rein sportpolitische Aufgabe, aber der Sport ist ja

auch nur ein Teilaspekt dessen, was wir prüfen wollen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Am 25. August 2018 ist die diesjährige Gamescom in Köln zu Ende gegangen. Es war bereits die zehnte Ausgabe, und zum wiederholten Male konnten Besucherrekorde erzielt werden. Der Kollege Rasmus Andresen hat uns immer wieder teilhaben lassen und darauf aufmerksam gemacht, dass das sehr viel Spaß macht und wie viele junge Menschen ihn da umgeben. Rasmus kann sicherlich berichten, wie es da war. Heute startet in Husum die nächste Gaming Convention. Auch dort werden Rekordzahlen erwartet.

Wir sind uns alle einig: Es handelt sich hier um einen boomenden Markt in Deutschland, der weiter Fahrt aufnimmt, und um eine neue Art der Eventkultur, die für junge Menschen überaus attraktiv ist. Dem haben wir als Jamaika-Koalition in unserem Koalitionsvertrag bereits Rechnung getragen. Mit dem heutigen Prüfauftrag wollen wir den Startschuss geben, uns mit diesem Thema aktiv zu beschäftigen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Eines muss klar sein: Wenn wir uns als Staat konkret mit den Chancen und Herausforderungen dieser Branche befassen wollen, wenn wir über Unterstützung und Förderung nachdenken, dann sind wir auch in der Verantwortung, die Debatte fachlich zu begleiten und uns sachkritisch mit dem Thema E-Sport auseinanderzusetzen, um am Ende für uns klar zu definieren, wie wir die Gaming-Bewegung in allen Bereichen - Bildung, Jugend und Sport - fördern wollen. Ohne Frage stellt die fortschreitende Digitalisierung auch den klassischen Sport vor neue Herausforderungen. Als Sportpolitikerin erlebe ich, dass die Debatte über die Anerkennung des E-Sports als eingetragene Sportart in vollem Gang ist.

Im Übrigen bin ich Mutter von vier Kindern, davon drei Söhnen, die inzwischen erwachsen sind. Die haben das alle intensiv gespielt. Das sind tolle Jungs. Wenn ich heute das Zitat des jungen Menschen in der Zeitung lese, wo die Eltern auch gesagt haben: „Lass den Scheiß!“, und er ihnen den Wind aus den Segeln genommen hat, weil er damit Geld verdienen kann, ist das super. Auch ich finde es toll, wenn meine Jungs Geld verdienen. Ob ich das jetzt Sport nennen würde oder mich mehr gefreut hätte, wenn sie sich mehr draußen bewegt hätten, ist eine andere Frage.

(Barbara Ostmeier)

(Beifall CDU und FDP)

Ich will damit sagen: Ich bin weit davon entfernt, das zu verteufeln, aber als Sportpolitiker, wo wir immer diskutieren, wie wir unsere Jugendlichen mehr zu Sport und Bewegung bekommen, müssen wir schon ein bisschen aufpassen, dass das nicht kontraproduktiv wird.

(Beifall Claus Christian Claussen [CDU] und Kay Richert [FDP])

Aber ich bin bereit, diese Herausforderung gemeinsam mit meinen Söhnen und Ihnen allen anzunehmen.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Es sind ja auch nicht die klassischen Spiele, die Sportarten simulieren. Zur Wahrheit gehört, dass zum E-Gaming Counter-Strike, League of Legends, Dota 2 und eben nicht E-Sailing, E-Soccer und solche Sportarten gehören. Mein lieber Hans-Jörn, da wird das Geld verdient und nicht mit E-Sailing. Das muss man wissen.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Kay Richert [FDP])

Als Sportpolitikerin freue ich mich, dass es mit dem Antrag gelungen ist, dass wir diese Diskussion in enger Abstimmung mit dem traditionellen Sport führen. Auch die Staatssekretärin hat deutlich gemacht, dass wir den Landessportverband bei dieser Debatte unbedingt mitnehmen müssen. Denn „Das habe ich beim Sport gelernt!“ ist eine tolle Kampagne. Ich finde gut, wenn am Ende alle mit vollem Stolz sagen: Auch E-Sport habe ich beim Sport gelernt.

Für die Frage, wie wir E-Sport oder E-Gaming zukünftig zum Beispiel bei der Vermittlung von mehr Medienkompetenz, Englischkenntnissen oder Stressbelastbarkeit einbinden können, ist es wichtig, dass wir neben unseren Kommunen auch Sportjugend und Landesjugend beteiligen. Das sind doch unsere stärksten Jugendbewegungen, die sich aktuell auch mit diesem Thema aktiv auseinandersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe E-Sportler: Nicht zuletzt auch mit der Gründung einer E-Sports-Akademie in Heide geben wir mit dem heutigen Antrag den Startschuss für eine konstruktive, sachlich fundierte politische Auseinandersetzung gemeinsam auf Augenhöhe, um am Ende gute Ziele für Schleswig-Holstein zu erreichen, damit E-Sport auch in Schleswig-Holstein eine Heimat finden kann. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine bemerkenswerte Rede der Kollegin. Vielleicht sollte erst einmal die Koalition intern prüfen, ob sie E-Sport anerkennen möchte oder nicht, bevor sie solche Anträge schreibt.

(Tobias Loose [CDU]: Da haben Sie nicht zugehört!)

- Doch, ich habe sehr genau zugehört.

E-Sport: Für die einen ist das Neuland, für die anderen gehört er seit über 20 Jahren zum Alltag. Die Anerkennung von E-Sport als Sport ist übrigens auf Betreiben der SPD ein Ziel der Großen Koalition und steht schon längst im Koalitionsvertrag drin.

(Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP)

Wenn es einen Grund geben sollte, diese Landesregierung nach Berlin zu schicken, dann wäre es der, auch die CDU-Minister endlich davon zu überzeugen, respektive den CSU-Minister Horst Seehofer, der das immer noch blockiert. Herr Ministerpräsident, vielleicht sagen Sie ihm, wenn Sie wieder einmal da sind, dass es noch andere Themen neben dem Thema Flüchtlinge und dass die Flüchtlinge an allem Schuld seien, gibt und dass er sich ganz klar in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage gegen den Koalitionsvertrag geäußert hat. Da haben Sie unsere volle Unterstützung. Fahren Sie nach Berlin!

Aber auch hier ist natürlich die Debatte sinnvoll, um ein paar Vorurteile abzubauen. Denn was hört man so? - E-Sport sei doch gar kein Sport. Das sei irgendetwas Ominöses, was Jugendliche unter Kopfhörern sitzend in abgedunkelten Räumen treiben, dabei eine geordnete und gesunde Nahrungsaufnahme verweigern und sonst auch nur wenig bis gar nicht mehr ansprechbar sind - zumindest für die Eltern.

(Heiterkeit - Sandra Redmann [SPD]: Das ist bei allen Jugendliche ganz normal!)

Abgesehen davon, dass es bisher immer der besondere Reiz einer jeden Jugendkultur war, etwas in abgedunkelten Räumen zu tun, was die Eltern nicht verstehen,

(Dr. Kai Dolgner)

(Vereinzelte Heiterkeit und Beifall)

ist das natürlich auch ein grobes Zerrbild.

E-Sport ist aus dem Bedürfnis des Wettbewerbs mit anderen Menschen entstanden. Computer als Gegner sind nämlich meistens doof oder besitzen ihre Spielstärke nur durch reines Betrügen durch die Programmierung. Schon Kong, der Urvater aller Videospiele, führte 1972 sofort zu den entsprechenden Wettbewerben an den Hochschulen. Mit Nullmodem-Kabel, Token Ring, Ethernet und Internet nahm die Entwicklung von 1990 bis 2000 einen rasanten Verlauf, bis hin zur Entwicklung einer internationalen Turnierszene.

Glauben Sie mir, zum Thema Sportlichkeit - - Einen Moment mal, glauben Sie mir vor allen Dingen, dass ich jetzt die Reihenfolge meiner Papiere vertauscht habe.

(Heiterkeit)

Sport ist es nur, wenn man dabei schwitzt - das tue ich jetzt allerdings auch ein bisschen -, auf diese einfache Formel lässt sich die Abwehr der Anerkennung des E-Sports reduzieren. Okay, zugegebenermaßen, als ich für eine LAN-Party noch 40-kg-schwere 24-Zoll-Röhrenmonitore fünf Stockwerke zu den Kollegen hochschleppen musste, war der kraftsportliche Aspekt deutlich höher.

(Beifall und Heiterkeit SPD, vereinzelt CDU, FDP und SSW)

Aber lässt sich Sport nur durch Kraft und Ausdauer definieren? Das ist doch die Frage. Was ist denn mit Curling oder bei diversen Schießsportarten? Billard ist übrigens sogar olympisch, nur nicht im Programm. So richtig schwitzen sehe ich die Jungs und Mädels da auch nicht.

(Zurufe)

Der Bundesfinanzgerichtshof findet 1997 schon eine andere Definition: Eine Körperbeherrschung, zum Beispiel hinsichtlich des Wahrnehmungsvermögens, der Reaktionsgeschwindigkeit und der Feinmotorik, die in der Regel nur im Training erlangt und aufrecht erhalten werden kann, reicht für eine steuerliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit als Sportart aus.

Glauben Sie mir: Genauso wenig wie es eine gute Idee ist, mit dem eigenen Kind Memory zu spielen, ist es in meinem Alter auch keine gute Idee, einen trainierten 20-Jährigen zu einem Echtzeitstrategiespiel herauszufordern. So mit 30 fängt man an, sich für die rundenbasierten Spiele zu erwärmen.

(Beifall und Heiterkeit SPD, vereinzelt CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Professor Froböse von der Deutschen Sporthochschule hat festgestellt, dass trainierte Wettbewerbsspieler des E-Sports viermal so viele Bewegungen pro Minute wie wir schaffen - und das auch noch asynchron. Die notwendige Hand-Auge-Koordination liegt über denen von Profitischtennisspielern, und die Herzfrequenz erhöht sich auf bis zu 180 Schläge/Minute.

Der sich anbahnende Siegeszug von Augmented Reality und die Kombination von VR-Brillen mit omnidirektionalen Laufbändern werden auch die Unterschiede weiter verwischen. Schon der Pokémon-Go-Hype hat nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei dem einen oder anderen Kollegen zu der einen oder anderen ungewohnten Bewegungsfreude an der frischen Luft geführt.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Klar gibt es auch kritische Entwicklungen. In Südkorea sind die physischen und psychischen Anforderungen an Profispieler so hoch, dass sie bereits nach zwei bis fünf Jahren ausgebrannt sind. Als Ausgleichssport für Schulstunden ist E-Sport sicher auch nicht geeignet. Vielmehr brauchen E-Sportler selbst einen Ausgleichssport.

Ja, es gibt sie, die Gamer, die keine vernünftige Balance beim E-Sport finden. Aber ist es eine Lösung, sie deshalb lieber in den besagten dunklen Zimmern zu belassen, oder sollte es nicht besser Angebote in örtlichen Sportvereinen geben, das hobby-, trainings- und ernährungstechnisch vernünftig zu betreiben?

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zudem bringt das Gamer dann auch mit dem klassischen Sport in Berührung. Das ist eindeutig eine Zugangsmöglichkeit.

In Asien ist das alles viel entspannter. In ganz Asien ist E-Sport ab 2022 olympisch und bei den Asian Games zugelassen.

Ich glaube, den Weg, den Dänemark geht, dass klassischer Sport und E-Sport gemeinsam einen Kodex aufstellen, ist der richtige Weg, um übrigens auch die zweifellos möglichen negativen Folgen entsprechend abfedern zu können und die positiven Dinge zu fördern. Die schlechte Nachricht für alle E-Gamer ist: Nach dem Kodex in Dänemark gibt es

(Dr. Kai Dolgner)

keine Energy-Drinks mehr. - Na ja, Hauptsache der Kaffee bleibt erlaubt.

(Heiterkeit)

Zum Schluss habe ich noch eine Anmerkung: Liebe Koalition, Sie schmücken sich mit fremden Federn, wenn Sie in Ihrem Antrag den Eindruck erwecken, als ob die Einrichtung einer E-Sports-Akademie an der Westküste eine Folge Ihres Prüfauftrags sei. Die FH Westküste hat das am 2. August 2018 bereits selbst angekündigt, und der Ministerpräsident hat die Unterstützung dabei zugesagt.

(Zuruf SPD: Hört, hört! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Das Ergebnis ist also offenbar schon längst abgesprochen. Im E-Sport nennt man das Cheating und Matchfixing. Ich würde einmal sagen: An der Stelle sollten Sie auch noch ein bisschen an Ihrem Kodex arbeiten, aber sonst sind wir damit einverstanden. Über die Beteiligung des Landessportverbandes sollten wir noch einmal sprechen. Deshalb beantrage ich die Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuss und wegen der FH Westküste - dann können wir das auch gern klären - auch die Überweisung in den Bildungsausschuss. Herr Arp, ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.

(Lebhafter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Über 34 Millionen Menschen spielen in Deutschland Computer- oder Videospiele. Auf Schleswig-Holstein runtergerechnet sind dies ungefähr 1,1 Millionen Menschen. Im Vergleich dazu - auch wenn es mich schmerzt - spielen gerade einmal 40.000 Menschen bei uns im Land Handball. Selbst der Fußball kommt nur auf 184.000 Sportlerinnen und Sportler.

Bei der Gamescom in Köln - die Kollegin Ostmeier hat das erwähnt -, eine der größten Videospielemessen der Welt, waren nicht nur der Kollege Lasse Petersdotter und ich, sondern 370.000 Besucherinnen und Besucher, von denen die allermeisten deutlich jünger waren als wir beide. Wir können feststellen, dass es inzwischen geschätzt zwischen 40.000 und 100.000 E-Sport-Clans oder -Teams al-

lein in Deutschland gibt. In anderen Ländern sind die Zahlen - der Kollege Dolgner ist darauf schon eingegangen - noch deutlich höher.

Videospiele sind Kultur. Wer E-Sport anerkennt, erkennt vor allem die Lebensrealität vieler junger Menschen und einiger etwas älterer Menschen an. Die Zahlen zeigen, dass Games und E-Sport eben kein Nischenthema mehr sind, dass es eben nicht nur um ein Thema für Nerds geht, sondern dass wir uns gesamtgesellschaftlich damit auseinandersetzen sollten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, Beifall Lars Harms [SSW] und Wolfgang Baasch [SPD])

Mit E-Sport wird inzwischen auch sehr viel Geld verdient. Auch das haben die Kollegen vor mir schon gesagt. Fußballvereine wie Schalke 04 oder VfL Wolfsburg haben E-Sport-Teams gegründet und sind damit äußerst erfolgreich. Es gibt aber auch sehr, sehr viel Ehrenamt in diesem Bereich. Darauf möchte ich hinweisen. Das ist auch der Schwerpunkt in unserem Antrag.

Auch bei uns hier in Schleswig-Holstein, bei mir in der Nachbarkommune HARRISLEE, gibt es beispielsweise den eSports Nord e.V., einen E-Sport-Verein, der sehr erfolgreich in dem Bereich unterwegs ist.

Letzte Woche, nachdem wir das Thema hier öffentlich gemacht haben, bin ich von Schülern der Kieler Max-Planck-Schule angeschrieben worden, die gerade bei sich in der Oberstufe eine E-Sports-AG einrichten. Sie möchten sich mit uns gern darüber unterhalten. In anderen Schulen finden ähnliche Entwicklungen statt. Das zeigt, dass das Interesse daran wirklich groß ist.

Für uns Grüne ist klar, dass E-Sport zum Sport dazu gehört und dass Videospiele Kultur sind. Es ist deshalb absolut richtig, E-Sport-Vereinen die Gemeinnützigkeit anzuerkennen, sie sollen die gleichen Vorteile - auch steuerlich - haben wie beispielsweise Handballvereine oder auch Kulturvereine bei uns im Land.

In Games und E-Sport stecken enorme Potenziale. Videospiele auf höchstem Wettkampfniveau verlangt hohes Konzentrationsvermögen, Zusammenarbeit, Strategiefähigkeit, Schnelligkeit und Ausdauer. Das hat alles sehr, sehr wenig mit Chipstüten, Gummibärchen und Cola zu tun - auch wenn das immer noch das klassische Vorurteil ist.

(Beifall Lukas Kilian [CDU], Oliver Kumbartzky [FDP] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Rasmus Andresen)

Professionelle E-Sportlerinnen und -Sportler haben Ernährungspläne und investieren enorm viel auch in ihre physische Fitness.

Es gibt aber auch noch weitere Bereiche, wo wir durch Gaming gute Fortschritte erzielen können. So können beispielsweise Jugendliche durch Lernspiele wieder mehr Spaß an Schule bekommen, an bestimmten Schulfächern. Durch das Spielen von Videospiele kann auch die Kreativität gefördert werden, und es kann auch dazu beitragen, etwas gegen den Fachkräftemangel im IT-Bereich zu tun. Das ist ein großes Problem, vor dem wir als Gesellschaft stehen. Durch das Spielen und auch das Entwickeln von Videospiele könnte man dem vorbeugen.

Deshalb freuen wir Grüne uns, dass das für unsere Jamaika-Koalition ein so wichtiges Thema ist und wir sagen, dass wir Schleswig-Holstein zum E-Sport- und Gaming-Land machen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das wollen wir natürlich nicht allein tun, sondern mit den Sportvereinen. Ich freue mich, dass oben auf der Tribüne Herr Bauer von der Sportjugend sitzt und begrüße ihn ganz herzlich hier im Landtag - ich glaube, auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

Wir wollen das mit den Bildungseinrichtungen, mit den Schulen, mit der klassischen Jugendarbeit, aber auch mit den Kommunen zusammen machen, wo sehr, sehr viel der Jugendfreizeit stattfindet. Deshalb wollen wir das Ganze auch noch konkreter machen als es in unserem Antrag steht.

Wir können uns zum Beispiel vorstellen, dass es kommunale E-Sport-Zentren gibt, in denen unter pädagogischer Begleitung, beispielsweise in Sportvereinen, aber auch in Jugendzentren, E-Sport-Angebote stattfinden, sodass man junge Leute damit nicht alleine lässt, sondern das Ganze eingebettet funktioniert. Beispielsweise in Dänemark ist das - der Kollege Dolgner hat darauf hingewiesen - schon gang und gäbe.

Wir glauben, dass wir etwa im Bereich der Bildungspolitik sehr viel von unseren nordischen Nachbarn lernen können.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Wir als Grüne unterstützen ausdrücklich, dass es beispielsweise Schulmeisterschaften in dem Bereich gibt. Es gibt die Idee, gemeinsam mit dem Offenen Kanal eine Schulmeisterschaft im Ostsee-

und baltischen Raum zum Thema E-Sport aufzuziehen. Wir Grüne unterstützen das. Wir finden, es wäre ein gutes Zeichen, wenn sich Schleswig-Holstein an solchen Projekten beteiligte.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Meine Redezeit ist vorbei. Deswegen sage ich nur noch eine Sache: Das Thema ist sehr breit angelegt; es geht um Jugendschutz, es geht um Datenschutz, es geht um ganz viel - das alles kann man hier nicht in fünf Minuten in Kurzbeiträgen behandeln. Deswegen sollten wir uns intensiver mit E-Sport als Querschnittsthema beschäftigen und uns gemeinsam auf den Weg machen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Auch vom Präsidium: Herzlich willkommen, Herr Bauer! - Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Jörg Hansen das Wort.

Jörg Hansen [FDP]:

Hohes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich war tatsächlich gespannt, wer von den Parteien zu dem Thema spricht. Ich bin sehr erfreut, dass die sportpolitischen Sprecher die Mehrzahl bilden, denn das ist ja das maßgebliche Kernthema, über das wir uns noch unterhalten müssen. Die FDP hat sich auch für den Sport entschieden, und wir gehen konsequent auf diesem Weg.

Vor gar nicht einmal so langer Zeit hat die FDP auf Bundesebene die „Beta Republik Deutschland“ zu einem ihrer Leitthemen gemacht. Hierbei ging es um eine neue Haltung bei dem Thema Gründerkultur und ganz besonders auch beim Thema Digitalisierung. Wir glauben, dass es Deutschland gut täte, mehr Neues zu wagen und nicht immer nur die Sicherheit in den Vordergrund zu stellen. Wir sehen zuerst die Chancen und nicht nur die möglichen Risiken.

(Beifall FDP)

Jamaika geht diesen Weg mit. Meine Damen und Herren, wir wollen E-Sport gestalten.

Nun fragen Sie sich bestimmt: Was will Ihnen denn dieser ältere Herr am Podium über das Thema E-Sport erzählen?

(Birte Pauls [SPD]: Ja!)

(Jörg Hansen)

Ich habe keine Kinder. Es stimmt: Ich komme aber aus einer Generation, in der wir Flugsimulator gespielt haben.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: E-Golf wäre auch etwas für Sie! - Heiterkeit)

Flugsimulator: New York-Hamburg in Echtzeit! Nach vier Stunden kamen Turbulenzen. Das war mein E-Sport.

(Heiterkeit)

Ich muss mich jetzt mit der neuen Generation auseinandersetzen. Ich tue das gern, und ich tue das mit Begeisterung,

(Lukas Kilian [CDU]: Gewerkschaftssimulator!)

weil ich sehe, wie E-Sport angenommen wird, insbesondere bei den Jugendlichen.

(Beifall FDP)

Damals habe ich meinen Trainerschein in Basketball gemacht. Worin sollten die Kinder und Jugendlichen geschult werden? Das waren Teamgeist, Koordination, kognitive Fähigkeiten, Reaktionsvermögen und - was für mich auch wichtig ist - die Fähigkeit zur Antizipation.

Ich schlage nun die Brücke zur Neuzeit. Legt man diese Punkte über die Anforderungen beim E-Sport, sind sie - richtig verstanden - deckungsgleich. All diese Aspekte werden auch bei E-Sport entwickelt. Deswegen, meine Damen und Herren: Wir wollen E-Sport gestalten.

(Beifall FDP)

E-Sport wird Bewegung vielleicht nicht ersetzen - das ist ein starkes Gegenargument, das vor allem aus den Sportverbänden kommt -, doch heißt dies noch lange nicht, dass E-Sport kein Sport ist. Schließlich bewegt man sich beispielsweise auch beim Schachspielen nicht. Ist E-Sport also Sport? Die Frage, ob E-Sport als Sport anerkannt wird, wird bundesweit - das haben wir gehört - differenziert gesehen. Es gibt Gründe dafür, aber es gibt auch Gründe dagegen. Ich stehe bei dieser Entscheidung voll und ganz hinter dem Grundsatz der Autonomie des Sportes. Aber wir wollen einen Prozess auf den Weg bringen, an dessen Ende als Ergebnis steht: Schleswig-Holstein soll das Vorzeigeland für E-Sport werden.

(Beifall FDP, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Tobias Koch [CDU])

Verschließen wir uns also nicht dieser Diskussion. Wie beim Schach oder Motorradrennen scheint es dem E-Sport an einem wichtigen Kriterium zu fehlen, nämlich an der körperlichen Aktivität. Aber ist das wirklich so? Es gibt Schriften, die besagen, dass E-Sportler genauso beansprucht werden wie ein Formel-1-Wagen-Fahrer. Es gibt Spiele, bei denen man sich in einer virtuellen Realität bewegt, bei denen nicht nur der Puls stark ansteigt, sondern auch die Kondition herausgefordert wird, sodass man dadurch schnell ins Schwitzen kommt. Herr Dr. Dolgner, ich stimme mit Ihnen darin überein: Das ist teilweise nicht mehr für Menschen in meinem Alter geeignet.

Wir stehen hinter der Ablehnung von gewaltverherrlichenden Spielen, sind aber offen für die digitalen Spielformen. Der DFB-Vizepräsident für die Amateure, Dr. Koch, brachte eine weitere Erfahrung ins Spiel. Ich zitiere:

„Viele Jugendliche spielen vor oder nach dem Training auf dem Rasen an der Konsole ..., andere entdecken über diesen Weg ihre Leidenschaft für den Sport und wollen es selbst aktiv ausprobieren.“

Ich füge hinzu: und zwar nicht nur virtuell, sondern auch auf dem Rasen. Deswegen wollen wir E-Sport gestalten. Wenn wir es im Sinne des Antrags tun - über die Einbeziehung in Schulen mit einer freiwilligen Selbstkontrolle, über die Gründung einer Akademie und nicht zuletzt auch über eine Änderung der Abgabenordnung auf Bundesebene, um so die Vereinsbildung zu unterstützen -, so machen wir es nach meiner Überzeugung richtig. Dann werden wir E-Sport-Land Nummer eins. Machen wir uns auf den Weg, oder - wie wir Basketballer sagen -: Go for it! - Danke schön.

(Beifall FDP und Klaus Jensen [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Während E-Sport im asiatischen Raum verbreitet als Sportart anerkannt ist, kämpfen E-Sportler in Deutschland noch immer für mehr Anerkennung. Weltweit werden bei E-Sport-Turnieren Preisgelder in Millionenhöhe ausgeschüttet. Das Hauptaugenmerk liegt dabei bei der Electronic Sports League - ESL -, die führende E-

(Claus Schaffer)

Sport-Plattform mit über 7 Millionen Mitgliedern. Im Livestream verfolgen mehrere Millionen Zuschauer ihre Spieler, teilweise werden Turniere in Stadien durchgeführt, begleitet von mehreren zehntausend Interessierten. In Asien - wir hörten das bereits - sollen ab 2020 E-Sport-Titel in das Programm der Asienspiele aufgenommen werden.

Hochschulweit existiert in Deutschland die University eSports Germany. Verschiedene Universitäten sind dort vertreten und spielen gegeneinander. Selbst manche Fußballbundesligisten wie Stuttgart, Wolfsburg und Schalke unterhalten eigene E-Sport-Abteilungen. In Deutschland existiert also ein wachsendes Netz von E-Sport-Vereinen. Der E-Sport markiert längst eine eigene und etablierte Jugendkultur. Der eSport-Bund Deutschland - ESBD - hat die Anerkennung des E-Sports als Sportart als oberstes Ziel angekündigt.

Dabei geht es in der Tat um die zentrale Frage: Ist E-Sport ein Sport? Nach Meinung des Deutschen Olympischen Sportbundes - DOSB - nicht. Begründung hierfür ist, dass eine die Sportart bestimmende motorische Aktivität fehle. Blickt man nur auf die physische Komponente, also die sichtbaren Bewegungen, mag man dem vielleicht zustimmen. Schließt man aber auch die kognitiven und mentalen Anforderungen wie schnelle Reaktionen, Konzentrationsfähigkeit, Hand-Auge-Koordination, Handlungsschnelligkeit, Wettkampf, Antizipation und Taktik ein, so werden sehr schnell Parallelen zum herkömmlichen Sport sichtbar.

Körperliche und geistige Fitness sind im erfolgreichen E-Sport unabdingbar. Von meiner Seite daher ein klares Ja: E-Sport ist Sport. Wenn diese Frage mit Ja zu beantworten ist, kommen wir natürlich auch zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit und damit zur Förderung von E-Sport. Wo klassische Sportvereine steuerliche Vorteile genießen, sind E-Sport-Vereine hiervon bisher ausgenommen. Maßgeblich ist hier die Abgabenordnung - das klang bereits an -, eine Bundesregelung also. Auf Bundesebene muss demnach durch Änderung der Abgabenordnung entschieden werden, ob E-Sport-Vereine gemeinnützig sind. Die Chancen auf Bundesebene stehen wohl nicht schlecht, denn im Koalitionsvertrag ist der E-Sport bereits verankert.

Zum 1. Januar 2018 erlangte der Leipzig eSports e.V. als erster bisheriger E-Sport-Verein in Deutschland die Gemeinnützigkeit. Dies erfolgt jedoch nur durch die umfangreiche Jugendarbeit aus Zwecken der Förderung der Jugendhilfe. Für eine Anerkennung und Förderung durch den DOSB reicht das jedoch nicht aus.

E-Sport muss auch in Schleswig-Holstein stärker gefördert werden, als das bisher der Fall ist. Dabei müssen vor allem intensive Gespräche auch mit dem Landessportbund geführt werden. Ziel muss es sein, den E-Sport beim DOSB zu etablieren. Wichtig ist dabei, den eSport-Bund Deutschland - ESBD - mit ins Boot zu holen. Dieser kann den gesamten Prozess begleiten und sich mit seiner Erfahrung einbringen.

In wirtschaftlicher Hinsicht wird eine Förderung des E-Sports Impulse setzen können. Sowohl im Veranstaltungsbereich als auch in der IT-Branche sollten wir den Trend nicht verschlafen und ihm den Boden bereiten. Der Computerspieler von heute kann der Programmierer von morgen sein.

Vergessen wir jedoch nicht, dass Computerspiele auch süchtig machen können. Erst im Juni 2018 wurde die Online-Spielsucht als eigenständige Krankheit anerkannt. Etwa 1,2 % der Neuntklässler sind von einem pathologischen Spielverhalten betroffen. Dies besagt der Drogen- und Suchtbericht 2016 der Bundesregierung. Bei Erwachsenen beträgt der Anteil immer noch 0,8 %. Prävention und Aufklärung über die Gefahren sowie medizinische Begleitung der Erkrankten sind daher dringend erforderlich. Ein offener und verstärkt öffentlicher Umgang mit der Schattenseite des E-Sport wäre also eine weitere positive Folge einer Förderung des E-Sport auch in Schleswig-Holstein.

Das trifft ebenso auf die Diskussion zum Thema Gewaltdarstellung in den Computerspielen zu, die so in der Öffentlichkeit mit den E-Sport-Aktiven und nicht über sie hinweg geführt werden muss. Als früherer LAN-Gamer, E-Sportler und Veranstalter von LAN-Events freue ich mich über diesen Antrag. Als AfD-Fraktion - wir haben auch die Gamescom mit einem eigenen Stand begleitet - stimmen wir diesem Antrag sehr gern zu. Es wird höchste Zeit, diese Kultur verstärkt in das Licht der Öffentlichkeit zu holen, denn da gehört sie hin. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sport ist mehr als nur Bewegung, Sport ist Teamgeist, Spiel, aber eben auch Leistungsansporn.

(Lars Harms)

Ähnlich wie Schach oder Motorsport hat der E-Sport mit vielen Vorurteilen zu kämpfen: Das sei ja kein richtiger Sport, weil man sich nicht bewegen würde - was natürlich völliger Unsinn ist, weil jeder weiß, wie oft und wie stark man sich bewegt, wenn man Schach spielt, trotzdem ist das ein anerkannter Sport.

E-Sport ist Sport, weil es eben mit mehr zu tun hat, mit Körperkoordination, aber auch damit, wie man beispielsweise taktisch vorgeht. Die Nicht-Akzeptanz mag in Deutschland auch daran liegen, dass es eine relativ geringe Technologieakzeptanz gibt. Man sieht immer nur die Risiken und nie die Chancen. Ich glaube, wir müssen mehr die Chancen sehen. Natürlich gibt es auch negative Effekte bei Computerspielen, die man auch nicht ausblenden darf, das ist völlig klar, aber die Chancen sind um ein Vielfaches größer. Deswegen ist es wichtig, dass wir E-Sport als offiziellen Sport anerkennen.

(Beifall SSW, Lukas Kilian [CDU], Dr. Heiner Dunckel [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir vom SSW sehen das jedenfalls so, denn E-Sport ist Jugendkultur pur. Das kann man auch nicht ausblenden. Das ist etwas, was die Leute gern tun, und dann sollte sich Politik auch damit beschäftigen.

Deshalb stellen wir zusammen mit den regierungstragenden Fraktionen den Antrag, das Engagement Schleswig-Holsteins in Sachen E-Sport zu forcieren. Zudem haben die Regierungsparteien auf Bundesebene in ihren Koalitionspapieren auch schon festgehalten, E-Sport künftig vollständig anzuerkennen. Insofern gilt es natürlich auch von unserer Seite aus, auf die aktuelle Entwicklung vorbereitet zu sein, die da passieren wird. Die Gaming-Convention und der E-Sport-Summit in Husum, der heute begonnen hat, zeigen, dass die Entwicklung längst in Gang ist. Wir springen ein Stück weit auf einen Zug auf, der jetzt schon fährt.

Wir vom SSW wollen den E-Sport und den traditionellen Sport besser miteinander verbinden. Das Ziel muss es sein, den E-Sport im Vereinsleben in unserem Land fest zu integrieren. Hier gilt es, das Potenzial, das der E-Sport bieten kann, auch zu nutzen. Denn grundsätzlich ist es so, dass im E-Sport alles global vor sich geht. Regional- oder Kreisligen, wie man sie in anderen Sportarten kennt, sind dort eben nicht vorhanden. Man hat von Anfang an die ganze Welt als Konkurrenz. Dies ist auch eine der Besonderheiten im E-Sport. Gerade weil dort eben alles so global ist, fehlt in den meisten Fällen

die Vernetzung vor Ort. Es wäre doch wünschenswert, wenn der E-Sport vermehrt lokal und gemeinschaftlich betrieben werden würde, damit ein Austausch vor Ort und offline stattfinden und damit der E-Sport - genau wie andere Sportarten auch - zum sozialen Leben in der jeweiligen Kommune und Gemeinschaft beitragen kann.

Der E-Sport ist aber auch ein riesiger Markt, der bisher nur in Nordamerika und vor allem in Asien vollständig erschlossen wird. In Europa haben sich schon Länder wie Dänemark und Polen auf den Weg gemacht. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass wir hier bei uns versuchen mitzuhalten. Wir müssen Turniere durchführen, E-Sport in organisierte Bahnen lenken und zum Beispiel das Glücksspiel in diesem Bereich neu regeln, weil das inzwischen auch schon stattfindet.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: So ist das!)

Es gibt also nicht nur Chancen, sondern auch gesetzgeberische Aufgaben in diesem Bereich, denen wir auch nachkommen müssen.

(Beifall SSW, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Ich glaube, auch da können wir als Land Schleswig-Holstein eine Vorreiterrolle einnehmen.

Durch die mögliche Etablierung einer E-Sport-Akademie könnten wir mit Sicherheit Fortschritte erzielen, denn rund um eine solche Akademie würde nachfolgend Wachstum für den E-Sport-Bereich in Schleswig-Holstein entstehen. Marketing, technische Entwicklung, das E-Sport-Spielen an sich sowie die Verknüpfung zur Wissenschaft könnten an dieser Stelle eine echte Entwicklung für die gesamte Branche hervorbringen. Daran sollten wir arbeiten. Diesbezüglich muss sich eine Landesregierung natürlich auch einbringen, um so etwas ganz Neues auf die Beine stellen zu können.

Letzten Endes muss dafür dann auch Geld in die Hand genommen werden. Wir dürfen nicht nur über die Akademie reden, wir müssen sie dann auch fördern. Ich denke, wenn es irgendwann soweit ist - das ist hoffentlich nicht mehr so lang hin -, wird man sicherlich auch Lösungen finden.

Alles in allem kann man festhalten: Die Infrastruktur rund um den E-Sport steckt derzeit landauf, landab in den Kinderschuhen. Ich hoffe daher, dass der vorliegende Antrag hier im Landtag eine breite Unterstützung erfährt, wenn wir ihn aus dem Ausschuss zurückbekommen, damit der E-Sport poli-

(Lars Harms)

tisch wie auch gesellschaftlich endlich anerkannt wird und wir seine Chancen für die Jugendlichen, aber auch für die etwas älteren Spieler, dann wirklich nutzen können. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beifall Lukas Kilian [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor etwa 140 Jahren entbrannte in Deutschland eine heftige Diskussion: Junge Menschen hätten sich in ihrer Freizeit mit der englischen Krankheit infiziert und würden nun der Fußlümmelei frönen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen: Das war der Beginn des Fußballspiels hier in Deutschland, eine Sportart, die mitnichten - wie damals kritisiert wurde - Verachtung, Geringschätzung oder Abscheu gegenüber dem Ball ausdrückte.

(Heiterkeit)

Heute zweifeln wir nur gelegentlich an den herausragenden charakterbildenden Eigenschaften dieser Teamsportart.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das will ich jetzt nicht kommentieren.

Meine Damen und Herren, ich fürchte, etwas Ähnliches steht uns mit dem E-Sport durchaus auch bevor. Wir haben es in der Diskussion immer wieder gehört. Zu der letzten Messe nach Köln kamen über 360.000 Menschen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen: E-Sport ist längst - und das schon seit Jahren - kein Randphänomen mehr. Reguläre Sportzeitschriften haben inzwischen sogar eigene Rubriken dazu entwickelt. Deshalb müssen gerade wir in der Politik uns nun mit der Frage beschäftigen, wie wir damit umgehen; denn wenn wir uns das Phänomen einmal genauer ansehen, dann wird eines deutlich: E-Sport hat ein enormes gesellschaftliches Potenzial. Jemand der in seiner Freizeit als Mannschaftskapitän Erfahrungen sammelt, lernt für das Leben. Genau so können wir uns beim E-Sport auf die her-

ausragenden Medienkompetenzen fokussieren, die dadurch eingeübt werden.

Ja, auch mir fällt es schwer - das haben wir vorhin auch in den Beiträgen gehört -, Computerspiele als Sportart zu betrachten. Aber - auch das haben wir gehört - beim Schach sitzen die Menschen auch nur an einem Tisch. Da bezweifelt niemand die geistigen Hochleistungen. Schach ist im Übrigen eine anerkannte Teamsportart.

Natürlich ist es nicht politische Aufgabe zu entscheiden, was eine Sportart ist und was nicht. Das übernimmt der Sport selbst. Das ist eine autonome Entscheidung. Das wird keiner politischen Mehrheitsentscheidung bedürfen. Beim Sport reden wir über ethische Werte wie Fairness, Unverletzlichkeit der Person oder Integrität. Ob gerade die sogenannten Ego-Shooter-Spiele diesem ethischen Maßstab entsprechen und ihm gerecht werden, das wird deutschlandweit heftig diskutiert.

Möglicherweise wird man nur einzelne Bereiche oder einzelne Spiele als Sport anerkennen. Der Deutsche Olympische Sportbund will im Dezember einen Vorschlag dazu vorlegen.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist es unsere politische Aufgabe, die gesellschaftliche Rolle von E-Sports zu gestalten: Wird das zukünftig eine rein marktwirtschaftliche Nische, in der Menschen einsam der Computerspielerei nach den Regeln der Großkonzerne frönen, die diese Spiele auslegen und präsentieren? - Deshalb engagieren wir uns dafür, E-Sport nicht nur wirtschaftlich zu unterstützen, denn diese Branche hat einen enormen wirtschaftlichen Effekt, seien es Großveranstaltungen mit allen Synergieeffekten, die es zu nutzen gilt, beispielsweise auch für den Tourismus, sei es als innovative Industrie, die eng mit der Kreativwirtschaft verbunden ist.

Wir streben über die Einbindung der gemeinnützigen Sportvereine eine effektive Jugendarbeit und eine Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit an. Indem wir das angemessen begleiten, wollen wir E-Sport fest in unsere Gesellschaft integrieren. Ehrenamtliche Tätigkeit und Jugendarbeit sind Bereiche, die auch dort von hohem Wert sein werden.

Wir stehen bereits in einem intensiven Austausch mit dem Dachverband eSport-Bund Deutschland. Da geht es um solche Fragen. Schon im Rahmen der diesjährigen Kieler Woche hat mein Haus zu einem „Netzwerktreffen-E-Sport“ eingeladen. Dieses Treffen wird von der Staatssekretärin Kristina Herbst geleitet und mit Playern der Szene und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Ge-

(Minister Hans-Joachim Grote)

sellschaft, Medien und dem etablierten organisierten Sport durchgeführt.

Ganz aktuell laden wir im Rahmen der „Digitalen Woche Kiel“ gemeinsam mit der Kieler Wirtschaftsförderung zum eSports-Summit am 13. September 2018 ein. Dazu sind auch Sie alle schon jetzt ganz herzlich in die Halle 400 eingeladen. Anerkannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Praktiker aus Sport, Medien sowie der Gaming-Branche werden dort in Fachvorträgen und auf Podien vertreten sein. Auch hier geht es vor allem um Dialog: Traditioneller Sport trifft nicht nur E-Sport, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter aus der Kinder- und Jugendhilfe, der Medienkompetenzförderung, der Politik und der Verwaltung. Es gilt auch und gerade, diese Impulse aufzugreifen und zusammenzuführen.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend: Wir werden dem E-Sport jederzeit die nötige Unterstützung und die nötige Hilfestellung geben, aber wir wollen die Regeln auch mitprogrammieren, wenn man das so sagen darf, nach denen dieses Spiel stattfindet. Diese Regeln werden sehr flexibel sein müssen, denn der E-Sport wird ständig neue Sparten und neue Regelungen schaffen. Die Grundregelung, der Ball muss ins Tor, das Runde ins Eckige, wird im E-Sport nicht die einzige Maxime sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die gesellschaftliche Bedeutung, die sich hier neu entwickeln lässt, gemeinsam nutzen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP, SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um knapp 1,5 Minuten erweitert. Diese Redezeit steht nun grundsätzlich auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe jedoch, dass davon kein Gebrauch gemacht wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/896 an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Schleswig-Holstein (Bestattungsgesetz - BestattG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/887

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Abgeordneten und Antragsteller des SSW, dem Vorsitzenden Lars Harms, das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verstirbt ein Angehöriger oder Freund, fallen für die Trauernden viele Kosten an. Ich spreche hier nicht davon, dass die Wohnung aufgelöst oder Verpflichtungen abgelöst werden müssen. Mir geht es um die Beisetzung. Transport, Kosten für das Bestattungsunternehmen und nicht zuletzt die Friedhofsgebühren: Da kommt schnell ein vierstelliger Betrag zusammen. Kein Wunder, dass die Sterbegeldversicherungen boomen. Wer aber nicht die Mittel hat, für die eigene Beerdigung zu sparen, für den übernehmen die Angehörigen, das sind meist die Kinder, alle Kosten.

Der Bürgerbeauftragten ist es zu verdanken, dass sie in diesem Zusammenhang einen Missstand aufgedeckt hat. Viele Kommunen in Schleswig-Holstein schicken nämlich eine Rechnung an die Enkelkinder oder andere Verwandte der Verstorbenen, wenn bei den noch lebenden Kindern der Verstorbenen nichts zu holen ist. Andere Kommunen begnügen sich dagegen mit dem ersten Rang. Das bedeutet: Wenn vorrangig Verpflichtete, zum Beispiel die Kinder, nicht leistungsfähig sind, übernimmt die Kommune alle Kosten.

In Schleswig-Holstein spielt es also für die Angehörigen bei den sogenannten Sozialbestattungen eine erhebliche Rolle, wo der Verstorbene gewohnt hat. Das ist zutiefst ungerecht und führt meines Erachtens richtigerweise zu Petitionen an die Bürgerbeauftragte, und die Anzahl dieser Petitionen nimmt zu.

Einige Kommunen dehnen die Bezahlungspflicht voll aus, was dann natürlich auch zu Streit innerhalb der Familien führen kann. Genau das sollten wir alle vermeiden, wenn es um das Begräbnis einer Person geht. Es kann doch nicht sein, dass eine

(Lars Harms)

Beerdigung Unfrieden in der Familie schafft, weil beispielsweise die Enkelkinder zum Beerdigungszeitpunkt arbeitslosen Eltern vorwerfen, dass nun sie für Oma oder Opas Beerdigung aufkommen müssen. Und je umfassender eine Kommune die Rangfolge von Bestattungspflichtigen abarbeitet, desto größer kann der Streit werden.

Der SSW schließt sich daher vollumfänglich der Bürgerbeauftragten an, die eine rechtliche Klarstellung fordert, damit in Zukunft alle Kommunen die gleiche Praxis anwenden. Das Landessozialgericht hat noch keine Stellung genommen, aber wir sollten nicht länger auf die richterliche Entscheidung eines Präzedenzfalles in unserem Land warten, denn andere Sozialgerichte haben bereits die Heranziehung der nachrangig Verpflichteten abgelehnt. Es scheint somit klar, dass die Kommunen dann, wenn jemand vor Gericht ziehen würde, ohnehin verpflichtet wären, die Leute nicht mehr heranzuziehen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde jeder, der klagt, recht bekommen. Aber ehrlich, auf eine solche Klage zu warten, sollte man vermeiden, wenn es geht - und es geht ja.

Darum legen wir einen Vorschlag für eine klare und eindeutige gesetzliche Regelung in Schleswig-Holstein vor: Nachrangig Hinterbliebene werden ausdrücklich von der Übernahmepflicht von Kosten ausgenommen, wenn ein vorrangig Verpflichteter nicht leistungsfähig ist. Wir beseitigen damit eine Ungleichheit im Land. Ich bin darüber hinaus davon überzeugt, dass der Friede in der Familie durch die neue Regelung bewahrt bleibt und eine Beerdigung eben nicht zu einem Streitfall werden muss. Deshalb freue ich mich auf die Ausschussberatungen und hoffe, dass wir dann zu einer einvernehmlichen Lösung in dieser Frage kommen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Ole Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber SSW! Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten nimmt in ihrem Tätigkeitsbericht Lebenssachverhalte auf, die uns zur politischen Beratung dienen. Das ist gut und dafür vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD und FDP)

So hat sie in ihrem letzten Tätigkeitsbericht auf einen deutlichen Anstieg der Fallzahlen zum Thema Übernahme von Bestattungskosten gemäß § 74 SGB XII hingewiesen. Wie hoch die Zahl tatsächlich ist, ist aus dem Bericht nicht erkennbar. Es geht darum, dass die erforderlichen Kosten einer Bestattung übernommen werden, soweit den hierzu Verpflichteten nicht zugemutet werden kann, diese Kosten zu tragen, weil zum Beispiel keine Mittel vorhanden sind. Dabei stellt sich die Frage, wer überhaupt Verpflichteter ist und in welchem Verhältnis die Verpflichteten zueinander stehen, denn die Verpflichteten haben für die Bestattung zu sorgen und müssen somit auch die Kosten tragen.

Unser Bestattungsgesetz sieht aber ganz klar vor, wer Verpflichteter ist. Das sind der oder die Hinterbliebenen, und zwar volljährige Personen in der Rangfolge Ehegatten, eingetragene Lebenspartner, leibliche oder adoptierte Kinder, Eltern, Geschwister, Großeltern und Enkelkinder. Diese Reihenfolge ist auch nach dem Gesetz einzuhalten. Sollte keiner der Hinterbliebenen vorhanden sein, hat die jeweilige Kommune die Kosten für die Bestattung zu übernehmen.

Nun stellt sich zu Recht die Frage: Wenn einer der ersten Hinterbliebenen, zum Beispiel der Ehegatte des oder der Verstorbenen, nicht leistungsfähig ist, also die Bestattungskosten finanziell nicht tragen kann, können dann andere weitere Hinterbliebene innerhalb der Familie herangezogen werden? So wird es ja auch teilweise gemacht.

Lieber Lars Harms, lieber SSW, ihr möchtet, dass diese nachrangigen Hinterbliebenen dann nicht mehr herangezogen werden können, wenn der vorrangig Hinterbliebene nicht zahlungsfähig ist, so dass die jeweilige Kommune diese Kosten tragen müsste. Die Folge wäre sicherlich, dass die Kommunen zunächst einmal Konnexität bei uns anfordern würden, wenn wir das so beschließen. Deswegen sollten wir genau hinsehen, was das bedeutet und die Kommunen in die Beratung einbinden. Denn das Bestattungs- und Friedhofswesen ist kommunale Aufgabe.

Die Kommunen haben einiges im Bereich der Bestattung und vor allem bei der Unterhaltung von Friedhöfen zu leisten. Dabei hat sich auch das Bestattungsverhalten der Menschen in den letzten Jahren immer mehr verändert. Der Bedarf an Friedhofsflächen nimmt immer weiter ab, große Familiengrabanlagen werden zunehmend aufgegeben, da-

(Ole-Christopher Plambeck)

für steigt die Nachfrage nach pflegefreien Grabformen, und die Zahl der anonymen Bestattungen nimmt ebenfalls zu. Der Auslastungsgrad und damit auch die Einnahmen über die Gebühren verringern sich immer weiter. Dabei stehen den Kommunen nur zwei Finanzierungsinstrumente zur Verfügung: Gebühren und Haushaltsmittel und gegebenenfalls Mittel nach dem Gräbergesetz. Das Defizit ist aber immer aus dem laufenden Haushalt der Kommune zu zahlen.

Durch veränderte Lebensweisen, weniger Familienbünde, mehr Alleinstehende und den Wegfall des Sterbegeldes im Jahr 2003 unterliegt das Bestattungswesen einem ordentlichen Wandel. Das damalige Sterbegeld sollte einen Teil der anfallenden Kosten der Bestattung übernehmen. Das gibt es jetzt nicht mehr, auch wenn es zum Schluss nur ein kleiner Betrag war.

Diese Ausführungen gehen sicherlich über den Vorschlag der Gesetzesänderung des SSW hinaus, stellen aber dar, dass die Kommunen bereits ordentlich mit dem Thema zu tun haben.

Trotz der Ausführungen ist es für mich wichtig, Bestattungen nicht nur als Kostenstelle zu betrachten. Für mich ist vor allem wichtig festzustellen, dass jeder Mensch, auch wenn er mittellos oder alleinstehend ist, eine würdevolle und angemessene Bestattung verdient hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Aber es ist auch eine familiäre Aufgabe, wenn ein Familienangehöriger verstirbt, und bei Alleinstehenden ist es sicherlich eine gesellschaftliche Aufgabe. Ich beantrage für die weitere Beratung, die wichtig ist, die Ausschussüberweisung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beschäftige mich eigentlich lieber mit der Zeit vor dem Tod, aber auch der Tod gehört letzten Endes zum Leben dazu.

Ein Todesfall in der Familie ist nicht nur eine traurige Angelegenheit, sondern zugleich eine organisa-

torische Meisterleistung in schwierigen Zeiten und eine hohe finanzielle Belastung. Eine Beerdigung kostet in Deutschland im Durchschnitt 7.000 €. Darin nicht enthalten sind spätere Kosten für einen Grabstein und die Grabpflege. Die Bestattungskosten richten sich nach Bestattungsart, Bestattungsort, Art des Grabes und Umfang der erbrachten Leistungen des Bestatters.

Viele ältere Menschen haben ihre Beisetzung im Vorfeld selbst durch Bestattungsversicherungen geregelt oder haben ihre Wünsche formuliert. Tritt ein plötzlicher Tod, vielleicht schon in jungen Jahren, ein, kommt zur Frage nach dem Warum auch die Frage nach dem Wie; denn in der Regel setzen sich junge Menschen ungern mit dem eigenen Tod auseinander. Neben der Trauer kommt dann die Frage der Verantwortlichkeit hinzu. Wer ist bestattungspflichtig? Wer trägt die Kosten?

Jedes Bundesland hat zwar sein eigenes Bestattungsgesetz, aber die Reihenfolge der Bestattungspflichtigen ist fast überall gleich geregelt. In § 2 des schleswig-holsteinischen Bestattungsgesetzes ist die Reihenfolge formuliert, und Herr Kollege Plambeck hatte es Ihnen vorgelesen. In Rheinland-Pfalz ist abweichend davon der Erbe vorrangig vor den Familienangehörigen bestattungspflichtig. In Hessen sind sogar die Einrichtungen wie Pflegeheime und Krankenhäuser nachrangig bestattungspflichtig.

Normalerweise regelt die Familie die Bestattung untereinander selber. Ist das nicht möglich, reicht die Kommune die Verpflichtung in der genannten Reihenfolge weiter, und nur, wenn keiner der Angehörigen zahlungsfähig ist, trägt die Kommune die Kosten. Das bedeutet, dass zum Beispiel Enkel, die sich vielleicht noch in der Ausbildung befinden, für die Kostenübernahme herangezogen werden können, wenn deren Eltern nicht über die notwendigen Mittel verfügen. Auch können so entfernte Angehörige verpflichtet werden, die den Verstorbenen vielleicht gar nicht oder kaum kennen - auch das soll in den besten Familien vorkommen - oder bei denen es aufgrund von Konflikten, zum Beispiel Kindesmissbrauch, zur totalen Entfremdung gekommen ist. In einigen Bundesländern haben Landessozialgerichte dieses Verfahren schon mehrmals ausgeschlossen. Bedauerlicherweise gibt es in den Kommunen keine einheitliche Handhabe, das hat der Kollege Lars Harms eben beschrieben.

Unsere Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Frau Samiah El Samadoni, hat in ihrem Bericht 2017 festgestellt, dass es zunehmend Fragen

(Birte Pauls)

zu der Übernahme der Bestattungskosten gibt, und zeigt dafür auch entsprechend Beispiele auf.

Weil wir die aktuelle Praxis ebenfalls für unverhältnismäßig und ungerecht halten, tragen wir den Vorschlag des SSW mit und teilen die Auffassung unserer Bürgerbeauftragten.

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Allerdings stellen sich uns auch noch einige Fragen; denn eine Beerdigung hat auch immer etwas mit Würde zu tun. Der Träger der Sozialhilfe übernimmt in einem Todesfall - so ist es formuliert - die erforderlichen Kosten einer würdigen, den örtlichen Gepflogenheiten entsprechenden einfachen Bestattung.

Im Rahmen meiner kommunalpolitischen Tätigkeit habe ich mir Sozialbestattungen mehrmals angeschaut. Da ist das Wort „einfach“ schon eine Übertreibung, und mit Würde hatte das Ganze sehr wenig zu tun. Da ist es gut, wenn sich die Kommunen auf den Weg machen, die Kosten den realen Preisen anzupassen. Der SSW möchte, dass bereits nach dem zuerst in Betracht kommenden Hinterbliebenen keine weiteren Angehörigen zur Zahlung herangezogen werden sollen, auch wenn diese eventuell über die nötigen Mittel verfügen würden. Das zuständige Sozialamt hätte damit nur eine einzige Möglichkeit, für die Begleichung der Bestattungskosten auf die Hinterbliebenen zurückzugreifen. Das könnte für Kommunen mit einer hohen Altersstruktur oder Pflegeheimen eine erhebliche finanzielle Belastung werden. All das gilt es zu klären.

Da wir in anderen Bundesländern sehen, wie es funktionieren kann, tragen wir den Gesetzesvorschlag in Gänze mit. Deshalb beantrage ich ebenfalls die Überweisung in den Sozialausschuss. - Danke schön.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wie eben beschrieben, sieht das schleswig-holsteinische Bestattungsgesetz eine gewisse Rangfolge für die Übernahme der Beerdigungskosten vor.

Aber was ist eigentlich, wenn die Person kein ausreichendes Vermögen besitzt, die finanziellen Mittel nicht hat, um eine sehr kostenintensive Bestattung zu finanzieren. Dann kann die Gemeinschaft oder der nachrangig Hinterbliebene dafür einstehen. Das wird unterschiedlich gehandhabt.

In den einzelnen Bundesländern geht man unterschiedlich damit um. Kollegin Pauls hat es gerade angesprochen. Hier ist interessant, dass das Land die Regelungsmöglichkeiten hat. Deswegen von mir auch der Dank an die Bürgerbeauftragte, die das Thema auf den Tisch gebracht hat, und an den SSW, der das Thema in das Plenum eingebracht hat. Am Ende ist es nämlich die Möglichkeit, hier einem Problem entgegenzuwirken. Es ist daher sinnvoll und gut, dass wir darüber sprechen, damit es Klarheit gibt. Denn wenn man ehrlich ist, stellt man fest, es ist ein Problem, wenn es nach einem Verlust in der Familie auch noch Unklarheiten für die finanzielle Verantwortung gibt. Für einen Verwaltungshack haben die Hinterbliebenen in der Regel nicht den Kopf.

In Schleswig-Holstein möchte der SSW gern, dass die Gemeinde die Kosten übernimmt, wenn der nachrangig Hinterbliebene die finanziellen Aufwendungen nicht übernehmen kann. Ich halte das zunächst für einen nachvollziehbaren Gedanken. Auf der anderen Seite habe ich noch einige Fragezeichen, und es besteht bei mir noch Skepsis, wenn der nachrangig Hinterbliebene tatsächlich finanzielle Mittel hat. Häufig ist es ja bei unserem Gerechtigkeitsproblem bedauerlicherweise nicht der Fall, sondern eher vererbbar, dass Menschen die finanziellen Möglichkeiten nicht haben. Aber, sollte der nachrangig Hinterbliebene tatsächlich das Geld haben, müssten wir auch darüber diskutieren, ob er es übernehmen kann.

Gleichzeitig habe ich großes Verständnis dafür, dass es gewisse Härtefälle gibt. Dass ein Kind, dessen Vater sich früh aus der Familie verabschiedet hat, nie Unterhalt gezahlt hat, den Kontakt immer abgebrochen hat, nicht so richtig Lust darauf hat, die Beerdigung zu zahlen, kann ich sehr gut verstehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt FDP)

In Schleswig-Holstein ist es bislang so geregelt, dass die Verantwortung bis zum Enkelkind zurückgeht, sodass dieses die Kosten übernehmen müsste. In anderen Bundesländern - das wurde eben angesprochen - ist es anders geregelt. Besonders heftig finde ich die Fälle aus Hamburg und Bayern, wo es

(Lasse Petersdotter)

teilweise bis zu den Lebenspartnern der Stiefkinder geht oder gar die Betreuer in die Verantwortung gezogen werden. Ich denke, dass es in Schleswig-Holstein besser geregelt ist, aber wir brauchen eine klare Zuständigkeit, wie mit den Kosten umgegangen werden muss.

Deswegen freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss. Ob wir eine Vergemeinschaftung sinnvoll finden, müssen wir noch diskutieren. Ich freue mich auf die Anhörung; denn hier gibt es wirklich eine Sachfrage zu klären. Ich muss ehrlich sagen, dass ich in diese Diskussion nicht mit einem festen Weltbild hineingehe, sondern mir die Meinungen anhören, mir anschließend meine Meinung bilden und eine Entscheidung treffen möchte. Insofern vielen Dank an den SSW und an die Bürgerbeauftragte. Ich freue mich auf die weitere Diskussion.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat für die FDP-Fraktion Frau Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Wenn ein naher Angehöriger stirbt, sind die Hinterbliebenen in dieser emotionalen Extremsituation in der Regel mit erheblichen bürokratischen Anforderungen konfrontiert. Nicht selten besteht Unsicherheit über die Aufgaben im Rahmen der Nachlassabwicklung. Schlimm ist es jedoch, wenn durch nicht eindeutige Bestimmungen oder unterschiedliches Behördenhandeln innerhalb eines Landes auf Grundlage eines Gesetzes unbillige Härten entstehen. Der nun vorliegende Gesetzentwurf versucht hier anzusetzen.

§ 2 Nummer 12 des Bestattungsgesetzes regelt die Reihenfolge der Verpflichtung bei der Übernahme der Bestattungskosten. Dem vorrangig verpflichteten Ehegatten folgen die Kinder und dann die Eltern. Nachfolgend sind die Geschwister, die Großeltern und letztlich - Sie erwähnten es bereits - die Enkelkinder zur Übernahme der Kosten verpflichtet. Gemäß vorliegendem Gesetzesentwurf des SSW sollen nachrangig Hinterbliebene nun nicht mehr die Bestattungskosten tragen müssen, sofern ein vorrangig Hinterbliebener nicht leistungsfähig ist. Das bedeutet also, dass die Kinder nicht mehr Schuldner werden können, wenn der überlebende Ehepartner zahlungsunfähig ist.

Doch sorgt die Novellierung des Gesetzes wirklich dafür, dass ein Heranziehen nachrangig Verpflichteter wirksam ausgeschlossen ist, und selbst wenn, wollen wir das auch?

§ 1968 BGB regelt, dass die Erben für die Bestattungskosten aufzukommen haben. Bei Ausschlagung des Erbes ist man jedoch kein Erbe mehr. Entbindet einen dies wirklich von der Pflicht zur Übernahme der Bestattungskosten? Ja, aber auch nein; denn wenn sich alle potenziellen Erben für eine Erbausschlagung entscheiden, geht die Erbschaft vollumfänglich an den Staat. In diesem Fall organisiert die Heimatgemeinde des Erblassers dessen Bestattung und streckt die Kosten vor. Da es sich bei diesen aber um einen Bestandteil der Unterhaltungspflicht handelt, kann die Gemeinde das Geld von den potenziellen Erbberechtigten zurückfordern. In diesem Fall greift das Gesetz auf die Unterhaltspflichtigen als Schuldner zurück. Gemäß § 74 SGB XII ist man zur Übernahme der Bestattungskosten nämlich nicht nur als Erbe, sondern im Falle der Erbausschlagung auch als Unterhaltspflichtiger verpflichtet. Unter Heranziehung der §§ 85 ff. SGB XII ist dann die Einkommensgrenze des jeweils Unterhaltspflichtigen maßgeblich.

Lieber Lars, es ist somit fraglich, ob bei Änderung des Bestattungsgesetzes eurem Wunsch auch wirklich entsprochen wird. Es ist zudem auch abzuwägen, ob eine Neuregelung gesellschaftlich wünschenswert wäre. Immerhin sollen hierdurch die Bestattungskosten auf den subsidiär haftenden Sozialstaat umgesetzt werden, sofern vorrangig Verpflichtete nicht leistungsfähig sind.

Vergleichen wir jetzt einmal zwei Fälle: In beiden Fällen verstirbt die verwitwete Großmutter. Im ersten Fall leben die eigenen Kinder nicht mehr, sondern nur noch die Enkel. In dem zweiten Fall hat die Erblasserin eine Tochter, die die Bestattungskosten nicht tragen kann, und es gibt ebenfalls Enkel. Die Enkel in beiden Fällen wären in der Lage, die Bestattungskosten zu übernehmen. Im zweiten Falle würde die Allgemeinheit die Kosten tragen, im ersten Fall weiterhin die Enkel. Wäre das gerecht?

In der Fachausschussberatung gilt es, diese und weitere Fragen zu klären und darüber hinaus zu prüfen, ob wir durch diese Änderungen nicht weitere Ungerechtigkeiten schaffen würden. Ich freue mich auf die Ausschussberatung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Im Landesbestattungsrecht ist normiert, wer totenfürsorgeberechtigt ist. Das sind regelmäßig Ehegatten, der eingetragene Lebenspartner, leibliche und adoptierte Kinder, Eltern, Geschwister, Großeltern und Enkel; wir hörten es. Dieser Personenkreis hat Sorge dafür zu tragen, dass ein Angehöriger ordnungsgemäß bestattet wird. Grundsätzlich müssen diese Personen dann auch die Beerdigungskosten übernehmen.

Es besteht zudem der Grundsatz, dass die Angehörigen in der entsprechenden Reihenfolge verpflichtet sind, für die Bestattung zu sorgen. Die in der Reihenfolge nachrangig Genannten sind nur dann bestattungspflichtig, wenn die Personen, die vorrangig genannt sind, nicht vorhanden oder aus anderen Gründen daran gehindert sind.

Bei der Bestimmung des Verpflichteten ist also der Grad der Verwandtschaft oder der Schwägerschaft zwingend zu berücksichtigen. Es besteht somit ein grundsätzlicher Vorrang der näheren gegenüber den entfernteren Verwandten. Das ist eine nachvollziehbare Intention des Gesetzgebers.

Die Reihenfolge der Verpflichtung der Hinterbliebenen lehnt sich an die Rangfolge der gesetzlichen Erben nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch an. Seit ewigen Zeiten obliegt die Bestattung Verstorbener in Deutschland den Angehörigen. Dies entspricht einer sittlichen und weit verbreiteten Anschauung in unserer Gesellschaft. Danach ist auch davon auszugehen, dass eine Heranziehung von nachrangig Verpflichteten zu den Kosten nicht unzumutbar ist. Das sieht auch das Oberverwaltungsgericht Niedersachsen in einem Beschluss aus dem Jahre 2003 so.

Soweit jemand bestattungs- und kostenpflichtig ist, aber eben nicht über die notwendigen Mittel verfügt, die Bestattung zu bezahlen, ist es möglich, beim zuständigen Sozialamt einen Antrag auf Zuschuss oder Übernahme der Bestattungskosten zu stellen. Das sind in der Regel die Kosten für eine einfache, würdevolle und ortsübliche Bestattung. Eine unbillige Härte kann somit belegt und dann letztlich auch ausgeschlossen werden.

Die nachrangige Heranziehung von Angehörigen stellt sich auch nicht als verfassungswidrig oder gar willkürlich dar. Jede Verantwortlichkeit drängt sich

von der Natur der Sache her auf; da ändert die Totenfürsorge auch nichts. Es ist schlicht ein Ausfluss der familiären Verhältnisse, welche zu Lebzeiten den Verstorbenen mit den Familienangehörigen verbunden hat. Dieses Verhältnis dauert über den Tod hinaus und steht den nächsten Angehörigen zu.

Die Totenfürsorge begründet indes nicht nur ein Recht, sie hat als öffentlich-rechtliche wie auch als zivilrechtliche Position einen Pflichtencharakter. Dieser Pflichtencharakter wird im Familienrecht als Nachfolger der familienrechtlichen Beziehung wie die Totenfürsorge im Allgemeinen als gewohnheitsrechtlich begründet angesehen.

Die öffentlich-rechtliche Pflicht zur Bestattung wird der Staat deshalb auf die Angehörigen übertragen, weil nach den tradierten Anschauungen des ganz überwiegenden Teils der Bevölkerung und nach alltäglicher Praxis davon auszugehen ist, dass diese den Verstorbenen eine würdige Erstattung bereiten werde.

Nur wenn Bestattungspflichtige nicht vorhanden oder schlicht nicht erfüllungsfähig sind - und nur dann -, ist die zuständige Gemeinde subsidiär für die Bestattung verantwortlich und wird zum Kostenträger. Diese Praxis entspricht auch billigen Erwägungen, die Allgemeinheit - das sind die Steuerzahler - vor diesen Kosten zu bewahren.

Mit der Bestattungspflicht wird auch keine unzumutbare Belastung auferlegt, denn den Bestattungspflichtigen wird nur das aufgegeben, wozu diese nach der familienrechtlichen Rechtslage ohnehin verpflichtet sind.

Insofern ist es auch verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass die Begründung der öffentlich-rechtlichen Bestattungspflicht und die Benennung des Kreises der Bestattungspflichtigen in Schleswig-Holstein in der gegenwärtigen Form gesetzlich geregelt sind. Nicht ohne Grund ist in fast allen Bundesländern diese Pflicht ähnlich geregelt wie in dem Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Schleswig-Holstein.

Aus unserer Sicht gibt es keinen nachvollziehbaren Bedarf für eine Gesetzesänderung. Wir werden aber die Überweisung in den Ausschuss sehr gerne mitbegleiten und mittragen und freuen uns auf neue Argumente und neue Aspekte, wie sie hier auch schon von meinen Vorrednern angesprochen worden sind. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Das Wort hat nun für die Landesregierung der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich sehr herzlich bei den Rednerinnen und Rednern der Koalitionsfraktionen sowie bei der SPD und dem SSW für die ausgesprochen sachliche und konstruktive Auseinandersetzung bedanken. Ich glaube, man hat bei allen Rednerinnen und Rednern gemerkt, wie intensiv und wie ernst sie sich mit diesem Thema auseinandersetzen und auch die unterschiedlichen Schwierigkeiten, die dabei zutage treten, herausgearbeitet haben.

Die Kollegin Frau Abgeordnete Pauls hat sehr deutlich gemacht, dass es vielleicht noch einmal im Ausschuss zu besprechen sein wird, ob man mit dem Vorschlag, der heute mit der entsprechenden Änderung des Gesetzes unterbreitet worden ist, die Kommunen mit diesem Problem nicht komplett alleine lässt. Ich finde, das sind Fragen, die man tatsächlich noch einmal deutlich ansprechen muss.

Mir ist im Rahmen dieser Debatte auch immer sehr wichtig gewesen, dass es bei der Klärung aller Fragen, die auch insbesondere die Frau Abgeordnete Krämer sehr präzise herausgearbeitet hat, zunächst um das Recht auf eine würdige Bestattung geht. Deswegen fand ich die Diskussion, wie sie hier im Landtag geführt worden ist, dem Thema ausgesprochen angemessen. Es geht darum, dass man in jedem Fall den Wünschen der Verstorbenen oder des Verstorbenen soweit als möglich gerecht werden sollte, um dem jeweiligen Menschen in seiner Würde gerecht zu werden, auch nachdem er oder sie verstorben ist. Das ist, glaube ich, wichtig.

Alle Rednerinnen und Redner haben selbstverständlich darauf hingewiesen, dass ein Begräbnis mit Kosten verbunden ist. Das wird aus meiner Sicht gerade immer dann sehr deutlich, wenn es um die Frage geht: Wer trägt am Ende die Kosten, wenn im Zweifel kein Verwandter da ist, diese Kosten zu übernehmen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorschlag des SSW und der Sozialdemokraten zielt darauf ab, das Bestattungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein dahingehend zu ändern, dass

nachrangig Hinterbliebene nicht zur Übernahme der Bestattungskosten verpflichtet werden können, wenn vorrangig Hinterbliebene nicht ausreichend solvent sind. Es wurde gesagt, es sei eine Anregung der Bürgerbeauftragten aufgegriffen worden. Man muss nicht weiter ausführen, dass damit die in dem Bestattungsgesetz normierte Reihenfolge verändert würde, die übrigens in den meisten Bundesländern so ähnlich ist, in manchen noch ausgedehnter, aber es gibt einzelne Bundesländer, die davon etwas abweichen.

Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass hier noch viel Beratungsbedarf über die Frage besteht, ob es tatsächlich zu mehr Gerechtigkeit führt, wenn man exakt diesen Vorschlag aufgreift und umsetzt.

Wir haben, als wir zum ersten Mal im Haus mit diesem Antrag konfrontiert wurden, uns auch die Frage gestellt: Worauf zielt der Antrag im Kern ab? Ist es die völlig unterschiedliche Verwaltungspraxis bei den Kommunen vor Ort, die sich derzeit nur an Recht und Gesetz halten? Kollege Harms hat in seinem Beitrag noch einmal darauf hingewiesen, dass es im Moment vom Wohnort der oder des Verstorbenen abhängt.

Ich würde vorschlagen, dass wir uns auch darüber im Ausschuss unterhalten sollten, ob möglicherweise eine einheitliche, rechtskonforme Verwaltungspraxis auch durch eine niedrigschwelligere Lösung - zum Beispiel durch eine entsprechende Handreichung, die aus unserem Haus kommen würde - erreicht werden kann, wie sich das in vielen anderen Fällen der kommunalen Praxis bewährt hat. Dann würden wir an das bestehende Gesetz anknüpfen. Ich glaube, da bietet die Ausschussbehandlung mit der dazugehörigen Anhörung den notwendigen und richtigen Rahmen, hier zu einer Klärung zu kommen. Dass das Problem aufgegriffen wurde, ist allerdings gut und zeigt einmal mehr, wie wichtig die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten ist und wie nah am Menschen Samiah el Samadoni arbeitet. Deshalb auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön für diese Arbeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Ich habe sehr deutlich vernommen, dass das in den Sozialausschuss überwiesen werden soll. Gibt es wei-

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

tere Ausschüsse, die sich damit befassen sollen? - Nein. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Wer möchte diesen Gesetzentwurf in den Sozialausschuss überweisen? - Vielen Dank. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 9 auf:

Nachhaltige Strategie gegen Lebensmittelverschwendung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/704

Lebensmittelverschwendung einschränken - Lebensmittel wertschätzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/826

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die antragstellende SPD-Fraktion die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Unser Antrag für eine nachhaltige Strategie gegen Lebensmittelverschwendung ist zwar schon aus dem Monat April 2018, aber er kommt jetzt genau richtig ins Plenum - nach der NORLA, nach der Dürre.

Die Präsidentin der Landfrauen Schleswig-Holsteins hat in ihrem Grußwort auf dem Bauerntag darauf hingewiesen, wie wichtig dieses Thema "Lebensmittel wertschätzen" ist. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass nach den Aktionen im Jahr 2012 in Schleswig-Holstein nichts mehr passiert ist.

Wenn wir auf die bisherigen Aktivitäten schauen, dann erinnern sich sicherlich einige an die Veranstaltung der Europaabgeordneten Ulrike Rodust. Es ging im September 2012 um das Thema „Teller statt Tonne“. Und Minister Habeck appellierte anlässlich der zentralen Veranstaltung der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ im September 2012: „Wir müssen lernen, Lebensmittel wieder zu schätzen.“

Im April dieses Jahres haben wir eine Veranstaltung genau zu diesem Thema durchgeführt. Es waren viele interessierte Gäste da. Das hat uns deutlich gemacht, wie aktuell dieses Thema Lebensmit-

telverschwendung ist und wie es die Menschen bewegt. Allerdings waren die Rückmeldungen auch ernüchternd, denn im Gegensatz zu den öffentlichen Verlautbarungen wurde deutlich, dass das Thema Lebensmittelverschwendung zurzeit offensichtlich in Schleswig-Holstein keine Rolle spielt.

Zu dem Ergebnis kommt auch der WWF. Im Bundesländer-Vergleich landet Schleswig-Holstein im Mittelfeld, und der WWF kommt zu dem Ergebnis, dass das Land Maßnahmen gegen die Verschwendung weder bei den Bauern noch bei der Nahrungsmittelindustrie noch beim Handel ergriffen hat.

Auch unsere Initiative für eine strategische Ausrichtung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein wurde nicht umgesetzt. Dafür haben wir im Haushaltsjahr 2017 noch einmal 100.000 € extra bereitgestellt. Wenn wir in den aktuellen Haushalt schauen, dann sehen wir: Da wurde deutlich gekürzt; offensichtlich ist Ihnen das Thema nicht viel wert.

Boston Consulting Group kommt zu dem Ergebnis, dass die Lebensmittelverschwendung insbesondere in der Lebensmittelindustrie eher noch zugenommen hat. Wenn wir uns den Alternativantrag anschauen, dann ist das keine Alternative, weil das Engagement der Menschen vor Ort - schauen wir auf die Tafeln, auf die Ernährungsrettungsaktionen - völlig ignoriert wird. Sie zielen auf Europa; da wurden die wesentlichen Weichen aber schon gestellt. Sie zielen auf den Bund; die Beschlüsse liegen vor, der Koalitionsvertrag ist eindeutig. Und sie setzen auf Freiwilligkeit. Nichts Verbindliches, nichts Konkretes für Schleswig-Holstein. Sorry, das hatten wir in Schleswig-Holstein lange genug. Wir fordern Taten statt warmer Worte.

(Beifall SPD)

Ich wiederhole mich gern: Wir als SPD fordern eine Neuausrichtung der Land- und Ernährungswirtschaft hin zu nachhaltiger Produktion, ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel.

In der Welt werden heute Lebensmittel für rund 12 Milliarden Menschen produziert. Ein erheblicher Teil davon geht entlang der globalen Wertschöpfungskette bis hin zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern verloren. Die Unterschiede in den Regionen der Welt sind groß und deutlich. Aber es gibt die traurige Gemeinsamkeit, dass die Verluste der Lebensmittel zwischen 30 bis 40 % liegen. Hier müssen wir ansetzen. Nur, wenn wir der Lebensmittelverschwendung endlich mit Kraft entgegenreten, machen wir einen entscheidenden Schritt zur

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Sicherung der Welternährung und hin zu einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen endlich eine nachhaltige Strategie gegen die Lebensmittelverschwendung, und zwar auf allen Ebenen - bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei den Engagierten vor Ort, in der Industrie, im Handel, in der Gastronomie, auf all diesen Ebenen. Überall kann ein Beitrag geleistet werden. Das müssen wir miteinander herausfinden.

Deshalb bitte ich darum, beide Anträge in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Das tue ich auch mit Blick auf das Schreiben der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft vom 3. September 2018 an die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Hier ruft die Ministerin auf, sich zu engagieren, um das gesetzte Ziel, die Lebensmittelabfälle bis 2030 zu halbieren, zu erreichen. Sie ruft alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf. Ich finde, es wäre ein gutes Zeichen, wenn die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags gemeinsam im Ausschuss weiter beraten, was zu tun ist, damit hier in Schleswig-Holstein endlich die wichtigen, richtigen Schritte getan werden können. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! So groß und unübersichtlich wie heute war das Lebensmittelangebot noch nie. Aus der ganzen Welt stehen uns in vollen Regalen rund um die Uhr billige Lebensmittel zur Verfügung. Es ist für uns alle schwer, Maß zu halten, und den Blick auf regionale und saisonale Kost haben wir weitgehend verloren.

Der Wohlstand führt bei uns zu einer steigenden Verschwendung von Lebensmitteln. Das wiederum geht mit einer Geringschätzung von Lebensmitteln einher, die sich eine ansonsten hochentwickelte Gesellschaft nicht leisten sollte. Was Aktivitäten und Handlungsfelder gegen Lebensmittelverschwendung betrifft, landen wir hier in Schleswig-Holstein im Mittelfeld. Es ist an der Zeit, dass es gemäß den developmentpolitischen Leitlinien Schleswig-Holsteins zu echten Veränderungen kommt. Da gebe

ich meiner Kollegin von der SPD recht. Dafür steht auch unser vorliegender Antrag.

Das Ziel ist bereits seit 2016 konkret formuliert: Die Lebensmittelabfälle und die Verschwendung von Lebensmitteln sollen auf Einzelhandels- und auf Verbraucherebene bis zum Jahr 2030 halbiert werden. Wir setzen dabei auf eine Strategie, die von Freiwilligkeit geprägt ist, auf Bildung setzt und an die bewährten und schon laufenden Projekte anknüpft. Die Notwendigkeit für einen ressortübergreifenden großen Runden Tisch sehen wir nicht.

Während Hunger und Durst weltweit stark verbreitet sind, haben wir dies doch selbst nie kennengelernt. Wir können sicher davon ausgehen, dass es hier bei uns auch morgen noch zum Sattwerden reicht. Während es für die meisten von uns in der Kindheit noch so war, dass man den Teller leer essen musste, wissen die meisten Kinder inzwischen nicht mehr, woher die Lebensmittel kommen, und ihre Wertschätzung gegenüber Lebensmitteln ist verlorengegangen. All dies können wir nur mit Bildung und Erziehung verändern.

Lebensmittel, die nicht verbraucht werden, kommen schnell in den Müll. Das gilt einerseits für den Privathaushalt, zu 60 % allerdings geschieht dies bei Großverbrauchern und bei Produzenten, das heißt auch bei Lebensmittelanbietern und in der Gastronomie. Die vorgelegten Zahlen sind alarmierend. Bundesweit werden 11 Millionen t Lebensmittel weggeworfen. Zählt man die Abfälle aus der Produktion hinzu, landen 18 Millionen t Lebensmittel im Müll. In den Privathaushalten bedeutet dies umgerechnet 82 kg pro Person und Jahr, wovon wir sicherlich mindestens die Hälfte, wenn nicht zwei Drittel vermeiden könnten.

Mit den Erfahrungen aus laufenden und abgeschlossenen Projekten wie „Zu gut für die Tonne“, „10 % kann jeder“ oder „Bewusst einkaufen kann jeder“ sind bereits praktische Strategien gegen eine Lebensmittelverschwendung auf den Weg gebracht. Das muss sich fortsetzen und kann durchaus noch optimiert werden. Tafelprojekte sind Vorreiter für eine sinnvolle Lebensmittelverwertung. Diese gilt es zu fördern, indem man Haftungsrisiken begrenzt. Dann können erstens mehr Lebensmittel weiterverwertet und zweitens mehr Menschen versorgt werden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Lebensmittel sind Mittel zum Leben und gehören nicht in den Müll. Sie verdienen nicht nur eine hohe Wertschätzung, sondern auch einen angemessenen Preis. Jeder, der mit Lebensmittelerzeugung zu tun

(Anette Röttger)

hat, weiß um den langen Weg von der Aussaat bis zur Ernte und um den großen Wert unserer hochwertigen Erzeugnisse. Leider korrelieren Preis und Qualität nicht mehr miteinander, ganz im Gegenteil sind Lebensmittel zum Billigprodukt verkommen und zur Schnäppchenware geworden. Was nichts kostet, ist nichts wert, sagt der Volksmund, und so ist aus mangelnder Wertschätzung eine Geringschätzung von Lebensmitteln geworden.

Auch hier brauchen wir Veränderungen: eine bessere innere Haltung und ein Gewissen für den Umgang mit Lebensmitteln. Das ist auch ein Appell an die für das Lebensmittelrecht Verantwortlichen.

Das Thema Lebensmittelverschwendung ist in der Politik nicht neu. Die CDU-Fraktion hat es vor einigen Jahren in ihre Positionen zum Verbraucherschutz und auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Heute sagen wir: Wir brauchen eine neue Wertschätzung und Wissensbildung im Umgang mit Lebensmitteln.

Ich bin davon überzeugt, dass unser Antrag diesen Weg möglich macht, und bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. Den Antrag der SPD lehnen wir ab. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dimension der Verschwendung von Lebensmitteln hat erschreckende Ausmaße erreicht. Die beiden Vorrednerinnen haben es bereits dargestellt. Weltweit geht ein Drittel der produzierten Nahrungsmittel verloren oder wird weggeworfen. Je nach Basis weichen die Zahlen zum Teil erheblich voneinander ab. Auch die Zahlen für die Bundesrepublik sind unterschiedlich. Die 18 Millionen t, die zum Beispiel im SPD-Antrag genannt sind, stammen wohl aus der Studie des WWF. Auf der anderen Seite werden auf der Homepage des Bundesministeriums 11 Millionen t jährlich genannt. Ein Vergleich dieser Zahlen bringt im Grunde nichts, wenn es keine einheitliche Definition und Erfassung gibt. Damit wir politisch wissen, worüber wir reden, ist es wichtig, dass die EU einen einheitlichen Rahmen für die Ermittlung angestoßen hat. Das ist mehr als nur Statistik. Das ist die Basis, um zu handeln und zu evaluieren.

Lebensmittelverschwendung haben auch die Vereinten Nationen als globales Problem erkannt und die Reduktion der Lebensmittelverschwendung in die Ziele der SDGs, der Sustainable Development Goals, einbezogen. Bis zum Jahr 2030 sollen die Verluste auf Privat- und Einzelhandelsebene halbiert werden. Entlang der Produktions- und der Lieferkette sollen sie ebenfalls verringert werden.

Schleswig-Holstein hat sich zur Umsetzung verpflichtet. Dies soll im Rahmen der Landesentwicklungsstrategie geschehen. Ich halte das für sinnvoll; denn es braucht einen ressortübergreifenden Ansatz. Die Punkte, die die SPD in ihrem Antrag genannt hat, sind an sich nicht verkehrt und sollten dabei Berücksichtigung finden. Ich denke, das ist klar.

An konkreten Schritten und Zusammenarbeit der Akteure ist in der Vergangenheit bereits einiges gelaufen. Hieran sollte angeknüpft werden, anstatt das Rad immer wieder neu zu erfinden. Einen neuen, zusätzlichen Strategieprozess brauchen wir daher meiner Ansicht nach hier auf Landesebene nicht. Allerdings - das halte ich für wichtig, und das steht ja auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene -: Es wird Zeit, dass der Bund die angekündigte nationale Strategie mit verbindlichen Zielen und Maßnahmen untermauert und dass auch die Branche entlang der Wertschöpfungskette verbindliche Branchenvereinbarungen trifft.

Ich finde es richtig, hier weiter Aufklärung zu leisten. Die Bildungsangebote sind bereits genannt worden. Diese sollten aber nicht nur im Rahmen der schulischen Bildung gemacht werden, sondern in allen Bereichen, in denen Bildung stattfindet.

Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel am Einkommen ist in den letzten Jahrzehnten immer geringer geworden. Sie werden immer und überall, in allen Facetten, im Überfluss und oft billig angeboten. Das ist sicherlich mit ein Grund dafür, dass die Wertschätzung für Lebensmittel bei vielen Menschen mindestens im Alltag nicht mehr so vorhanden ist, wie es sein sollte. Aber es ist bei Weitem zu kurz gegriffen, nur an die Verbraucherinnen und Verbraucher zu appellieren. Die Verschwendung hat vielmehr mit dem System der Nahrungsmittelherzeugung und -bereitstellung zu tun. Wie diese strukturiert ist, richtet sich wiederum nach dem Rahmen, den die Politik setzt, nach Rechtsnormen, Hygienevorschriften, Kennzeichnungspflichten, Dokumentationspflichten, aber auch nach der Förderung zum Beispiel im System der EU-Agrarzah- lungen.

(Bernd Voß)

Heute besteht ein Überangebot an Lebensmitteln. Die Dumpingpreise der Supermärkte decken oft kaum die Produktionskosten, ganz zu schweigen von den indirekten ökologischen und sozialen Folgekosten. Das ausdifferenzierte, durchindustrialisierte System der Lebensmittelversorgung mit langen Lieferketten und durch den Handel vorgegebenen Normen ist ein echtes Problem geworden. So nett, wie es auch ist, dient es in erster Linie der Absatzförderung und begünstigt damit die Verschwendung. Gleichzeitig hat es zu dem Verpackungswahnsinn geführt, der uns zu Weltmeistern beim Verpackungsmüll und bei der Erzeugung von Plastikbergen gemacht hat.

In einer Politik, die einen Einzelhandel wie „Unverpackt“, regionale Verarbeitung und Vermarktung, kurze Lieferketten und direkte Kontakte zwischen Erzeugern und Verbrauchern stärkt, sehen wir unter anderem einen Weg, um der Verschwendung zu begegnen. Es wurde schon mehrfach angesprochen, wie viele umfangreiche und sehr gute Aktivitäten der verschiedenen NGO es in diesem Bereich gibt.

Zum Schluss: Wenn ich von vermeidbaren 10 Millionen t Lebensmittelabfällen ausgehe, so erzeugen wir bei uns in Deutschland auf 2,6 Millionen ha, also auf einer landwirtschaftlichen Fläche, die 2,6 mal so groß ist wie die Schleswig-Holsteins, Lebensmittel für die Tonne. Das macht deutlich: Wir haben eine globale Verantwortung und dürfen nicht das billig machen, was in Wirklichkeit wertvoll ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP - Sandra Redmann [SPD]: Und nun?)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Privileg, in einer Gesellschaft zu leben, in der uns Nahrung im Überfluss prinzipiell zugänglich ist. Von früh bis spät steht uns eine riesige Auswahl an Lebensmitteln zur Verfügung. Es ist ein großes Privileg, nicht mit der täglichen Sorge um die Essensbeschaffung zu leben. Das führt aber nicht automatisch dazu, dass man sich keine Gedanken darüber macht, wie es um die Nahrung steht.

Liebe Kollegin Röttger, insofern muss ich Ihnen leider ein bisschen widersprechen. Der Schelte, dass sich junge Menschen nicht mit Essen auseinandersetzen und nicht wüssten, woher es kommt, schließe ich mich ausdrücklich nicht an. Wenn man sieht, dass die Anzahl von bewussten Vegetariern und Veganern gerade bei den jüngeren Menschen in Deutschland deutlich höher ist als beim Rest der Bevölkerung, gehe ich davon aus, dass sich junge Menschen schon Gedanken machen, wie es ums Essen und die Nahrungsbeschaffung in Deutschland steht.

(Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Überfluss stellt uns vor eine Herausforderung, denn aus Überfluss wird häufig Verschwendung. Verschwendung von Lebensmitteln ist nicht nur ein Problem, weil leider immer noch viele Menschen in einigen Teilen der Welt Hunger leiden, es ist auch ein enormes Problem für die Ökologie. Mit Nahrungsverschwendung geht Verschwendung von Wasser einher, Verschwendung von Energie, Verschwendung von Verpackungsmaterialien. Statt Verschwendung haben wir am anderen Ende dann unnötigerweise einen Überschuss, und zwar einen Überschuss an Plastikmüll.

Deswegen ist es volkswirtschaftlich, ökologisch und aus sozialen Gesichtspunkten notwendig, Lebensmittelverschwendung konsequent zu vermeiden. Die Frage ist: Wie kann man angesichts des überbordenden Überflusses sicherstellen, dass weniger davon in der Mülltonne landet?

Die Uni Stuttgart hat das 2012 untersucht und die Verluste entlang der kompletten Wertschöpfungskette analysiert, von der Erzeugung über die Verarbeitung, den Transport, Handel und anschließend die Versorgung und natürlich auch das Essen selbst. Das Ergebnis: Ungefähr 11 Millionen t Lebensmittel werden pro Jahr entsorgt. Die Privathaushalte sind für 61 % der Abfälle verantwortlich, Industrie 17 %, Großverbraucher 17 % und der Handel selbst, was man in den Läden sieht, lediglich für 5 %.

Die Zahlen sind interessant, aber sie müssen mit Vorsicht genossen werden, denn es gab - das hat die Uni Stuttgart selbst festgestellt - erhebliche Probleme bei der Erhebung und Vergleichbarkeit der Daten. Aber aus diesen Schätzungen kann man Tendenzen ableiten.

Ein weiteres Grundproblem der Debatte ist, dass die Begriffe Lebensmittel und deren Verschwendung häufig unterschiedlich definiert werden. Wir

(Dennys Bornhöft)

brauchen eine bessere Datenlage. Deswegen können wir auch nicht sofort anfangen, eine nationale Strategie zu erarbeiten, weil wir erst einmal definieren müssen, dass wir von den gleichen Werten sprechen.

Die EU arbeitet derzeit an einer einheitlichen Definition. Für die EU ist ein Lebensmittel etwas, das für den Verbrauch vorgesehen ist, also für die Nahrungsaufnahme. Deutschland sollte sich dem gemeinsamen EU-Vorschlag zu Messmethoden und Analyseprozessen anschließen. Erst wenn wir eine einheitliche Datenlage haben, können wir lösungsorientiert und fundiert eine Strategie formulieren, bevor es wieder gut gemeint ist, aber nicht gut gemacht wird.

Bis dahin sollten wir aber nicht in uns ruhen, sondern mindestens pragmatisch Projekte fördern, die dort ansetzen, wo Verschwendung konkret ersichtlich ist. Viele Abfälle sind vermeidbar. Das sieht man als Endverbraucher, das sieht man aber auch als Mitarbeiter in einer Großküche oder bei sich zu Hause im Kühlschrank. Denn hier passiert der größte Teil der Verschwendung, in den Privathaushalten.

Wir müssen hier ansetzen und auf Aufklärung setzen. Aber das wird nicht reichen. Auch ich selbst ärger mich häufig über mich selbst wie die Pest, wenn ich in den Kühlschrank gucke und wieder feststelle: Verdammt noch einmal, da war noch ein Brotlaib. Den habe ich leider zugestellt, vergessen, er ist verschimmelt, schade! Oder ich habe übersehen, dass der Salat leider weg muss. Auch wenn man das Bewusstsein hat, ist es letztendlich nicht zu vermeiden, dass man als Einzelperson hier und da Lebensmittel wegschmeißen muss, weil sie ungenießbar sind. Aber man sollte vielleicht häufiger daran denken, damit das nicht so häufig passiert.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Händler und Hersteller wollen Verbrauchern ein bestmöglich bestücktes Warenangebot zu gewinnbringenden Preisen liefern; schließlich wollen sie davon leben. Das führt einerseits dazu, dass Verluste in der Produktion im Vorwege minimiert werden, aber das führt auch dazu, dass der Einzelhändler häufig mit mehr Lebensmitteln kalkulieren muss als im Endeffekt verkauft werden. Das bedeutet, die weggeworfenen Produkte werden preislich mit kalkuliert.

Es ist - glaube ich - auch halbwegs normal, dass man lieber in ein volles Regal mit Tomaten greift, als wenn da nur noch ein oder zwei abgegrabbelte liegen. Das ist menschlich, auch wenn die beiden

letzten Tomaten meistens in Ordnung sind. Auch da müssen wir ansetzen, auch das ist ein großes Problem. In diese Zusammenhänge können wir leider nicht eingreifen.

Meine Zeit ist leider abgelaufen. - Wir brauchen eine europaweite Definition, um weiter daran zu arbeiten und zu wissen, in welche Richtung es gehen kann. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Das für Deutschland typische Einkaufsverhalten hat ein einzigartiges Einzelhandelsoligopol entstehen lassen. Seit Jahren dominiert ein Dutzend Firmen den Einzelhandel, die selbst eingefleischten Konzernen wie dem Handelsriesen Walmart den Marktzugang verwehren. Der US-Konzern versuchte zehn Jahre lang vergeblich, einen Fuß in den deutschen Markt zu bekommen, und trotz ruinös gedumpter Preise scheiterte Walmart und setzte rund 3 Milliarden € in den Sand.

Der deutsche Lebensmitteleinzelhandel ist lukrativ, wird aber vom Billigsegment dominiert. Das Erfolgsmodell lautet: massenhafte Versorgung von Millionen zu niedrigsten Stückkosten. Wenn in Deutschland aber Massen von Lebensmitteln erzeugt oder importiert werden, muss immer ein gewisser Prozentsatz übrig bleiben, den dieses System nicht zu verarbeiten vermag. Wenn wir also von Lebensmittelverschwendung reden, reden wir zunächst von einer deutlich besseren Planung in der Lebensmittelproduktion, in der Logistik und im Handel.

Der Handel beruft sich aber auf die Anspruchshaltung seiner Kunden. Denn die wollen angeblich alles zu jeder Zeit und überall frisch kaufen. Jeder Bürger sollte bei dieser Diskussion also zuerst seine eigene Haltung analysieren und überdenken, denn genau hieraus resultiert der Überfluss in den Supermärkten, in den Kühlschränken und am Ende leider auch in den Mülltonnen.

Dazu ist Aufklärung wichtig, die im Elternhaus, aber auch in den Schulen beginnen sollte. Schon heute existieren als Zeichen von Eigeninitiative Hunderte von Lebensmitteltauschbörsen, die einen

(Volker Schnurrbusch)

Marktplatz für überschüssige Lebensmittel geschaffen haben. Viele junge Menschen holen sich entsorgte Lebensmittel aus Containern, die vor Supermärkten stehen. Containern ist Ausdruck einer Grundhaltung, aber auch ein Protest gegen das achtlose massenhafte Wegwerfen von Lebensmitteln.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Dabei sind wahre kulinarische Schätze zu heben, so traurig es auch ist. An dieser Stelle sei der Kantinenbetreiber im Landeshaus zu loben, der Restbestände des Mittagessens an die Schleswiger Werkstätten auf Hof Kubitzberg abgibt. So werden sie nicht weggeschmissen.

(Beifall AfD)

Weitere Entwicklungen, die der Verschwendung entgegenwirken, sind Regionalität und Saisonalität. Laut einer Umfrage der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sind immerhin schon 43 % der Verbraucher an Saisonalem interessiert und 43 % der Verbraucher auch an Regionalem. Diese erfreulichen Trends müssen aber auch um die Einsicht erweitert werden, dass ein Angebot begrenzt sein muss und nicht unendlich, überall und zu jeder Zeit verfügbar sein kann. Dieser Gedanke kommt dem Bild recht nahe, welches Erich Fromm in seinem Werk „Haben oder Sein“ von einer gesunden Gesellschaft malte, in der nämlich Menschen nur das produzieren und konsumieren, was sie tatsächlich benötigen. Das ist zwar schon lange her - es war in meiner Studienzeit -, aber das ist auch heute noch bedenkenswert.

In Frankreich dürfen Supermärkte seit zwei Jahren gar keine Lebensmittel mehr wegwerfen. Große Supermärkte müssen sich hier sogar vertraglich zur Abgabe von Überbeständen an karitative Einrichtungen verpflichten. Die Aufgabe der Tafeln bei uns im Land ist dabei zentral, auch wenn die Gründe dafür, dass es diese Tafeln gibt und geben muss, ein trauriges Kapitel für sich sind.

Zu den Anträgen: Auf den ersten Blick wirken sie beide unterstützenswert. Allerdings schießt der SPD-Antrag aus unserer Sicht weit über das Ziel hinaus. Unternehmen sollen verbindlich verpflichtet und sogar das Vergaberecht geändert werden, und das alles auf sehr unsicherer Datenlage. Gestern haben wir mehrheitlich die Verschlinkung des Vergaberechts begrüßt, mit gutem Grund. Das Thema Lebensmittelverschwendung hat hier aus unserer Sicht nichts zu suchen.

Dem Jamaika-Antrag können wir zustimmen, da er auf Aufklärung, Bildung und freiwillige Maßnahmen setzt. Wichtig ist das gemeinsame Ziel, dass Lebensmittel nicht mehr in diesem Maße verschwendet werden. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Kollege Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir freuen uns, dass die Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber für die SPD-Fraktion die Debatte um Lebensmittelverschwendung noch einmal angestoßen hat.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben dieses Thema hier im Plenum ja bereits früher diskutiert, und auch auf Bundesebene liegen hierzu Beschlüsse vor. Sowohl die SPD als auch die Regierungskoalition mit ihrem Alternativantrag stellen ganz richtig fest, dass Deutschland zwar Mitunterzeichner der SDG ist und sich verpflichtet hat, die Lebensmittelverschwendung bis zum Jahr 2030 zu halbieren, aber, obwohl der Beschluss dazu seit mehr als 2017 im Bundesrat vorliegt, dahin gehend noch nichts Nennenswertes passiert ist.

Wir finden für beide Anträge eine Überweisung in den Ausschuss sinnvoll, in dem wir dann gemeinsam diskutieren können, welche der Punkte der Anträge am zielführendsten sind und welche Punkte sich vielleicht ohnehin erledigt haben oder sehr ähnlich sind. Denn in der Sache sind sich die auf dem Tisch liegenden Anträge sehr einig. Beide haben die Entwicklung einer nachhaltigen Strategie gegen Lebensmittelverschwendung zum Ziel. Dies ist auch bitter nötig.

11 Millionen t Lebensmittel werden in Deutschland jedes Jahr in den Müll geworfen - durch die gesamte Produktionskette hinweg bei der Erzeugung, der Verarbeitung, im Großverbrauch, bis die Lebensmittel dann in den Handel gehen, und in den Privathaushalten. Wir verschwenden Ressourcen noch und nöcher.

Dabei könnte man vieles davon verhindern. Das fängt schon bei den Verlusten in der Landwirtschaft an, wenn Gemüse und Obst vom Aussehen her nicht den Anforderungen entsprechen oder bei der

(Flemming Meyer)

Schlachtung von Tieren nur bestimmte Teile verwendet werden. Es geht weiter, wenn im Handel aussortiert wird, wenn in Kantinen und Restaurants zu viele Reste bleiben oder wenn im privaten Haushalt über die Maße viel weggeschmissen wird. Hier liegt mit 6,7 Millionen t verschwendeten Lebensmitteln im Jahr aus unserer Sicht der Faktor, den wir am einfachsten vermeiden könnten.

Dann sind wir natürlich auch schnell bei der Diskussion um das Mindesthaltbarkeits- und das Verfallsdatum. Während das Mindesthaltbarkeitsdatum Auskunft darüber gibt, bis zu welchem Tag ein Lebensmittel bei vorgesehener Aufbewahrung in jedem Fall und ohne jedwede Geschmacks- oder Qualitätseinschränkung sowie gesundheitliche Auswirkungen verzehrt werden kann, ist das Verfallsdatum der Tag, ab dem das Lebensmittel tatsächlich verderblich ist und gesundheitsgefährdend sein kann. Diese Produkte sollen dann auch nicht mehr verkauft oder verzehrt werden.

Ein Problem mit der Lebensmittelverschwendung haben wir dann, wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum im Privathaushalt wie ein Verfallsdatum behandelt wird. Ich glaube, das kennen so einige von uns auch von zu Hause. Ich zumindest kenne das, denn ich weiß, wie meine dänische Leberpastete immer sehr schnell verschwindet.

(Heiterkeit Birte Pauls [SPD])

Offensichtlich sind wir uns darüber einig, das Problem der Lebensmittelverschwendung ernsthaft angehen zu wollen. Nun haben wir sich unterscheidende Wege dahin präsentiert bekommen: Die SPD möchte gern einen Runden Tisch einrichten. Jamaika möchte lieber zur freiwilligen Teilnahme an aufklärerischen Projekten motivieren. Beide Anträge sehen die Vermittlung von Wissen über die Vermeidung von Lebensmittelabfällen und das Wertschätzen von Lebensmitteln in Schulen vor. Und dem SSW ist das Mindesthaltbarkeitsdatum - zumindest, wie es zurzeit gehandhabt wird - ein Dorn im Auge. Deshalb ist es wirklich das Beste, wenn beide Anträge in den Ausschuss überwiesen werden, damit wir dort besprechen können, wie wir gemeinsam sinnvolle Lösungen finden können. Denn wir haben hier ein Problem, das wir gemeinsam angehen können. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. Das Wort für die Landesregierung hat nun der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist unbestritten: Die große Menge an Lebensmitteln, die wir ungenutzt wegwerfen, ist niemandem mehr zu erklären. Deshalb bin ich den antragstellenden Fraktionen sehr dankbar, dass sie dieses Thema aufgegriffen haben. Ich glaube auch, dass es ein wichtiges Signal an diejenigen Kreise ist, die sich schon jetzt darum bemühen, dass Lebensmittel sorgsam betrachtet und nicht weggeworfen werden, wenn eine weitere Nutzung möglich ist. Ich bin auch davon überzeugt, dass es tatsächlich viele solcher Projekte gibt, die derzeit unsere Unterstützung brauchen. Daran möchte auch ich mich gern beteiligen. Denn wir brauchen eine größere Aufmerksamkeit für das Problem, das wir ohne Zweifel - das haben die Vorrednerinnen und Vorredner gesagt - gemeinsam sehen.

Wichtig ist aber auch zu klären, was überhaupt die Ursachen von Lebensmittelabfällen sind. Das ist eine Frage, die unter der Federführung des Bundesernährungsministeriums und unter Beteiligung der Länder im Rahmen der nationalen Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen bearbeitet wird. Schleswig-Holstein beteiligt sich an diesen Arbeiten.

Einige Jahre hat der Bund auf Sensibilisierung der Öffentlichkeit gesetzt und dabei vor allem die privaten Haushalte im Blick gehabt. „Zu gut für die Tonne“ ist eine durchaus erfolgreiche Kampagne, die daraus hervorgegangen ist. Vor allem seitdem der Bundesrat eine nationale Strategie eingefordert hat, werden nun auch andere Abfallerzeuger wie Großküchen und Gastronomie, der Handel und die Ernährungswirtschaft sowie letztlich auch die Landwirtschaft betrachtet. Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen, die sich zu diesem Thema zahlreich verdient gemacht haben, arbeiten länderübergreifend an der Problematik. Das ist gut und richtig, und das sollten wir unterstützen.

Auf EU-Ebene wollen wir derzeit überhaupt erst einmal definieren, was Lebensmittelabfall ist - das wurde schon angesprochen -: Ist es nur das für den Verzehr Vorgesehene oder auch der Strunk und die Schale? Und sollen die Mitgliedstaaten eine Men-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

generfassung durchführen, um so die Basis zu bestimmen, die auch eine wichtige Voraussetzung dafür ist, ein Reduktionsziel festzulegen? Minus 50 % auf Einzelhandels- und Verbraucherebene bis 2030 fordert das globale Nachhaltigkeitsziel.

Die Anträge der SPD und der Regierungsfractionen sind aus meiner Sicht sinnvoll und gehen in die richtige Richtung. Mit den in Schleswig-Holstein vorhandenen Ressourcen und Strukturen können wir aber nur einen begrenzten Teil davon umsetzen. Dies gilt insbesondere auch für den Antrag der SPD-Fraktion, von dem ich inhaltlich jedes Wort mittragen kann. Zur Umsetzung bräuchten wir aber, wenn wir das ernst meinen, Personalkapazitäten aus sechs Ressorts. Viele davon sind aber im Rahmen anderer Herausforderungen, die wir heute schon angesprochen haben, bereits erheblich gebunden.

(Beate Raudies [SPD]: Das ist ja eine lahme Ausrede!)

Ich finde es deshalb richtig, dass wir uns darauf konzentrieren, unsere Ressourcen zielgerichtet dort einzusetzen, wo das notwendig ist und die Prozesse in Gang sind, nämlich auf Bundes- und EU-Ebene, um eine zügige Findung von Definition und Reduktionsziel zu erreichen. Nach Verabschiedung der nationalen Strategie, auf die wir jetzt drängen müssen - das ist richtig -, muss dann eine Umsetzung - die kann auch ambitioniert sein - derselben hier im Land in Angriff genommen werden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

So kann es gelingen, in einer gemeinsamen Anstrengung, die wir offenbar alle für richtig halten, der Verschwendung unserer wertvollen Lebensmittel in Schleswig-Holstein und im gemeinsamen europäischen Markt endlich ein Ende zu setzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag mit der Drucksachennummer 19/704 sowie den Alternativantrag mit der Drucksachennummer 19/826 in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe! - Vielen Dank. Dann ist dies mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der

FDP-Fraktion sowie der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachennummer 19/704 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Dann die Gegenprobe! - Vielen Dank. Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/826, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Vielen Dank. Dann ist dieser Antrag einstimmig bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW so angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, den wir noch vor der Mittagspause aufrufen möchten, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Besucherinnen und Besucher auf unserer Besucherinnen- und Besuchertribüne zu begrüßen. Das sind zum einen Menschen aus der Bundesagentur für Arbeit, Generaldirektion Nord, und zum anderen Menschen aus der Freiwilligen Feuerwehr aus Moorrege, darunter auch ehrenamtliche syrische Feuerwehrmänner. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag und einen guten Aufenthalt!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Informatikunterricht zukunftsweisend voranbringen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/863

Alternativantrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/920

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat zunächst der Abgeordnete Tobias Loose das Wort.

Tobias Loose [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um das Thema Digitalisierung in der Schule; darüber haben wir hier schon häufiger diskutiert. Digitalisierung ist natürlich etwas, das vor der Schule nicht haltmacht. Wir wollen uns hier insbesondere um das Thema Informatik kümmern. Die Landesregierung hat insgesamt ein großes Bündel an Vorhaben - vielleicht komme ich nachher noch einmal darauf -, was wir an Digitalisierung in der Schule umsetzen wollen, aber heute bildet den Schwerpunkt der Informatikunterricht.

Ich muss selber feststellen, dass ich - wenn ich zwei, drei Jahre zurückblicke - nicht von Anfang an überzeugt war, dass man so ein Schulfach braucht und sich damit auseinandersetzen muss. Ich habe manchmal Sätze gesagt wie: Wenn man Latein recht gut kann, ist das so ähnlich wie eine Programmiersprache, und am Ende sind das Kompetenzen, die miteinander vergleichbar sind.

(Zurufe)

- Ich kann Fehler auch einmal zugeben. Ich habe sehr viele Gespräche geführt. Ich will insbesondere Herrn Professor Andreas Mühling vom Institut für Informatik hervorheben, an dem das Thema Didaktik der Informatik auch eine Rolle spielt. Ich weiß, dass die FDP gefordert hat, dass dieser Lehrstuhl entsprechend verstetigt wird. Das ist passiert. Herr Mühling und viele andere machen mit ihrer Arbeit deutlich, wie wichtig Informatik als echtes Schulfach ist.

Ich habe mir gerade das Strategiepapier der KMK mit dem Titel „Bildung in der digitalen Welt“ angeguckt. Liest man diese Hinweise, wird einem klar, wie breit die Digitalisierung auch in den Klassenraum wirkt. Ich will einige Themenfelder vorstellen.

Dort geht es zum Beispiel erstens um „Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren“, also die Frage, wie ich relevante Informationen filtere. Wie gehe ich zum Beispiel mit Google um? Ich finde in dem Zusammenhang auch wichtig, dass man versteht: Wie funktioniert das eigentlich technologisch? Was ist eine Suchmaschine? Wie arbeite ich damit?

Zweitens haben wir das Thema „Kommunizieren und Kooperieren“: Wie kommuniziere ich richtig? Hat man früher vielleicht einmal ein Anschreiben als Standard in der Schule gelernt, wie das mit einem Briefkopf und Ähnlichem aussehen muss, ist es heute wichtig, auch darüber zu sprechen: Wie

muss denn eigentlich eine E-Mail sein? Ändern sich dadurch die Form und die Art und Weise, wie man kommuniziert, sowie gelegentlich auch die Umgangsregeln, die dort, gerade wenn man in soziale Netzwerke guckt, eine Rolle spielen?

Drittens. „Produzieren und Präsentieren“: Es gibt ganz neue Programme - PowerPoint ist mit Sicherheit eines, aber es gibt noch viele andere technische Bearbeitungswerkzeuge -, die nicht nur der Füller, sondern tatsächlich technologischer Natur sind. Dann kann es sein, dass ich Inhalte anders präsentieren muss. Urheberschutz spielt dann auf einmal eine Rolle.

Viertens. „Schützen und sicher Agieren“: Da will ich nur mal die Privatsphäre als einen Begriff nennen, bei dem sich vielleicht auch ein Schüler damit auseinandersetzen muss: Was passiert eigentlich, wenn ich Informationen ins Internet stelle?

Fünftens. „Probleme lösen und Handeln“: Da gibt es zum Beispiel das Thema Algorithmen, die eine besondere Form bilden, wie Technologie am Ende arbeitet. Auch da macht es Sinn, dass ich das verstehe.

Sechstens ist da noch der Punkt „Analysieren und Reflektieren“.

Man kann sich, wenn man diese Punkte sieht, vorstellen, dass das in einer sehr großen Breite in die Schule wirkt. Ich weiß, dass Fachanforderungen für alle Fächer einer Anpassung bedürfen, aber ich glaube auch, dass es ein eigenes Schulfach braucht: Informatik verdient ein eigenes Schulfach.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Zur Wahrheit gehört auch: Wenn ich das möchte, brauche ich Informatiklehrer. Das ist ein Henne-Ei-Problem. Dieser Antrag ist mit Sicherheit nicht der ganz große Wurf, um Informatik als Schulfach flächendeckend in Schleswig-Holstein einzuführen.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Ja, aber wir müssen ehrlich miteinander sein: Die Anzahl von Informatiklehrern ist überschaubar. Sage ich aber - da kann ich auch aus den Gesprächen mit Herrn Mühling berichten -: Es ist ein Profulfach, bei dem auch klar wird, dass, wenn es einen gewissen Schwerpunkt auf der Sekundarstufe II gibt, ein Student eher bereit ist, diese Profession zu ergreifen. Sage ich, es wird Mangelfach, führt das am Ende auch dazu, dass von den sieben, acht Lehramtsstudenten, die Informatik als Vertiefung haben, welche hier in Schleswig-Holstein bleiben. Das ist

(Tobias Loose)

am Ende die Grundlage, um im Informatikunterricht viel mehr zu tun, als wir das heute machen. Wir brauchen erst die Lehrkräfte, und dann können wir, was Fächer angeht, dort entsprechend mehr machen.

Das ist ein kleiner Ausschnitt dessen, was wir als Landesregierung zum Digitalisierungsthema anschieben wollen und vorhaben. Es gibt die Schulverwaltungssoftware, die digitale Infrastruktur, um die wir uns kümmern müssen. Es gibt die Bildungsplattform „Schulportal Schleswig-Holstein“, und auch das IQSH macht sehr viele Fortbildungen in diesem Bereich. Aber dieses kleine Element der Frage: „Wie ist der Bildungsauftrag Digitalisierung im Klassenraum wiederzufinden, und wie schaffen wir das Fach Informatik?“, bildet heute, mit diesem Antrag, einen Anfang.

Ich freue mich und hoffe, dass wir alle dies geschlossen unterstützen und dazu heute in der Sache abstimmen. - Danke.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel das Wort.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion um das eigene Fach Informatik an den Schulen ist nicht neu. Seit Längerem haben die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit, das Fach Angewandte Informatik im Rahmen des Wahlpflichtunterrichts anzubieten, aber die meisten Schulen haben sich für andere Fächer entschieden, nämlich für MINT oder Technik.

In der Oberstufe kann das Fach Informatik als Prüfungsfach für das Abitur eine Naturwissenschaft ersetzen, und es kann als profilergänzendes Fach gelehrt werden.

Seit elf Jahren wird an der CAU das Studienfach für das Lehramt angeboten. Die Zahl der Lehrkräfte mit der Fakultas Informatik ist in der Tat nicht ausreichend. 2014 hat die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piratenfraktion mitgeteilt, dass lediglich 73 Lehrkräfte mit der Fakultas für Informatik an den Schulen eingesetzt waren, die Mehrzahl davon an berufsbildenden Schulen. Ich denke, das hat sich seitdem nicht bedeutsam geändert.

Das wichtigste Aktionsfeld in diesen Jahren war deshalb die Weiterqualifikation bereits tätiger Lehrkräfte, um Informatik beziehungsweise Angewandte Informatik in den Schulen überhaupt anbieten zu können. Bis jetzt - das ist in der Tat richtig - ist die Informatik kein Mangelfach, zumindest nicht nach der Definition, dass es weniger Lehrkräfte gibt als für die Studentafel erforderlich, weil es eben nicht verpflichtend ist. Das muss man deutlich sagen.

Nun hat die Entwicklung der letzten Jahre im Bereich der Digitalisierung die Situation verändert, und wir müssen nicht nur über dieses Fach neu nachdenken. Insofern ist es konsequent, dass die Koalitionsfraktionen die Landesregierung zum Handeln aufgefordert haben. Ich vermute aber, die Landesregierung hatte das sowieso vor. Insofern ist dies einer der bekannten Anträge, die das aufgreifen, was die Landesregierung ohnehin vorhat.

Wenn die Landesregierung das Fach Informatik als Mangelfach anerkennt, brauchen wir eine höhere Verbindlichkeit für die Schulen. Ich möchte dann aber auch Folgendes problematisieren: Wenn Informatik verpflichtend wird, müssen wir überlegen, welche anderen Fächer wegfallen können. Das ist konsequent. Das gehört dazu.

Die ehemalige Landesregierung hat noch vor der Landtagswahl einen umfangreichen Abschlussbericht über das Projekt „Lernen mit digitalen Medien“ vorgelegt, der eine Vielzahl von Erfahrungsberichten der Modellschulen enthält. Darin zeigt sich, dass die Schulen schon unterschiedliche Verankerungen von Informatik realisieren. Man kann sich sicherlich daran orientieren. Ich gehe davon aus, dass es auch in den nächsten Jahren eine Vielfalt von Modellen an unseren Schulen geben wird.

Es ist allerdings nicht einfach damit getan, nur die Prüfungsordnung zu verändern oder - wie angekündigt - im nächsten Jahr die Fachanforderungen für Informatik zu erlassen. Gerade in diesem Fach steht und fällt der Erfolg mit der Ausstattung der Schulen und noch mehr mit der Frage, was die Schülerinnen und Schüler an leistungsfähigen Endgeräten zur Verfügung haben. Das sind noch eine ganze Menge Baustellen - nicht nur für das Land, sondern auch für die Schulträger -, um Informatik in den Schulen wirklich realisieren zu können.

Alle Veränderungen sollten sich meines Erachtens an einem Ziel orientieren, das schon in der Einleitung zu dem genannten Bericht formuliert wurde. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Hierbei geht es nicht um eine Technisierung oder Automatisierung von Bildung und Ler-

(Dr. Heiner Dunckel)

nen, sondern um die Befähigung der Schülerinnen und Schüler zu einem erfolgreichen Leben und Arbeiten in einer digital geprägten Welt. Diese Zielsetzung erfordert die Vermittlung einer umfassenden digitalen Kompetenz und ist ohne den Einsatz digitaler Medien und entsprechend kompetenter Lehrkräfte nicht denkbar.“

Ich möchte betonen: Es geht nicht um Programmieren, es geht nicht nur um Technik, sondern es geht um digitale Kompetenz. Das ist ein bisschen mehr als das schlichte enge Fach Informatik, das wir zumindest mit dem Begriff verbinden.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Insofern passt dieser Antrag gut zu den Diskussionen, die wir im Bildungsausschuss regelmäßig über Digitalisierung, aber eben auch über Bildungskosten haben. Ich schlage deshalb vor, die Beratung im Bildungsausschuss fortzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Tobias Loose, ich freue mich, dass du lernfähig bist. Wir sind alle lernfähig. Deswegen sprechen wir im GAK alle ganz viel miteinander. Wenn du davon gesprochen hast, dass es vielleicht auch neue Kulturtechniken dadurch gibt, dass man E-Mails schreibt und keine Briefe mehr, kann man vielleicht auch in ein paar Jahren über die Schreibrift noch einmal reden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für unsere Kinder ist der Umgang mit Computern und digitalen Medien selbstverständlich. Allerdings hat eine internationale Studie unter Achtklässlern vor einigen Jahren ergeben, dass deutsche Schülerinnen und Schüler bei informations- und computerbezogenen Kompetenzen nur im Mittelfeld lagen. Die vermeintlichen Digital Natives, also die Kinder und Jugendlichen, die mit Computer und Smartphone aufwachsen, konnten zu weniger als der Hälfte und nur mit Hilfestellungen Informationen ermitteln, diese bearbeiten sowie zum Beispiel

einfache Textdokumente erstellen. Weniger als ein Viertel der Achtklässlerinnen und Achtklässler war in der Lage, mit einem Computer eigenständig Informationen zu suchen und zu bearbeiten. Außerdem war die Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen und die Ausstattung mit Computern häufig verbesserungswürdig. Da hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Ich bin gespannt, was die Nachfolgestudie ergibt. Die Daten werden gerade erhoben.

Auch wir in Schleswig-Holstein sind bei der Digitalisierung in den Schulen eher noch am Anfang, wenn wir ehrlich sind. Die Digitalisierung außerhalb von Schule schreitet aber rasant voran, sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich. Wir müssen also einen Zahn zulegen. Mit den digitalen Modellschulen, dem flächendeckenden Breitbandausbau bis 2020, dem Glasfaserzugang an den Schulen, der Möglichkeit, ein WLAN-Netz aufzubauen, und den hoffentlich bald vom Bund fließenden Digitalisierungsmillionen unterstützen wir die digitale Entwicklung an Schulen. Wir bringen also die Hardware auf Vordermann.

Mit der Digitalisierung verändert sich auch das Lernen. Mehr Individualisierung, kompetenzorientierter Unterricht, projektbasierte Lern- und Unterrichtsmethoden, das Finden, Sortieren und Bewerten von Informationen sind nur einige Aspekte dieser Veränderung.

Egal in welches Berufsfeld sich unsere Kinder nach ihrem Schulabschluss begeben, egal welchen beruflichen Anforderungen sie sich stellen, die Grundlage für ihr Fortkommen besteht aus den Fähigkeiten Wissen, Bewerten und Handeln. Dies war auch in der analogen Welt der Kompetenzsockel für die demokratische Gesellschaft und für die Bildung. In der digitalen Welt mit der unüberschaubaren Menge an Informationen ist die Herausforderung, das zu leisten, noch komplexer und noch wichtiger.

Wir alle wissen: Im Leben der Heranwachsenden spielen die digitalen Medien eine große Rolle. Insbesondere durch die sozialen Medien wird deutlich: Schon die Kinder sind nicht nur konsumierende, sondern auch produzierende Nutzerinnen und Nutzer des Internets. Medienkompetenz bedeutet also bereits für die Heranwachsenden nicht nur einen kritischen Umgang mit den Informationen aus dem Netz, sondern auch einen verantwortungsvollen Umgang mit Informationen, die sie selbst ins Netz stellen. Hier ist pädagogische Unterstützung erforderlich.

(Unruhe)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, einen Moment. - Es wäre wirklich äußerst nett und der Rednerin angemessen, wenn man die Nebengespräche einstellen und der Rednerin hier vorne zuhören würde. Wenn Gespräche nicht warten können, können sie vielleicht auch draußen stattfinden.

(Vereinzelter Beifall)

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn die Unterstützung von zu Hause nicht da ist, muss die Schule unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Daneben muss natürlich der Unterricht eine Antwort auf die Frage geben: Wie funktioniert die automatisierte Informationsverarbeitung? Hier kommt Informatik ins Spiel. Heute steuert und bewegt die Informatik fast alles oder anders formuliert: Ohne Informatik läuft heute nichts. Das Profulfach Informatik in der Oberstufe soll die Abiturientinnen und Abiturienten mit einem weitreichenden Grundverständnis ausstatten. Es ist ein Baustein für zukunftsweisende Bildung, und es gibt die Chance zu einer stärkeren Schwerpunktsetzung nach eigenem Interesse. Wir müssen bei dem Profil auch das Feld der künstlichen Intelligenz einbeziehen, denn Computer und Programmierung von heute werden nicht die Steuerung von morgen sein.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es gibt Schulen, die schon in der letzten Wahlperiode gern ein Informatikprofil angeboten hätten. Zu der Zeit hatten wir nicht genügend Lehrkräfte für die Sek II. Das ist jetzt besser, deshalb können wir jetzt starten. Aber wir müssen für ein flächen-deckenderes Angebot an Informatik nicht nur in der Oberstufe noch mehr Lehrkräfte gewinnen. Deshalb werden wir auch in Zukunft ausreichend Studienplätze zur Verfügung stellen und außerdem Weiterbildungen anbieten, um Lehrkräfte weiterzuqualifizieren. Die Anerkennung als Mangelfach ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Lehrkräftegewinnung; denn damit ermöglichen wir Menschen, die Informatik, aber nicht Lehramt studiert haben, durch Quer-, Seiten- oder Direkteinstieg den Einstieg in den Lehrerberuf. Es ist also insgesamt ein wichtiges Projekt. Ich freue mich auf

die ersten Profilstufen Informatik im nächsten Schuljahr. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um junge Menschen für die Zukunft vorzubereiten, muss sich gute Bildung auch an den Fragen der Zeit orientieren und an den Fragen, die die Berufe und die beruflichen Perspektiven mit sich bringen. Weil eben gerade die Digitalisierung die Lebens- und Berufswelt nachhaltig verändert hat, muss es zu Änderungen im Bildungssystem kommen. Neue Fähigkeiten, neues Wissen brauchen unsere Kinder, damit sie die Welt von morgen begreifen, aber auch auf den Arbeitsmarkt gut vorbereitet sind. Letztendlich ist die Wirtschaft viel weiter, als der Stand, mit dem wir unsere Kinder heute teilweise aus den Schulen entlassen. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Aus diesem Grund finde ich es sehr wichtig, diesen Antrag, Informatik als Profulfach wählen zu können, jetzt auf den Weg zu bringen. Es ist auch das Ergebnis aus den vielen Diskussionen mit den Schülervvertretungen in den letzten Jahren, die diesen Wunsch an uns herangetragen beziehungsweise die Frage gestellt haben, warum es nicht schon längst gemacht wurde.

Wir haben sicherlich in den Fachanforderungen von vielen Fächern bereits digitale Kompetenzen erhalten. Aber es ist eben etwas anderes, ein Informatikprofulfach zu haben, weil dort noch intensiver auf das Thema eingegangen und speziell auf ein spezielles Studium vorbereitet werden kann.

Was mir persönlich aber an dieser Stelle ganz wichtig ist: Es geht nicht erst in der Oberstufe damit los, sondern wir müssen wirklich vom ersten Tag in der Schule anfangen, am besten sogar schon im Kindergarten - Initiativen gibt es ja -, Kinder dafür zu interessieren, dass es die mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer gibt und dass es absolut spannend ist, hier mit einer natürlichen, kindlichen Neugier die Welt zu erforschen und zu erfahren.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Tobias Loose [CDU])

(Anita Klahn)

- Ihr dürft gern klatschen, ich hole auch Luft.

Wenn wir das schaffen, Kindern ihre Neugier, die ganz natürlich gegeben ist, an diesen Fächern zu erhalten, dann haben wir die Chance, dass sich vielleicht der eine oder andere mehr, als es heute der Fall ist, für ein informationstechnisches Studium oder eine andere technische Ausbildung entscheiden wird. Das ist das, was auch berufliche Perspektiven bietet. In diesem Bereich haben wir einen großen Fachkraftmangel. Das sind die Bereiche, in denen man auch gute Einkommen erzielen kann. Wir dürfen nicht nur an Schleswig-Holstein oder an Deutschland denken, sondern wir müssen heute unsere Kinder für Europa und für die Welt vorbereiten. Das tun wir mit diesen technischen Berufen.

Meine Damen und Herren, ja, die beruflichen Schulen haben im Moment eine deutlich bessere Ausstattung mit Informatiklehrern. Das ist für den Bereich schön, aber wir müssen alles dafür tun, dass wir mehr Lehramtsstudenten für dieses Fach begeistern, damit sie es studieren und dann auch an Schulen unterrichten, denn das ist der Kreislauf, in dem wir uns tatsächlich bewegen. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir Informatik zum Mangelfach erklären und damit das deutliche Signal aussenden: Studierende, wir brauchen euch. Wenn ihr dieses Fach wählt, dann habt ihr die Sicherheit, anschließend relativ schnell eine sichere Anstellung zu bekommen.

Also, ich denke, dass wir hier heute einen wichtigen Schritt machen. Deswegen möchte ich auch in der Sache abstimmen und das Thema nicht erst durch eine langatmige Ausschussüberweisung verzögern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Brodehl.

(Martin Habersaat [SPD]: Den Ministerpräsidenten ermächtigen, alles selbst zu entscheiden, das könnte schneller gehen! - Weitere Zurufe - Frank Brodehl [AfD]: Ermächtigung?)

- Das Wort hat der Abgeordnete Brodehl, und der fängt mit einer Anrede an. Dann setzen wir die Beratung fort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Der Bildungsauftrag einer Schule leitet sich tatsächlich immer aus der Realität ab, und digitale Tools gehören zu unseren Kindern. Gleichzeitig haben wir die Lage, dass in der Wirtschaft immer mehr fundierte Kenntnisse im IT-Bereich vorausgesetzt werden.

Es wurde schon gesagt, über die Digitalisierung haben wir hier schon oft die Debatte geführt, und zwar über WLAN, Glasfaser und die Ausstattung von Schulen. Das klingt gut, das war gut, und das war wichtig, weil dies die Voraussetzungen sind. Aber wir wissen alle: Selbst die beste Ausstattung nützt nichts ohne den entscheidenden Trainer am Rande. Um ein Beispiel aus dem Sport zu nennen: Die Sportstätten können noch so gut sein, ohne Trainer, der danach guckt, ob die Haltung seiner Sportler richtig ist, der zielgerichtet motiviert, wird das alles nichts.

Damit sind wir beim Blick auf Schleswig-Holstein und darauf, wie es jetzt ist. Wir haben zu wenig Informatiklehrer. Es wurden schon einige Zahlen genannt. Aus Schülersicht bedeuten diese Zahlen, dass von rund 280.000 Schülern an den allgemeinbildenden Schulen im Moment nur 13.369 Informatikunterricht erhalten.

Jetzt kommt der Jamaika-Antrag. Informatik soll als Mangelfach anerkannt werden. Dazu komme ich später noch. Informatik soll als Profulfach eingeführt werden. Sie berufen sich dabei auf die KMK-Strategie „Bildung in der digitalisierten Welt“. In dieser wird jedoch von einem Angebot an alle Schüler weiterführender Schulen gesprochen. Das ist übrigens auch so in Ihrem Koalitionsvertrag zu lesen, nämlich dass ein solches Angebot allen Schülern gemacht werden soll. Eine Einführung als Profulfach bezieht sich in Schleswig-Holstein aber erst einmal nur auf die Sekundarstufe II an den Gymnasien und den Gemeinschaftsschulen. Ja, wir wissen, an Gemeinschaftsschulen kann man das Fach auch schon im Wahlpflichtbereich wählen, aber es wurde schon gesagt, das ist viel zu wenig der Fall, auch aufgrund der fehlenden Lehrer.

Das Leitbild in Ihrem vorliegenden Antrag bleibt, ein Angebot zu machen, und nicht, wie es eigentlich zeitgemäß wäre, auch einmal über einen Pflichtunterricht nachzudenken. Das hört sich großspurig an, aber wenn die KMK-Forderung besagt, Informatik müsse wie Lesen, Schreiben, Rechnen eingestuft werden, dann ist ein Angebot auf Dauer nicht mehr zeitgemäß.

(Dr. Frank Brodehl)

Als AfD hätten wir uns eine Roadmap, ein Konzept gewünscht, das besagt, was in den nächsten Jahren geschehen soll, und nicht nur den allernächsten Schritt. Dieser ist schlüssig und folgerichtig, nämlich dass wir mit dem Profulfach anfangen, wie es beispielsweise in Baden-Württemberg gemacht wurde, aber insgesamt ist das im Moment nur ein ganz kleiner Schritt. Deswegen haben wir einen Alternativantrag eingebracht. Natürlich liegt auch hier der Fokus auf der Frage: Wie können wir neue Lehrer gewinnen?

In dem Punkt, Informatik als Mangelfach anzuerkennen, gehen wir mit der Jamaika-Koalition absolut konform. Das schafft neue Kapazitäten und verbessert die Berufsaussichten von jungen Leuten. Das reicht aber nicht. Wenn wir schon so kleinschrittig vorgehen, warum ist dann nicht die Rede davon, dass man die Qualifizierungsmaßnahmen des IQSH verbessern könnte? Die Zahl der Ermäßigungsstunden für Kollegen, die sich aufmachen, die Fakultas für Informatik zu bekommen, ist zu gering. Deswegen glauben wir, dass es gut gewesen wäre, hier die Entwicklung anzuschieben.

Als AfD möchten wir anregen, das Fach Informatik als Lehramtsstudium in Kiel noch weiter zu stärken und das Fach Informatik auch in Flensburg als Lehramtsstudium anzubieten.

Meine Damen und Herren, der Leitgedanke muss und sollte mittelfristig sein, dass wir von einem angebotenen Unterricht wegkommen hin zu einem verpflichtenden Unterricht. Warum? Es klang schon an. Es geht natürlich nicht darum, dass wir aus den Schülern Informatiker machen wollen, aber die Medienkompetenz wird nicht vom Himmel fallen. Sie wird nicht kommen, wenn wir in der Oberstufe ein bisschen Informatik unterrichten. Wir möchten den Weg gehen, dass wir Schüler nicht nur zu Konsumenten hinter den Bildschirmen machen, sondern dass wir sie zu Usern oder kompetenten Nutzern machen, die auch produzieren. Das fängt tatsächlich mit einer zielgerechten Medienerziehung an, die früher ansetzen muss als in Klasse 11 oder in der Oberstufe.

Deswegen haben wir unseren Antrag eingebracht, und ich schließe mich nicht den Vorrednern an, dass wir den Ausschuss übergehen sollten. Ich würde mich freuen, wenn wir beide Anträge an den Ausschuss überweisen könnten, um eine Diskussion darüber anzustoßen, wie man kurzfristig zu einer Roadmap kommen kann, damit wir nicht immer den anderen Bundesländern hinterherhinken. -Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Kollegin Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Juni 2016 haben wir als ehemalige Küstenkoalition den Antrag der PIRATEN abgelehnt, die gern Informatik als Pflichtfach im Sekundar-I-Bereich einführen wollten. Wieso haben wir das getan? - Wir hatten nicht genug Informatiklehrer. Es waren nicht einmal alle unsere Schulen am Netz, und wir hatten eigentlich kein Geld, um Endgeräte und die Hardware zu haben, die man braucht, um sich in der digitalen Welt zu bewegen. Deshalb bezog sich meine Begründung dafür, dass wir diesen Antrag ablehnen, auf die Frage: Wie sieht es mit der technischen Ausstattung aus?

Heute, 2018, sind wir gefühlt und vielleicht auch wissentlich ein bisschen weiter. Wir haben als Küstenkoalition in Auftrag und auf den Weg gebracht, dass alle Schulen am Netz sind. Es gibt einen digitalen Pakt von der Bundesregierung. Ich warte darauf, dass dieser tatsächlich auch irgendwann einmal umgesetzt wird. Da bin ich bei der Ministerin, die dies immer wieder beklagt. Heute haben wir einen Antrag und einen Änderungsantrag vor uns liegen, und ich muss sagen: Tobias Loose, das ist echt nur ein Minianfang. Ich habe ganz genau zugehört, was Anita Klahn, Ines Strehlau und Tobias Loose gesagt haben. Das ist ein Mix von Medienkompetenzen und Informatik. Ich hätte dies von der FDP erwartet: 2016 hatte Christopher Vogt einen sehr guten Antrag eingebracht, der besagte,

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

dass wir altersgerechten Informatikunterricht haben sollten. Das wäre der Anfang gewesen, um tatsächlich irgendwann einmal auch ein Profulfach zu haben, das Informatik heißt.

(Christopher Vogt [FDP]: Warum haben Sie den denn abgelehnt? - Beifall FDP und einzeln CDU)

- Christopher, das haben wir als Küstenkoalition gemeinsam gemacht.

(Zurufe)

(Jette Waldinger-Thiering)

Das ist das, was die Bürgerinnen und Bürger uns manchmal vorhalten. Nächstes Mal werdet ihr abgewählt, insofern ist das völlig egal.

(Beifall SSW und SPD)

Man darf sich aber gern daran erinnern, was man gemacht und gesagt hat. Das habe ich hiermit getan.

Ich sage es noch einmal allen: Wir müssen im Bereich Informatik Fachkompetenz altersgerecht schon in der Grundschule haben, nicht erst on top, weil die Schüler möglichst früh die Grundlagen von Datenverarbeitung und Programmieren lernen müssen, denn das ist für die Arbeit mit der künstlichen Intelligenz vonnöten. Das, was mir in der ganzen Debatte gefehlt hat, ist die Perspektive. Wie machen wir Informatik? - Informatik hat nicht nur etwas damit zu tun, dass ich hinter Programme gucken kann und dass ich vielleicht auch irgendwann etwas programmieren kann. Zur Programmierung und zur Informatik gehört auch Philosophie- und Ethikunterricht.

Heute Vormittag hat Barbara Ostmeier ihre Jungs zitiert. Ich zitiere meinen jüngsten Sohn, der gesagt hat: Mor, weißt du was? Wenn wir Informatiker nicht über Ethik und Philosophie reden, dann programmieren wir euch Sachen, die ihr gar nicht haben wollt.

Diese Grenzen hätten mit in diesen Antrag gemusst. Deshalb finde ich es super schade, dass wir diesen Antrag nicht zusammen mit dem AfD-Antrag in den Ausschuss überweisen,

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ohne den AfD-Antrag!)

damit wir uns wirklich darüber Gedanken machen können. Dann hätten wir über einen zukunftsweisenden Informatikunterricht in Schleswig-Holstein diskutieren können. Das wird uns verwehrt. Insofern muss ich sagen: Jamaika macht einen Mix von irgendetwas und möchte irgendetwas anderes, nämlich Informatikunterricht im Sek-II-Bereich als Profulfach. Uns wird auch nicht mitgeteilt, welche Profulfächer dann nachher wegfallen werden, ob es zum Beispiel das sprachliche Profil ist, das immer die Schwierigkeit hat, ausreichend Schülerinnen und Schüler zu finden. Insofern finde ich das schade und bedauernswert.

In der letzten Legislaturperiode hätten FDP und CDU gesagt: Das ist die Arroganz der Macht, wenn man nicht darüber reden will. Diesmal sage ich: Das ist die Arroganz der Macht.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dunckel aus der SPD-Fraktion.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte meinen Redebeitrag relativ schlank und kurz gefasst, da ich davon ausgegangen bin, dass wir das selbstverständlich ausführlich im Bildungsausschuss diskutieren werden. Nun deutet sich an, dass das nicht passieren wird. Daher möchte ich dem Kollegen Loose doch noch die Gelegenheit geben, ein bisschen weiter zu lernen. Ich habe nämlich den Verdacht, dass Sie gar nicht so genau wissen, was Sie mit Informatik meinen.

(Lachen CDU)

Ich will Ihnen eine kleine Hilfestellung geben. Schauen Sie einmal bei der Gesellschaft für Informatik nach. Da gibt es 14 Fachbereiche und 100 Fachgruppen. Es geht ganz einfach. Auf der Homepage können Sie nachlesen, was Informatik ist. In Ihrem Redebeitrag reden Sie einmal von IT-Technik, einmal von Informatik und dann von Medienkompetenz. Da muss ich jedoch feststellen, dass Sie nicht so ganz genau wissen, was Sie da meinen. Ganz einfach: Bei der Gesellschaft für Informatik können Sie sich informieren.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat nun für einen Kurzbeitrag der Abgeordnete Tobias Loose aus der CDU-Fraktion

Tobias Loose [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich sagen, wenn man hier zugibt, lernfähig zu sein, wird man gern gescholten.

(Zurufe SPD)

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Ich wollte Ines Strehlau sagen, dass die Lernfähigkeit allen offensteht, und gerade bei der Schreibrift kann ich das nur weitergeben.

(Beifall CDU und Dr. Frank Brodehl [AfD])

(Tobias Loose)

Vielleicht kann man da an meiner Erfahrung teilhaben.

Die Diskussion hat gezeigt, dass ich in der Tat niemanden gehört habe, der dagegen ist, dass wir Informatik als Profulfach einführen. Ich habe auch niemanden gehört, der sich dagegen ausgesprochen hat, dass wir Informatik als Mangelfach einführen wollen. Also können wir diesen Antrag in dieser Form doch beschließen. Dafür möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich werben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Nun bin ich junger Abgeordneter und kenne mich mit der Geschäftsordnung vielleicht noch nicht so gut aus. Aber was ich weiß, ist, dass sich jeder Ausschuss auch im Rahmen der Selbstbefassung mit Themen auseinandersetzen kann. Auch wir haben ein Interesse daran, weiter über Informatik zu sprechen. Das schließt ja nicht aus, dass wir in dieser Frage, bei der wir uns ja anscheinend einig sind, Nägel mit Köpfen machen. Deswegen wünsche ich mir, dass wir darüber abstimmen.

Das Nächste ist - das will ich auch noch sagen, Herr Dünkel, vielleicht kennen Sie das aus Ihrer Regierungszeit nicht - dass die Initiative, das Thema vorzubringen, tatsächlich von den Abgeordneten aus der Fraktion kam. Deshalb haben wir das hier eingebracht. - Danke.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für einen weiteren Kurzbeitrag hat das Wort der Abgeordnete Dolgner aus der SPD-Fraktion.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich damals im Rahmen der Studienberatung tätig war, gab es im Bereich der Informatik das Problem, dass selbst Informatikstudenten nicht wussten, was sich genau dahinter verbirgt. Das Problem scheint sich hier durchzuziehen.

(Zurufe FDP: Auch die Beratung! - Klaus Schlie [CDU]: Wir haben Glück, wir haben ja Sie!)

- Ich werde jetzt keine Definition des Faches liefern,

(Zurufe CDU: Oh!)

weil man nicht genau darüber sprechen kann, ob man unbedingt ein Fach Informatik anbietet oder das Fach um Themen wie Medienkompetenz und so weiter erweitert, wenn es darum geht, ein weiteres Schulfach einzuführen, um die jungen Menschen fit für die Zukunft zu machen.

Deshalb habe ich mich eigentlich gar nicht gemeldet. Die beiden jungen Kollegen waren in der letzten Wahlperiode ja nicht anwesend. Deswegen muss ich erstens darauf hinweisen, dass es in der Geschichte des Landtags nie so viele Gesetzentwürfe von den Fraktionen gab wie von der Küstenkoalition, was auch nicht immer jedem im Ministerium geschmeckt hat. Da müssen Sie noch ein bisschen nachlegen, und zwar nicht nur, um irgendwelche Fristen durch irgendwelche Vorlagen des Ministeriums zu verkürzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Touché!)

- Da weiß jemand genau, was ich meine. Sie waren damals nicht Innenminister. Zweitens möchte ich mich an die neueren Kollegen wenden, denn das Lebensalter ist ja unterschiedlich. Ausschussberatungen sind tatsächlich hilfreich, um die Meinung anderer zu hören, auch wenn man sich in der grundsätzlichen Stoßrichtung einig ist. Das gehört zum parlamentarischen Procedere dazu.

Jedes Mal, wenn wir das nicht gemacht haben, gab es ein riesiges Mi-mi-mi, selbst bei relativ kleinen Sachen. Es gab sogar ein riesiges Mi-mi-mi, wenn wir einmal eine mündliche Anhörung nicht durchgeführt haben. Auch wenn wir uns in der Stoßrichtung relativ einig sind, bedeutet das nicht, dass wir als Opposition akzeptieren müssen, dass andere mit ihrer Fachlichkeit dazu nicht gehört werden sollen.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Loose?

(Zuruf FDP: Er kennt sich nicht mit Informatik aus!)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Eher mit Signalsteuerungstechnik.

Tobias Loose [CDU]: Ich möchte wissen: Sind Sie denn sachlich dagegen? Sind Sie dagegen, Informatik als Profulfach einzuführen? Sind Sie dagegen, Informatik als Mangelfach einzuführen?

(Dr. Kai Dolgner)

- Werter Kollege, ich versuche, es Ihnen noch einmal zu erläutern. Wir sind hier Amateure, und das ist gut so.

(Werner Kalinka [CDU]: Was?)

Wir bringen teilweise zufällig Professionalität aus dem Beruf mit. Das ist der Sinn gelebter repräsentativer Demokratie. Die Verwaltung und die Fachlichkeit müssen uns die Dinge so lange erklären, bis wir es verstanden haben, weil es sonst auch die Bevölkerung nicht verstehen kann.

(Lachen Andrea Tschacher [CDU])

Wenn man es der Bevölkerung nicht erklären kann, ist es ein reines Massenproblem. Das ist schlicht und ergreifend die Aufgabe der Selbstverwaltung. Es ist schön, wenn man berufliche Hintergründe mitbringt.

Wenn wir es zufällig für eine gute Idee halten, ist es üblich, diese Ideen mit der Fachlichkeit zu überprüfen, und das machen wir in den Ausschussberatungen. Wir hatten schon verschiedene Ideen, zum Beispiel bei dem mobilen Wahllokal. Das war eine Idee der Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat, bis sich dann gezeigt hat, dass das keine so gute Idee war, obwohl wir alle für den Antrag gestimmt haben.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

- Herr Kollege Kalinka, ich spreche mit Ihrem jüngeren Kollegen, der sich sicherlich freuen wird, von Ihnen nachher noch Hinweise zu bekommen.

(Heiterkeit)

- Ich wollte nicht spalten. Noch einmal: Es ist einerseits eine Frage des Selbstverständnisses und andererseits des Stils. Ich stelle fest: Wir haben unterschiedliche parlamentarische Auffassungen. Nur weil wir etwas richtig finden, heißt das nicht, dass wir nicht andere Leute anhören und schauen, ob wir das wirklich so machen wollen sowohl unter dem Aspekt, ob Informatik ein Pflichtfach werden soll, als auch unter dem Aspekt der Profileroberstufe. Auch Fragen der Machbarkeit, wie viele Lehrerinnen und Lehrer man dafür benötigt, werden beraten; denn das hat ja gelegentlich auch Auswirkungen auf die Haushaltsberatung und auf die Hochschulpolitik. Wenn Sie das alles omnipotent wissen, gratuliere ich Ihnen. Ich gestehe meine Unvollkommenheit hier ein und würde gern Fachleute dazu hören. Das gehört zur parlamentarischen Arbeit dazu.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Weitere Wortmeldungen liegen aus dem Parlament nicht vor. Ich erteile daher nun das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, dass Informatik natürlich nur ein kleiner Ausschnitt - -

(Unruhe SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Entschuldigen Sie, Frau Ministerin. Bevor Sie fortfahren, möchte ich noch einmal darum bitten, auch wenn das jetzt eine andere Seite im Hause betrifft, den Rednern und Rednerinnen hier vorne zuzuhören, auch dann, wenn die Mittagspause einmal 20 Minuten später beginnt. - Das Wort hat nun die Bildungsministerin.

(Martin Habersaat [SPD]: Dafür nehmen wir uns sicherlich noch die Zeit!)

- Herr Kollege Habersaat, das Wort hat die Bildungsministerin - und nur die Bildungsministerin.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich hatte gerade angesetzt zu erläutern, dass das Thema Informatik als Profilmfach natürlich nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Themenbereich digitale Bildung ist, der uns ja sehr umfassend beschäftigt. Darin stimme ich einigen der Vorredner ausdrücklich zu.

Ich will zu Anfang grundsätzlich Folgendes sagen: Im Bereich der Digitalisierung an den Schulen insgesamt ist Schleswig-Holstein inzwischen gut aufgestellt. In nahezu allen Schulen und allen Schularten hält die Digitalisierung Einzug. Allein in diesem Jahr wird die Landesregierung fast 16 Millionen € verausgaben, um Schulen ans Netz zu bringen.

Sie wissen, dass es im Jahr 2016 eine Bestandsaufnahme an unseren Schulen gegeben hat. Die zweite Bestandsaufnahme ist im Augenblick in Arbeit. Im Oktober werden wir darüber berichten, wie der Ausstattungsstand an unseren Schulen aktuell ist. Das wird dann noch ein weiteres Thema sein, das für den Bildungsausschuss von Interesse sein wird,

(Ministerin Karin Prien)

wenn er die Einzelheiten dieser Bestandsaufnahme erörtert.

Ich will auch sagen, dass wir die Fachanforderungen im Bereich der Digitalisierung allesamt überarbeitet haben. Zum 1. August 2018 sind alle in Kraft getreten. Diese Hausaufgaben sind inzwischen erledigt worden im Zusammenhang mit der KMK-Strategie.

Ich will auch darauf hinweisen, dass wir am 21. September 2018 einen Fachkongress für Lehrkräfte im Bereich Lernen mit digitalen Medien im Fachunterricht durchführen wollen. Dafür haben sich zwischenzeitlich 3.500 Lehrkräfte angemeldet, die gemeinsam mit uns in dem IQSH, der EUF und der CAU einen Kongress durchführen werden. Ich glaube, eine Fachfortbildung in dieser Größenordnung ist einmalig in Deutschland. Deshalb sind wir insgesamt an dieser Stelle gut unterwegs.

Jetzt aber zum Thema Informatik an unseren Schulen. Auch hier kann ich inzwischen vermelden, dass an einem Großteil der Schulen für interessierte Schülerinnen und Schüler das Fach Informatik als Wahlpflichtfach in der Sekundarstufe I angeboten wird. Das Angebot wird übrigens auch sehr rege nachgefragt.

Es sind deutlich mehr als 80 % der weiterführenden Schulen - bei den Schularten mit Oberstufe sind es rund 90 % -, die Informatik in der Sekundarstufe I oder in der Sekundarstufe II anbieten. Die einzelnen Zahlen erspare ich Ihnen. Da sind wir also schon ganz gut unterwegs.

Nun gilt es, die Informatik an den Schulen weiter zu vertiefen und zu verstetigen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass die Notwendigkeit schon früher erkannt worden ist - das bestreitet im Übrigen auch niemand -, dass aber die Umsetzung bisher auch an der erforderlichen Anzahl an entsprechend qualifizierten Lehrkräften gescheitert ist.

Aber auch insoweit sind wir inzwischen ein Stück weitergekommen. Es ist nun mal so: Solche Dinge brauchen eben Zeit. Herr Dunckel, Sie haben recht: Dabei geht es natürlich auch um die Ausbildungskapazitäten unserer Universitäten. Wenn wir Informatik als Profilmfach an den Oberstufen anbieten wollen - das ist übrigens Teil des mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeldes, also keine Konkurrenz zum Sprachprofil -, dann müssen wir bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Wir können das nur anbieten mit Lehrkräften, die ein volles Studium in der Informatik haben.

Der Lösungsweg, Herr Brodehl, zu sagen, das könne doch das IQSH machen, steht hier gar nicht zur Verfügung. Wir können zwar für die Grundschule und für die Mittelstufe Lehrkräfte weiter qualifizieren, aber für die Oberstufe wird das nicht funktionieren. Insofern muss ich an dieser Stelle sagen: Das wird leider nichts werden.

Wenn wir auf erhöhtem Anforderungsniveau Informatik unterrichten wollen, müssen wir zwei Voraussetzungen schaffen: Erstens darf der Unterricht nur durch Lehrkräfte mit der vollen Fakultas, also einem abgeschlossenen Hochschulstudium in diesem Bereich, stattfinden. Zweitens müssen wir einen entsprechenden Lehrplan, also ein Fachcurriculum auf erhöhtem Niveau, anbieten. Ich kann Ihnen heute sagen, dass wir dabei sind, dieses Fachcurriculum zu erarbeiten. Wir wollen gern erreichen, dass zum nächsten Schuljahr an unseren Oberstufen dort, wo es gewünscht ist, im Profilmfach Informatik unterrichtet werden kann.

Nun komme ich zum Thema Lehrkräftemangel. Dieses Thema begleitet uns durch alle Fächer und durch alle Schularten. Hier ist es so, dass die Zahlen langsam nach oben gehen. Wir hatten zuletzt 66 Anfänger im Bachelor-Studiengang. Hinten raus kommen deutlich weniger. Deshalb ist unser Problem auch gar nicht die Frage, ob wir genug Studienplätze haben.

(Zuruf SPD)

- Es kommen immer weniger heraus. Aber am Ende kommen in der Informatik nur ganz wenige heraus. Deshalb ist eher die Frage: Wie schaffen wir es eigentlich, dass diejenigen, die damit anfangen, ihr Studium auch zu Ende bringen? Das ist ein Thema, das uns in der Informatik, aber auch in den anderen MINT-Studiengängen besonders intensiv beschäftigt. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir mit den Hochschulen gemeinsam an diesem Thema arbeiten. Das ist eben nicht immer eine Frage des ganz großen Wurfs, sondern es ist eine Frage, wie ich es im Detail hinbekomme, die Anzahl der Absolventen sukzessive zu steigern. Daran arbeiten wir, meine Damen und Herren.

Insofern glaube ich, dass es ein richtiger Weg ist, den uns die Koalitionsfraktionen hier vorschlagen: Informatik als Profilmfach an unseren Oberstufen ermöglichen für die Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben - es gibt schon einige - und darüber hinaus große Anstrengungen unternehmen, um mehr Lehrkräfte im Bereich Informatik zu gewinnen. Daran arbeiten wir gemeinsam mit vielen Ideen, mit sehr engagierten Hochschulen, die uns dabei

(Ministerin Karin Prien)

unterstützen. Insofern bin ich sehr guter Dinge, dass wir diese Innovation, die wir ganz dringend brauchen, voranbringen können. Insoweit gebe ich Ihnen allen recht; insbesondere Frau Klahn und andere haben es ausgeführt. Wir brauchen das; wir arbeiten aber auch schon daran.

Die Zukunft ist digital. Jeder, der aus dem „Bundesausland“ kommt und bei uns im Bereich Informatik Lehrer werden möchte, ist herzlich eingeladen. Auch das möchte ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen. Ich sage aber auch - und diese Bemerkung erlauben Sie mir -: Ich wünsche mir, dass wir top informatorisch ausgebildete Schülerinnen und Schüler haben. Und wenn sie dann mit der Hand noch einen Liebesbrief schreiben könnten, dann fände ich das auch eine super Idee. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute und 30 Sekunden überschritten. Ich sehe aber nicht, dass die Fraktionen davon Gebrauch machen möchten.

Es ist beantragt worden, den Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 19/863 in den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist dies mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der AfD sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen somit zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Alternativantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 19/920 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist dieser Antrag mit überdeutlicher Mehrheit gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Wir kommen nun zum Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 19/863. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW so angenommen.

Bevor ich die Tagung bis 15 Uhr unterbreche, möchte ich Sie noch einmal auf die Gesundheitsmesse im ersten Stock und die Ausstellung der Selbsthilfegruppen dort aufmerksam machen. Dies wäre vielleicht eine Möglichkeit, die Pause unter anderem dazu zu nutzen, mit den Organisationen ins Gespräch zu kommen.

Wir sehen uns um 15 Uhr wieder.

(Unterbrechung: 13:29 Uhr bis 15:04 Uhr)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich möchte, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, gemeinsam mit Ihnen Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne begrüßen. Das ist zum einen der Landfrauenverband Lübeck und Umgebung, und zum anderen ist das die Gruppe „Männer aktiv“ der St. Marienkirche Rendsburg. - Ihnen allen wünschen wir ganz viel Vergnügen und tolle Erlebnisse hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 10 und 26 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Legalplanung für den zweigleisigen Ausbau der Marschbahn zwischen Niebüll und Klanxbüll**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/855

Ausbau der Marschbahn pendlerorientiert gestalten

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/923

b) Die Planungsverfahren für die S 4 beschleunigen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/894

Planfeststellung weiterführen und die S 4 zügig realisieren

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/924

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Damit eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat zunächst für eine der antragstellenden Fraktionen, nämlich für die FDP, der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Infrastruktur in diesem Land ist in einem schlimmen Zustand. Viele Brücken sind nicht mehr tragfähig. Die Rader Hochbrücke ist da sicherlich nur das prominenteste Beispiel. Aber jeder von uns kennt aus seinem Alltagserleben Brücken, in denen zum Beispiel die Fahrbahnbreite eingengt wurde, um die fehlende Tragfähigkeit zu kompensieren.

(Heiterkeit Beate Raudies [SPD])

Viele Straßen sind kaputt. Tiefe Schlaglöcher, Frostrisse und abgebrochene Bankette gehören mittlerweile zum Bild, an das wir uns alle gewöhnt haben. Es ist praktisch nicht möglich, in Schleswig-Holstein holperfrei von A nach B zu fahren. Und auch die Schieneninfrastruktur in Schleswig-Holstein ist marode.

(Beate Raudies [SPD]: Also! - Zuruf von Thomas Hölck [SPD])

Ob Netz Nord, Mitte oder West - nirgendwo ist alles intakt. Überall gibt es Langsamfahrstrecken und Flickarbeiten. Das ist eine der Gründe dafür, dass das Reisen per Bahn weder attraktiv noch zuverlässig ist.

Und bei all den Desastern nimmt die Marschbahn noch eine herausgehobene Stellung ein - und das aus zwei Gründen. Zum einen sind die Situation, die Pünktlichkeit und die Zugausfallquote noch schlimmer als in den anderen Netzen. Zum anderen ist die Marschbahn die einzig feste Verbindung zwischen dem Festland und der Insel Sylt. Es gibt keine Möglichkeit, auf andere Verkehrsmittel auszuweichen. Deshalb sind Pendler und Urlauber darauf besonders angewiesen. Sie zahlen dann die Zechen für jahrelanges Wegschauen der Verantwortlichen.

Die Schwierigkeiten auf der Marschbahn haben viele Gründe. Es gibt Probleme mit dem Wagenmaterial, mit dem Zustand der Strecke und mit der Deutschen Bahn. Und es gibt die Eingleisigkeit zwischen Niebüll und Klanxbüll. Das sind keine neuen Erkenntnisse. Das wissen wir seit Langem. Aber genauso, wie es seit Jahrzehnten vergessen wurde, Straßen, Brücken und Schienen zu erhalten,

wurde auch vergessen, den zweigleisigen Ausbau zwischen Niebüll und Klanxbüll in den vordringlichen Bedarf des Bundeswegeplanes einzubringen.

(Beate Raudies [SPD]: Vergessen hat das keiner!)

- Das ist sehr schade - Frau Kollegin -, denn das hat zur Folge, dass wir einen Umsetzungszeitraum von circa zehn Jahren vor der Brust haben werden, wenn denn jetzt dieser Abschnitt in den vordringlichen Bedarf hochgestuft werden sollte. Das sind dann zehn Jahre, in denen geplant, beteiligt und gebaut wird und in denen aber die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes immer noch nicht schneller, zuverlässiger und komfortabler von A nach B kommen.

Hier kommt dann die sogenannte Legalplanung ins Spiel. Legalplanung bedeutet, dass ein planfeststellendes Gesetz anstelle des normalen Planfeststellungsverfahrens tritt. Der Vorteil bei diesem Verfahren ist, dass die Gesamtdauer dieser Maßnahme, also des zweigleisigen Ausbaus, nicht mehr zehn, sondern vielleicht sogar nur noch fünf Jahre betragen könnte. Andere Länder machen das ja schon so und können deshalb Megaprojekte, wie zum Beispiel die Brücken über den kleinen Belt und den großen Belt oder auch die Öresundbrücke oder auch die feste Fehmarnbelt-Querung sehr viel schneller durchziehen, als wir das können. Darauf wird auch immer wieder neidisch geschaut, wenn unsere Verfahren lange, lange, lange dauern und am Ende nichts passiert ist.

Die Möglichkeit der Legalplanung gibt es in Deutschland bereits. Viele der riesigen Mammutprojekte sollten ursprünglich im Zuge der deutschen Einheit einmal so durchgeführt werden. Allerdings ist die Legalplanung durchaus umstritten und wird seit Mitte der 90er-Jahre auch nicht mehr verfolgt.

Jetzt hat die Große Koalition im Bund in ihrem Koalitionsvertrag die Erprobung von Baurecht durch Maßnahmengesetze - das sind nur andere Worte für Legalplanung - beschlossen und vereinbart, dass fünf Pilotprojekte bundesweit umgesetzt werden sollen. Das ist übrigens eine sehr gute Idee und zeigt, dass auch ergebnislose vorherige Sondierungen nicht grundsätzlich nutzlos sein müssen.

Wir wollen, dass der zweigleisige Ausbau zwischen Niebüll und Klanxbüll eines dieser Pilotprojekte wird.

(Beifall FDP, CDU und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Kay Richert)

Sehr geehrte Damen und Herren, man muss es leider so deutlich sagen: Wir haben hier Schrott vorgefunden - 30 Jahre lang sträflich vernachlässigte Straßen, Brücken, Wege und Schienen. Anscheinend wussten das auch viele, aber es hat keiner etwas getan. Wir von der FDP, von der Jamaika-Koalition, machen alles, wir drücken jeden Knopf und legen jeden Hebel um, um hier vorwärts zu kommen, um die Verhältnisse zu verbessern.

(Beifall FDP und CDU - Thomas Hölck [SPD]: Gerade bei der A 20! Das ist richtig!)

- A 20 ist ein gutes Stichwort, Kollege Hölck. Hier wurde jahrelang nur geredet. Jetzt passiert einmal wieder etwas. Wir packen das an.

(Beifall FDP und CDU - Lachen SPD)

Schauen Sie sich die A 7 an. Wir nutzen die Kapazitäten und die Expertisen der DEGES und kommen auch da zügig voran. Rader Hochbrücke - ich erinnere mich, dass einmal gesagt wurde: Tja, es gibt leider nur einen vierspurigen Ersatzbau, das geht nicht anders. Jetzt geht es anders. Wir haben es hinbekommen, dass die Ersatzplanung sechsspurig ist.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das haben wir beantragt!)

- Ach, hört doch auf.

(Beifall FDP und CDU)

Und auch bei der Marschbahn tun wir alles, um die Verbindung für die Menschen in unserem Land zu verbessern. Auf Druck des Ministers Buchholz sind die Missstände der Marschbahn bundesweit bekannt und auf der Agenda des Verkehrsministers im Bund ganz oben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Auf Druck des Ministers Buchholz wird die Deutsche Bahn wesentliche Instandsetzungen des Netzes West vorziehen. Und Minister Buchholz setzt die Deutsche Bahn maximal unter Druck, um die Verbindung wieder zuverlässig und attraktiv zu machen.

Dafür geht er Wege, vor denen jeder seiner Vorgänger Angst hatte. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Vogel?

Kay Richert [FDP]:

Ja, das mache ich sehr gern.

(Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Keine Kungelei zwischen Flensburgern!)

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. Nichtsdestotrotz interessiert mich, bevor das bei den Zwischenrufen untergeht, weil Sie die Sechs- beziehungsweise die Vierspurigkeit der Rader Hochbrücke angesprochen hatten: Ist es auch Ihre Erkenntnis, dass die CDU-Fraktion diejenige gewesen ist, die sich hier im Landtag für eine Vierspurigkeit eingesetzt hat, während alle anderen Fraktionen für eine Sechsspurigkeit kämpften?

(Zurufe SPD und Hans-Jörn Arp [CDU])

Die Frage, die ich gern noch anschließen würde - Herr Arp, denken Sie darüber nach -, ist folgende: Sie sagten eben im Hinblick auf die A 20, es ginge da nun endlich voran. Mögen Sie uns bitte einmal sagen, wo es da im Augenblick so massiv vorangeht?

(Beifall FDP und CDU - Beate Raudies [SPD]: Sehr gut!)

- Waren das die Fragen?

(Kai Vogel [SPD]: Ja!)

- Gut. Ich fange einmal mit der letzten an. Natürlich ist es so: Wenn man jahrelang überhaupt nicht geplant hat und jetzt die Planung beginnt, dann sieht man noch keinen Spatenstich. Aber es muss erst einmal mit der Planung angefangen werden. Da das vorher nicht gemacht wurde, obwohl das Gegenteil behauptet wurde, muss das jetzt erst einmal gemacht werden.

(Beifall FDP und CDU - Beate Raudies [SPD]: Es geht also nichts voran!)

- Ich höre es nicht so gut. Fragen Sie doch bitte vom Mikrofon aus, wenn Sie wollen, dass ich es auch verstehe.

Nun zum Problem der Vierspurigkeit und Sechsspurigkeit. Ich weiß nicht, was hier im Landtag vorher gelaufen ist. Ich weiß, dass es immer hieß: Es geht leider nicht; der Ersatzbau muss vierspurig sein. Und kaum ist Bernd Buchholz sechs Wochen im Amt und fährt nach Berlin, erreicht er die Sechsspurigkeit. Da sehe ich eigentlich nur Verdienste auf unserer Seite.

(Beifall FDP und CDU - Werner Kalinka [CDU]: Ja, so geht das! - Hans-Jörn Arp)

(Kay Richert)

[CDU]: Die Frage hättest du dir auch sparen können, mein lieber Kollege Vogel! - Kai Vogel [SPD]: Du warst gegen die Sechsspürigkeit! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Ach, Quatsch! - Kai Vogel [SPD]: Ich kann das Protokoll herausholen!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

In Anbetracht der Zeit schlage ich vor, dass Kollege Richert zum Abschluss seiner Rede noch einmal das Wort bekommt und wir dann in der Rednerliste fortfahren.

Kay Richert [FDP]:

Wir sehen, dass dies ein sehr emotionales Thema ist, und es ist zu Recht ein sehr emotionales Thema. Das sieht man auch an der Flut der Anträge, Änderungs- und Ersetzungsanträge. Ich denke, dass wir am besten beraten sind, wenn wir das Ganze noch einmal im Ausschuss ordnen und beraten, und beantrage deshalb die Ausschussüberweisung des gesammelten Antragswerks.

(Beifall FDP, CDU und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Nun hat der Abgeordnete Vogel für die SPD-Fraktion das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Er hat doch eben schon geredet! - Thomas Hölck [SPD]: Wieder lustig, der Kollege Arp!)

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Lieber Kollege Richert, wenn Sie irgendetwas zur Tragfähigkeit der Rader Hochbrücke wissen, was wir nicht wissen, wäre es schön, Sie würden es uns sagen.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Nur, weil Sie Ihre Rede damit begonnen haben, die Brücken seien nicht tragfähig, und die Rader Hochbrücke sei ein gutes Beispiel dafür. Insofern: Wenn Sie darüber etwas wissen, informieren Sie uns bitte.

(Beifall SPD - Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Die S 4 ist eines der absolut wichtigen Schienenverkehrsprojekte für die Zukunft. Von ihm werden viele tausend Pendlerinnen und Pendler in Schleswig-Holstein profitieren. Der Kreis Stormarn erhält eine S-Bahn-Anbindung mit einem zehnminütigen

Takt zur Hauptverkehrszeit und mit vielen Halten in Richtung Hamburger Hauptbahnhof. Das freiwerdende Bahngleis am Hamburger Hauptbahnhof wird dazu führen, dass weitere Regionalverbindungen entstehen, von denen Bahnkunden aus Schleswig-Holstein profitieren.

Wie bei vielen Infrastrukturprojekten hakt es aber auch hier an einer schnellen Planung und Realisierung, weil viele rechtliche Aspekte beachtet werden müssen. Genau deshalb ist in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene hineinverhandelt worden, dass ein Instrumentarium zur Beschleunigung von übergreifenden Schienenverkehrsprojekten entwickelt werden solle. Wer mit den Verfassern dieses Passus spricht - das habe ich -, erfährt sofort, dass dieser exakt für die S 4 dort hineingeschrieben wurde. Das ist ein Passus nur für die S 4. Jetzt gilt es für uns, diesen Ansatz im Koalitionsvertrag schnell umzusetzen, damit eine schnelle Planung und Realisierung der S 4 ermöglicht werden kann.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Vogel, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Kai Vogel [SPD]:

Ja. - Ich schaute nur auf die Uhr, weil - - Danke.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich finde das, was Sie sagen, super. Würden Sie mir bitte noch einmal erklären: Sie sitzen ja am Kabinetttisch in Berlin

- Ja.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Echt? Herr Vogel auch? Das wusste er noch gar nicht!)

und verhandeln gegebenenfalls auch in Koalitionsausschüssen. Ich gehe einmal davon aus, dass es so etwas in Berlin auch gibt. Deshalb wundert es mich, warum Sie diese sehr sinnvolle Aussage in Ihrem Koalitionsvertrag auf Bundesebene nicht umsetzen. Warum müssen jetzt unsere Bundestagsabgeordneten, die ja in der Opposition sind - - Sie sind doch viel näher dran.

(Sandra Redmann [SPD]: Was?)

- Die S 4 umsetzen, dass wir sie schneller bauen! Dazu gibt es doch einen Passus im Koalitionsvertrag. Die Große Koalition hat das verhandelt.

(Kai Vogel)

- Herr Kollege Tietze, Sie wissen: Bei solch schwierigen Infrastrukturprojekten ist es sinnvoll, dass man von vielen einzelnen Seiten her schiebt. Unser Interesse ist: Wir wissen, dass Mitglieder der SPD dort am Regierungstisch sitzen, die aber definitiv nicht im Verkehrsbereich tätig sind.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Okay, Herr Stegner hat nichts zu sagen!)

- Herr Präsident, ich hatte es jetzt so verstanden, dass ich antworte.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Genau. Ich wollte auch den Kollegen Tietze, der gern zuhören darf

(Zuruf)

- das schafft er nicht, aber okay -, daran erinnern, dass jetzt der Kollege Vogel antwortet und er dann noch einmal die Möglichkeit hat, eine Nachfrage zu stellen.

(Werner Kalinka [CDU]: Also die SPD meldet sich ab aus dem Thema! - Zuruf: Alternativlos! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Die SPD hat beim Verkehr nichts zu sagen! Das haben wir jetzt gehört! - Lachen Beate Raudies [SPD])

Herr Vogel!

Kai Vogel [SPD]:

Danke, Herr Präsident.

Die Tatsache, am Kabinetttisch zu sitzen, heißt natürlich, dass man Dinge ansprechen kann, aber nicht, dass sie sofort umgesetzt werden.

(Werner Kalinka [CDU]: Ach ja!)

Deswegen geht es am Ende darum zu schauen, welche Möglichkeiten man hat. Es sollte eigentlich unser gemeinsames Interesse hier im Landtag sein, das Projekt der S 4 so schnell wie möglich zu planen und zu realisieren.

Meine Vorstellung scheint fernab von den Ihren zu liegen. Sie scheinen den Eindruck zu haben, dass die Einzigen, die in Berlin entscheiden können, die Minister sind. Nein, mein Eindruck ist, dass der Gesetzgeber, die Bundestagsabgeordneten, dabei genauso hilfreich ist. Wenn schleswig-holsteinische Abgeordnete mit den Bundestagsabgeordneten sprechen, sollten sie sagen: Bitte setzt euch dafür ein, dass dieser Passus umgesetzt wird!

Des Weiteren nehme ich an - ich mag mich auch irren -, dass jemand aus dem Verkehrsministerium regelmäßig in Berlin ist und mit denen dort spricht. Ich unterstelle einmal, dass der Minister, der gerade aus der Ecke kommt, die von der S 4 profitiert, auch wenn er im Moment in eine andere Richtung fährt,

(Thomas Hölck [SPD]: Er kann ja dann über Hamburg fahren!)

vielleicht irgendwann einmal später auch von dieser S 4 profitieren wird, sodass er auch ein Interesse daran hat, dass sie realisiert wird - von mir aus gern in dem Dreiklang aus unserem Wirtschaftsminister, unserer Justizministerin und unserem Umweltminister, die sich dafür einsetzen, aber auch zusammen mit den Bundestagsabgeordneten. Und auch die Landesregierung möge bitte dafür eintreten, dass dieser Passus, der für die S 4 wichtig ist, schnellstmöglich umgesetzt wird. Dass ich damit fernab der Normalität bin, kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall SPD - Sandra Redmann [SPD]: Ich auch nicht!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Tietze?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern, Herr Präsident.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Okay.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, das habe ich jetzt verstanden. Ich entschuldige mich. Die Ministerebene ist jetzt nicht die richtige Ebene. Das war mein Fehler. Koalitionsverträge werden von Parteien verhandelt. Deshalb ist die Partei Ansprechpartner. Sie stellen den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, haben ein weiteres Mitglied dieses Landtags, Frau Midyatli, im Bundesvorstand. Dann liegt es nahe, dass dort auch schleswig-holsteinische Interessen im Koalitionsvertrag stehen

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Beifall SPD - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Prima! Ja! Das finde ich auch nicht schlecht!)

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

So, jetzt antwortet Herr Vogel, und Herr Tietze hört zu.

Kai Vogel [SPD]:

Mein Eindruck ist im Augenblick, dass Sie es darauf anlegen, miteinander zu kommunizieren. Das Ganze wird aber jetzt - so leid es mir tut - inhaltsleer.

(Vereinzelter Beifall SPD - Lachen Werner Kalinka [CDU])

Ich will jetzt in keiner Weise dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden oder Frau Midyatli im SPD-Bundesvorstand die Fähigkeit absprechen. Nichtdestotrotz: Ob diese beiden die Richtigen sind, das Projekt der S 4 gemeinsam im Bundesverkehrsministerium schneller auf den Weg zu bringen? Schaden wird es sicherlich nicht, aber dies ist für mich ein kleiner Bereich. Der wichtigste Bereich ist Inhalt unseres Antrags. Ich unterstelle, dass die Kabinettsmitglieder in die gleiche Richtung denken; sie sitzen dort und wissen, dass es ihre Aufgabe ist, den Koalitionsvertrag umzusetzen. Ich weiß gar nicht mehr, wie viel hundert Seiten der Koalitionsvertrag auf Bundesebene hat. Das ist bei Ihnen doch ähnlich. Da hat man als Bundestagsabgeordneter nicht ununterbrochen jede einzelne Passage im Kopf und sagt: Mein Tagesgeschehen ist, mich nur dafür einzusetzen, dass diese drei Zeilen umgesetzt werden. Aber wir alle müssen darauf hinweisen: Liebe Bundestagsabgeordnete, uns ist das wichtig. Achtet bitte darauf, dass das nicht erst 2021 umgesetzt wird, sondern schon Ende 2018 oder 2019. Des Weiteren sollten wir unseren Landesverkehrsminister oder jemanden aus dem Ministerium beauftragen, dies dann, wenn die Gespräche geführt werden, zu unterstützen, von mir aus auch noch Herrn Stegner und Frau Midyatli, wenn Sie den Eindruck haben, dass es wichtig ist, dass die dazukommen - alle die dazu beitragen können, dass die S 4 schnellstmöglich geplant und realisiert werden kann. Das ist unser Interesse, das ist der Antrag.

(Beifall SPD)

Die Marschbahn ist vermutlich aktuell das größte Trauma des Verkehrsministers. Kaum eine Woche, in der nicht wieder neue erschreckende Zahlen oder Fakten präsentiert werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Kann man so sagen!)

Zu Beginn der Sommerpause habe ich gemeinsam mit meinem Fraktionsvorsitzenden mit Betroffenen auf Sylt diskutiert. Diese haben es wirklich satt, für

das Unvermögen der Bahn seit Monaten die Leidtragenden zu sein.

(Christopher Vogt [FDP]: Stimmt!)

Leid bin ich es mittlerweile auch, hier von Herrn Buchholz immer wieder zu hören - wir sprechen ja zum vielfachen Male über das Thema Marschbahn -, die Forderungen der SPD seien haltlos, immer nach dem Motto: Ach, Herr Vogel, Sie können das ja nicht besser wissen.

Unsere Forderung nach höheren Maluszahlen, die ich hier ausgesprochen habe, ging laut Minister Buchholz in die falsche Richtung. - Mittlerweile hat der Minister genau das umgesetzt. Unsere Forderung nach höheren Entschädigungen für die Pendlerinnen und Pendler - dazu haben Sie hier in der letzten Landtagstagung gesagt, das sei völlig kontraproduktiv und gehe nicht in die richtige Richtung. - Nicht einmal einen Monat später entnimmt man der Zeitung: Genau das, was wir hier gefordert haben, wird von Ihnen umgesetzt.

(Beifall SPD)

Herr Minister, vielleicht sollten Sie einmal deutlich länger nachdenken, als alles immer gleich mit einem rhetorischen Feuerwerk zerreden zu wollen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Vogel, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Vogel. - Ich bin begeistert von Ihrem rhetorischen Feuerwerk heute.

(Zuruf: Tischfeuerwerk!)

Mich nervt es ebenso, dass Sie sich immer hier hinstellen und einen Tick mehr fordern. Das ist ja ein beliebtes Spiel als Opposition; ich kenne das durchaus aus eigener Erfahrung.

(Zurufe)

Das hilft den Pendlern allerdings überhaupt nicht. Das Problem ist der Vertrag - das hatten wir hier schon das eine oder andere Mal -, der geschlossen wurde. Die Maluszahlen sind außervertraglich. Es ist relativ albern, wenn man das Thema verbockt hat, sich hinterher hinzustellen und immer einen

(Kai Vogel)

Tick mehr zu fordern. Das ist ein bisschen unseriös. Mich nervt es ehrlich gesagt, wenn man es selbst verbockt hat, so wenig einsichtig zu sein und Spielchen zu treiben. Das hilft den Pendlern nicht weiter. Das Schöne ist, dass die Pendler sehr gut im Thema drin sind und merken, was Sie hier veranstalten. Insofern macht mich das wieder ein Stück gelassen.

(Beifall FDP)

- Ich habe bereits das letzte Mal im kleineren Kreis gesagt: Auch ich bin es leid, ständig zu hören, dass wir bestimmte Dinge verbockt hätten. Herr Vogt, wenn Sie sich die jetzigen Ausschreibungen für die Netze anschauen, sind da Maluszahlen vorgesehen, die deutlich unter dem liegen, was Sie hier im Augenblick fordern. Das sind Fragen, die eher intern behandelt werden, aber ich sage das, weil Sie uns hier jedes Mal vorhalten, dass wir auf bestimmte Punkte angeblich nicht geachtet hätten. Es trifft genauso zu, dass Sie bei den kommenden Ausschreibungen, die schon laufen, in keiner Art und Weise höhere Maluszahlen hineingeschrieben haben. Uns halten Sie immer vor, dass wir darauf hätten achten sollen, und Sie tun das bei den aktuellen Ausschreibungen nicht.

Woran ich mich störe, ist: Der Minister hat hier gestanden, als wir gefordert haben, deutlich mehr als 50 oder 70 € an die Pendlerinnen und Pendler zu geben, weil im Augenblick 350.000 oder 500.000 € als Maluszahlung einbehalten werden. Wenn Sie einmal hochrechnen, werden maximal 150.000 oder 200.000 € an die Pendler ausgeschüttet. Daraus keine Sparkasse der Landesregierung zu machen, sondern all das, was an Maluszahlen einbehalten wird, an die Pendlerinnen und Pendler zu geben, findet die Pendlerinitiative mehr als vernünftig. Dazu hat der Minister gesagt, das sei völlig kontraproduktiv für jede Diskussion. Und zwei Wochen später macht er genau das. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall SPD und SSW)

Als gelber Rambo der Bahn gibt der Minister ein interessantes Bild ab, aber ob das so wirkungsvoll ist, wage ich zu bezweifeln.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Der Leidtragende bei dem Angriff ist im Augenblick definitiv das Zugpersonal. Herr Buchholz, sprechen Sie doch einmal mit den Zugbegleitern, die mittlerweile für alles Übel von den Passagieren angegangen werden! Viele Ausbildungsplätze

konnten aktuell nicht besetzt werden, weil das Image der Bahn schlecht ist. Aber gearbeitet wird von dem Personal wirklich gut. Das Personal in den Zügen leistet einen guten Job. Herr Minister Buchholz, das sollten Sie bei Ihren pauschalen Schuldzuweisungen an die Bahn endlich einmal bedenken.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Er hat doch niemals die Bahnmitarbeiter kritisiert!)

Die Maßnahmen zur Sanierung begrüßen wir absolut. Jetzt erwarten wir aber von der Landesregierung, dass sie gemeinsam mit der Bahn und den Betroffenen vor Ort für die lange Sanierungs- und spätere Bauphase eine Lösung erarbeitet. Wir sprechen hier über einen Zeitraum von bis zu acht Jahren, die das dauern wird.

Viele Pendlerinnen und Pendler fühlen sich mit ihren Problemen alleingelassen. Deswegen halten wir mit unserem Antrag - ich entschuldige mich, dass der heute sehr spät vorgelegt wurde - einen immer erreichbaren Ansprechpartner bei der NAH.SH im Sinne eines Helfers oder Anwalts für die Probleme mit der Bahn für eine sinnvolle Maßnahme, der von der NAH.SH eingesetzt wird, damit man immer dann, wenn man ein Problem hat, nicht in die Warteschleife der DB kommt, sondern weiß, dass da jemand vonseiten des Landes ist, der sich kümmert. Wir als Land haben ein Interesse daran; wir wissen, dass die Situation schwierig ist. Wir haben ein Interesse daran, dass dort ein entsprechender Ansprechpartner gefunden wird.

Die Zweigleisigkeit der Strecke zwischen Niebüll und Klanxbüll halten wir für dringend erforderlich, und wir unterstützen hier die Baumaßnahme als Projekt.

Die Leistungen der Bahn sind vielfach nicht im Ansatz die, die ich mir für ein führendes Industrieunternehmen im Jahr 2018 vorstelle. Sollte es kontinuierlich weiter zu Verletzungen des Verkehrsvertrags kommen, muss nach unserer Auffassung auch über eine Prüfung oder gegebenenfalls Kündigung von laufenden Verträgen nachgedacht werden. Die Bahn hat von uns den Zuschlag für die Strecke der Marschbahn erhalten und bestimmte Leistungen versprochen. Wird diese Leistung kontinuierlich nicht eingehalten, dann wird die Bahn nicht nur keine neuen Streckenausschreibungen gewinnen, nein, dann sollte sie auch die gewonnenen wieder aberkannt bekommen. - Vielen lieben Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Wenn man sich so eine Debatte zum Bahnverkehr im Schleswig-Holsteinischen Landtag anhört, darf man sich nicht wundern, dass in den letzten Jahren nicht furchtbar viel vorangegangen ist. Hier geht viel durcheinander, es wird gesagt, da sei der schuld, da sei der schuld, ohne dass jemand eingreift, wird der Minister als Rambo beleidigt.

(Beate Raudies [SPD]: Ach!)

Es werden Unterstellungen vorgenommen, die der Sache nicht dienlich sind.

Wenn wir versuchen, uns um den Inhalt zu kümmern, dann stellen wir fest, dass wir gar nicht so weit auseinanderliegen. Wir behandeln heute zwei Themen, die zusammengefasst worden sind, einmal das Thema S 4 und einmal die Marschbahn, unterschiedliche Landesteile.

Ich fange mit der S 4 an. Zur S 4 hat die SPD-Fraktion einen Antrag gestellt und sagt zunächst, man begrüße den Ausbau der S 4. Wir sind uns alle einig, dass wir den Ausbau der S 4 haben wollen. Das steht auch in unserem Alternativantrag.

Dann steht im Antrag der SPD, dass wir unsere Bundestagsabgeordneten bitten sollen, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das möglichst schnell geht. Für die CDU - nach meiner Kenntnis ist das in anderen Parteien auch so - braucht es keinen Landtagsbeschluss, um Bundestagsabgeordnete zu bitten, die Interessen des Bundeslandes im Bund durchzusetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen beantrage ich, über diese Anträge in der Sache abzustimmen: unserem Alternativantrag zuzustimmen und den S-4-Antrag der SPD abzulehnen, weil es den Landtag in ein komisches Licht rückt, wenn wir uns so klein machen, dass wir Bitte, Bitte bei den Bundestagsabgeordneten sagen. Das kriegen wir ohne Probleme bilateral hin. Gemeinsam sind wir uns aber einig, dass es um Höchstgeschwindigkeit bei der Planung für die S 4 geht.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Natürlich bitten wir unseren Minister. Das ist eine hervorragende Überleitung zur Marschbahn.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja, ganz sicher!)

Die Probleme bei der Marschbahn sind ja nicht neu. Herr Kollege Vogel, die Marschbahn ist - glaube ich - nicht das Trauma von Minister Dr. Buchholz, sondern sie ist das Trauma der Pendler, die da jeden Tag nicht vorankommen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es geht nicht darum, dass sich ein Minister möglicherweise unwohl fühlt, weil die Situation da nicht stimmt, sondern es geht darum, dass in unserem Land viele Menschen nicht von A nach B kommen und sich auf die Bahn nicht verlassen können. Deswegen muss man die Bahn deutlich kritisieren, was auch Sie im Übrigen getan haben. Man muss auch über Teilkündigungen sprechen, wenn Verträge nicht eingehalten werden et cetera. Die Bahn aber so stark zu kritisieren, dass sich da keiner mehr als Auszubildender bewirbt, daraus wird kein Schuh. Der Minister hat das Bahnpersonal nie angegriffen, sondern die Bahnmitarbeiter in mehreren öffentlichen Stellungnahmen in Schutz genommen. Das ist belegt.

(Beifall CDU, FDP und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist billig. Wir haben - und zwar sowohl der Ministerpräsident als auch unser Verkehrsminister - unfassbaren Druck auf die Bahn ausgeübt. Wir haben mit dem Bahnvorstand und mit dem Bundesverkehrsminister gesprochen, und man sieht: Jetzt endlich kommt Bewegung rein. Es sind 160 Millionen € für die Gleise bei der Marschbahn in Aussicht gestellt worden, die dort verbaut werden sollen. Jetzt reden wir darüber, dass wir nicht wollen, dass, wenn dort Baumaßnahmen stattfinden, diese genauso unstrukturiert und langsam durchgeführt werden wie - das zeigt die eine oder andere Diskussion über diese Themen - andere Bauprojekte dieser Größenordnung in Deutschland.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir wollen uns mit diesem Projekt - ich glaube, da sind sich alle Fraktionen in diesem Landtag einig - als eines der fünf Modellprojekte beim Bund bewerben und sagen: Höchstgeschwindigkeit für die Planung bei der Marschbahn durch eines der fünf Modellprojekte, bei denen eine Legalplanung gemacht wird. Dabei schreibt man also mehr oder weniger per Maßnahmengesetz die Planung vor, damit dieses Projekt so schnell wie möglich erfolgt. Wir

(Lukas Kilian)

brauchen eine Lösung für die Pendler und keine langen Planungsverfahren mit etlichen Einspruchsmöglichkeiten, die am Ende dazu führen, dass in zehn Jahren auf der Marschbahn immer noch nichts läuft. Da sind wir uns einig.

Man müsste bei diesen ganzen Verkehrsdebatten mal aufhören zu sagen: Da war dies so, da war jenes, und der ist schuld, und da ist dies. - Wir müssen nach vorn gerichtet argumentieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das hat der Kollege Vogt gerade gemacht!)

- Der Kollege Vogt hat eine Zwischenfrage gestellt, weil hier vorn ein Tischfeuerwerk gezündet wurde. Das ging sogar so weit, dass der Minister angeblich die Mitarbeiter der Bahn beleidigte. Das ist vollkommener Unsinn. Aber egal: Ich plädiere dafür, den Alternativantrag der SPD-Fraktion, weil ich den auf jeden Fall auch für diskutierenswert halte, sowie unseren Legalplanungsantrag für die Marschbahn in den Ausschuss zu überweisen, in der S-4-Angelegenheit den Antrag der SPD in der Sache abzulehnen und unseren Alternativantrag anzunehmen. Wir brauchen Höchstgeschwindigkeit für die Planung sowohl der S 4 als auch für die Marschbahn, denn nur so kommen unsere Menschen schneller von A nach B. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Vogel, ich hatte den Eindruck, dass Sie sich bei Ihrer Rede wirklich ordentlich verzettelt haben. Ich kann Ihnen keinen Rat geben, aber: Wären Sie mal am 28. August 2018 in Niebüll bei dem Bahngipfel gewesen! - Im Übrigen waren Sie, Herr Minister, dort der Einzige, der gegenüber den Pendlern wirklich klar und deutlich gemacht hat, was zu tun ist und was die Landesregierung macht. In diesem Saal waren 400 Pendlerinnen und Pendler; er war bis auf den letzten Platz besetzt.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist sein Job!)

- Das ist nicht nur sein Job - Herr Körber und die Vertreter von DB Netz waren alle da -, sondern das

war auch eine Gelegenheit, bei der man mal die ganzen Themen auf den Tisch gebracht hat. Der Minister hat ihnen gegenüber seine Haltung sehr deutlich gemacht.

Kollege Vogt hat es angesprochen: Wir haben einen Vertrag verhandelt, in dem zum Beispiel die Wartung der gesamten Fahrzeuge überhaupt nicht oder aber so geregelt ist, dass überhaupt keine Verantwortung von DB Regio besteht. Hinzu kommt die Maßgabe, dass die Wagen nicht 20, 30 km weiter in Husum gewartet werden, sondern nach Hannover und sonst wo hinfahren. Das ist natürlich auch ein Fehler des alten Vertrages. Ich sage aber auch: Schon der Kollege Arp hat hier mit Verträgen und Dingen gesessen - ich erinnere an die Nordbahn und die Halte in Glückstadt -, bei denen wir im Nachhinein die Torte im Gesicht hatten. Es waren Ausschreibungen, die uns vorgelegt worden sind, deren Ergebnis wir zugestimmt haben. Die Erfahrungen daraus veranlassen uns jetzt, bei den nächsten Ausschreibungen zu sagen - jedenfalls sage ich das ganz deutlich -: Das passiert uns nicht noch einmal. Darauf werden wir diesmal den Finger halten. Das hat der Minister uns zugesichert, und das macht er im Übrigen jetzt auch.

Genau das ist es, was wir brauchen, denn wir haben jetzt eine einmalige Chance: Die Große Koalition hat fünf Pilotprojekte für die Beschleunigung des Planfeststellungsbeschlusses beschlossen. Warum sollen wir denn jetzt nicht da, wo die Hütte brennt und es am notwendigsten ist, sagen: Wir wollen zwischen Niebüll und Klanxbüll bei der Zweigleisigkeit eines dieser Pilotprojekte verwirklichen? Deshalb stellen wir diesen Antrag. Das ist konstruktiv.

Der Bedarf ist doch unbestritten. Es ist die einzige Landverbindung zur Insel Sylt. Es sind intensive Gespräche geführt worden, sodass alle sagen: Da stehen die Signale auf Grün. Wir können jetzt alle daran arbeiten, dass die Zweigleisigkeit in den vorranglichen Bedarf kommt. Wir sind sogar bereit, das mit euch gemeinsam durchzusetzen. Man hat jetzt die Chance, die Planung von zehn auf fünf Jahre zu verringern - das sagt der Antrag. Der Antrag sagt nichts anderes, als dass es noch eine Zeit dauern wird, aber wir alles dafür tun, dass die Pendlerinnen und Pendler auf dieser Trasse in fünf Jahren eine höhere Kapazität haben.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Da kann man an dieser Stelle nur sagen: Hoch die Finger! Das ist es, was wir aus diesem Haus einstimmig nach Berlin senden müssen.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beate Raudies [SPD]: In fünf Jahren!)

- Liebe Kollegin, es geht nicht schneller - Planungsbeschlüsse mit Bürgeranhörung, mit all den Dingen, gehen nicht schneller.

(Zurufe Beate Raudies [SPD] und Sandra Redmann [SPD])

- Wenn du das schneller kannst, dann musst du mir das erklären.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja!)

Es dauert in der Regel zehn Jahre. Wenn wir aber in fünf Jahren eine Lösung haben, die wir jetzt als Jamaika-Koalition auf den Weg bringen,

(Sandra Redmann [SPD]: Was denn nun?)

ist das eine gute Strategie. Das ist eine gute Politik, die ich absolut unterstütze und durch die wir für die Menschen vor Ort wirklich eine Verbesserung erreichen.

(Beate Raudies [SPD]: In fünf Jahren!)

Das ist auch der Sinn und Zweck dieser Maßnahme und dieses Antrags.

Aber ich will auch noch einen Satz zum „modernen Plan“ sagen; Sie haben ja die S-4-Planung angesprochen. Unserer Auffassung nach muss man tatsächlich das Planungsrecht verbessern und beschleunigen - das sage ich hier als Grüner ganz bewusst -; aber man muss es mit den Bürgern tun und nicht gegen sie. Man muss diese Beteiligung vorher und nicht hinterher machen. Das Problem der meisten Planungen ist doch, dass die Planungen gemacht werden, aber die Bürger nicht angehört werden und dann feststellen: „Die Strecke verläuft durch meinen Vorgarten“, oder: „Der Naturschutz ist nicht gehört worden“, und dann wird geklagt.

Es gibt zum Beispiel in Frankreich solche Methoden. Dort existieren unabhängige nationale Planungskomitees. Es gibt übrigens auch in unserem Land gute Beispiele. Mit den Stromtrassen haben wir so etwas versucht; da ist es in der Planung gelungen, die Konflikte vorher zu lösen.

Deshalb sagen wir: Planungsprozesse der Zukunft heißen Konsens statt Konflikt, gültiges Naturschutzrecht eben nicht auszuhebeln, die Bevölkerung und Verbände früh in die Planung einzubeziehen, Alternativen gleichberechtigt zu prüfen, Linien mit Raumordnungsverfahren und einer frühestmöglichen gerichtlichen Klärung zu bestimmen, Projekte in verkehrsübergreifende Konzepte und Netzpläne interdisziplinär einzubinden.

Mit diesen Maßnahmen - davon sind wir fest überzeugt - ließe sich die Planungszeit für Projekte in Deutschland halbieren, und zwar ohne die Axt an das Verbandsklagerecht zu legen. Das ist mit uns Grünen übrigens auch nicht zu machen und würde am Ende zu viel größeren Problemen führen, weil vielfach Europarecht betroffen ist.

Wenn es uns wichtig ist, müssen wir diese Planungsdebatten im Bund führen, aber doch bitte nicht bei der S 4. Die S 4 ist auf dem Weg. Sie haben das jetzt im Koalitionsvertrag verhandelt, jetzt sehen Sie doch zu, dass dieser Koalitionsvertrag erfüllt wird. Ich sage noch einmal: Sie haben uns auf Ihrer Seite, aber beim Knotenpunkt Hamburg und einer Lösung zur Planungskapazität der S 4 liegt das Heft des Handelns in Berlin; dieses Problem muss in Berlin gelöst werden. Berlin muss das Okay dafür geben, dass gebaut werden kann, auch wenn es möglicherweise einen etwas schlechteren Kosten-Nutzen-Faktor gibt.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Das alles ist notwendig für die gesamte Metropolregion.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, achten Sie auf Ihre Redezeit.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Daher, liebe SPD, lassen Sie uns zu einer sachlichen Politik und nicht zu einer Politik der Ankündigungen zurückkehren, denn das wird Ihnen genauso wenig helfen wie den Menschen hier im Land. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Sandra Redmann [SPD]: Was wir alles allein erledigen können in Berlin! Meine Herren!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die AfD-Fraktion hat der Kollege Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Ein Ende der Probleme auf der Marschbahn ist nicht in Sicht. Wir haben es gehört. Wir hören es jeden Tag. Weiter werden Monat für Monat zig Tausende Zugreisende, besonders Berufspendler, auf dem Weg nach Sylt von Verspä-

(Volker Schnurrbusch)

tungen, Zugausfällen und einer grundsätzlich maroden Infrastruktur daran gehindert, pünktlich an ihr Ziel zu gelangen.

Diese verheerende Entwicklung gefährdet inzwischen auch die Insel Sylt als Wirtschaftsstandort. Erst vor wenigen Wochen wurde berichtet, dass dort annähernd 400 Arbeitsplätze offen sind und nicht mit qualifizierten Bewerbern besetzt werden können. Der Arbeitskräftemangel umfasst dabei sämtliche Branchen vom Hotel- und Gaststättengewerbe über den Einzelhandel bis zur Pflege und dem Handwerk. Es ist auch kein Wunder, dass immer mehr Arbeitnehmer davor zurückschrecken, sich dem täglichen Dauerärger als Pendler im Berufsverkehr nach Sylt auszusetzen.

Die Ursachen der fortlaufenden Probleme sind bekannt: mangelhafte Wartung von Zug- und Gleisanlagen, fehlendes Personal, besonders bei den Lokführern. Auch wenn von der Bahn jetzt vollumdig 160 Millionen € in die Grundsanierung der Bahnstrecke angekündigt werden, bedeutet das nicht, dass der laufende Betrieb damit weniger störungsanfällig wird. Im Gegenteil, ab 2019 - so wurde bekannt - ist nun zusätzlich mit Ersatzverkehr und Vollsperrung zu rechnen.

Wir alle, die wir ein wenig hinter die Kulissen gucken dürfen, wissen, dass diese 160 Millionen € nicht von heute auf morgen spontan bereitgestellt worden sind, sondern dass der Großteil dieser Mittel bereits längst eingeplant war. Jetzt muss das Geld aber auch ausgegeben werden.

Vor diesem Hintergrund ist in der Tat der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke nach Sylt mit allem Nachdruck voranzutreiben. Denn die derzeit auf mehreren Abschnitten bestehende Eingleisigkeit bei gleichzeitig hoher Zugdichte ist schließlich die Hauptursache des Problems. Bereits eine kleine Verspätungsursache reicht aus, um die Pünktlichkeit für den ganzen Tag zu Fall zu bringen. Denn alle Trassen sind belegt, und es gibt nicht die Möglichkeit, Verspätungen wieder aufzuholen.

Wir von der AfD begrüßen es daher ausdrücklich, wenn sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, dass der Streckenausbau nach Sylt als vordringliche Baumaßnahme in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden soll. Eine Entscheidung darüber wird bekanntlich im Oktober fallen, und der Ausgang dieser Debatte wird dann auch Aufschluss darüber geben, ob das weitere Ziel dieses Antrags Aussicht auf Erfolg hat, nämlich den Streckenausbau nach Sylt als Pilotprojekt für ein Baurecht durch Maßnahmengesetz auszuwählen.

Aber hier ist auch Skepsis angebracht, denn die Begehrlichkeiten auf Länderebene sind groß, und die von der Bundesregierung in den Blick genommene Anzahl von fünf Projekten ist doch sehr klein. Erst kürzlich hat das Verkehrsministerium dem weiteren vierspürigen Ausbau der B 50 in Rheinland-Pfalz zum Beispiel - das ist dort eine ebenfalls elementar notwendige Infrastrukturmaßnahme, wie meine Kollegen aus Mainz mir erzählen - den Status eines Pilotprojekts verweigert. So einfach ist es also nicht, ein Antrag wird da nicht reichen.

Gleichwohl ist es natürlich berechtigt, für den zweigleisigen Ausbau der Marschbahn auch diesen Versuch zu wagen, weshalb wir dem vorliegenden Antrag der Regierungsfractionen gern zustimmen. Der gerade eben erst vorgelegte Alternativantrag der SPD-Fraktion bedarf aus unserer Sicht der weiteren Beratung im Ausschuss, allein schon deshalb, weil er, so glaube ich, drei Minuten vor Sitzungsbeginn eingereicht wurde. Das fanden wir doch ziemlich sportlich.

(Christopher Vogt [FDP]: So sind sie!)

Deswegen wollen wir ihn gern weiter beraten. Dann schauen wir einmal, wie tragfähig er ist.

Zum Antrag der SPD-Fraktion zur S 4: Auch dagegen ist im Prinzip nichts zu sagen. Ein erneutes Bekenntnis zu einem zügigen Ausbau der S 4 - dagegen kann niemand etwas haben. Ich glaube, das ist Konsens. Allerdings fällt uns auch auf, dass sich der Beschlusstext weniger mit der S 4 spezifisch als vielmehr mit einer grundsätzlichen Beschleunigung länderübergreifender Schienenverkehrsprojekte beschäftigt, die auf Bundesebene gefördert werden soll. Gegen solche Gespräche mit Sondierungscharakter hat auch niemand etwas. Insofern kann man dem auch zustimmen.

Die AfD - das nur zum Abschluss - befürwortet grundsätzlich eine Verkehrspolitik, die auf Vielseitigkeit setzt. Hierzu zählen wir besonders die konsequente Weiterentwicklung von Regio-S-Bahn-Verbindungen. Davon können wir alle profitieren. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Kollege Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich will hier und heute gar nicht groß auf die Probleme bezüglich der Marschbahn eingehen, denn die sind uns hinlänglich und erschöpfend bekannt. Wir sind uns fraktionsübergreifend einig, dass so schnell wie möglich die desolade Situation auf der Strecke behoben werden muss - und die Liste ist, weiß Gott, lang. Trotz aller Zusagen vonseiten der Bahn ist jedoch keine spürbare Verbesserung zu verzeichnen. Da ist auch der Einsatz eines Doppelstockwagens nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das ist unterm Strich das Ergebnis des zweiten Marschbahn-Gipfels in Niebüll.

Die von der DB-Netz bekannt gegebene Investition in die Infrastruktur der Strecke in Höhe von 160 Millionen € begrüßen wir sehr. Ich möchte aber auch feststellen, dass dies eine dringende Notwendigkeit ist. Auf dem Gipfel wurde noch einmal deutlich, dass der zweigleisige Ausbau der Strecke Niebüll-Klanxbüll durchaus zur Verbesserung beitragen kann. Die teilweise bestehende Eingleisigkeit und hohe Zugdichte auf der Strecke sind zum Teil schuld an den Ausfällen und Verspätungen. Daher ist die Forderung nach der Zweigleisigkeit auf der Strecke auch nicht neu. Wir als SSW haben uns immer dafür ausgesprochen.

An dieser Forderung halten wir weiterhin fest, jedoch möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht unproblematisch ist, denn eine solche Baumaßnahme wird sich über Jahre hinziehen, und sie wird den bestehenden Zugverkehr in der Bauphase extrem verlangsamen. Das geht wieder zulasten der Pendler. Aber langfristig wird der zweigleisige Ausbau zu einer Verbesserung führen, denn auf gerade diesem Abschnitt kann dann Zeit eingefahren werden, die zurzeit auf der Insel verloren geht.

Der zweigleisige Ausbau auf der Strecke Niebüll-Klanxbüll, der bisher nur ein Wunschgedanke war, soll nach Auffassung von Jamaika nun mit Leben gefüllt werden. Das Zaubermittel dafür heißt Legalplanung. Im vorliegenden Antrag der Koalition wird die Landesregierung gebeten, diese Baumaßnahme als eines der Pilotprojekte bei der Bundesregierung anzumelden, für die Baurecht durch Maßnahmengesetze erprobt werden soll.

Wir wissen, dass Planfeststellungsverfahren aufgrund ihrer Komplexität mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden sind. Klagemöglichkeiten können das gesamte Verfahren dann noch zusätzlich hinauszögern. Mit dem Instrument der Legal-

planung ist beabsichtigt, dem Bundesgesetzgeber die Befugnis zu erteilen, über planfeststellungsbedürftige Vorhaben zu entscheiden und diese dann per Gesetz rechtskräftig umzusetzen. Das dänische Genehmigungsmodell für große, bedeutsame Infrastrukturprojekte hat hier einen gewissen Vorbildcharakter.

Das Bundesverfassungsgericht hat bei der Anwendung dieses Instruments hohe Hürden eingezogen, sodass nicht automatisch davon auszugehen ist, dass dieser Weg beschritten werden kann. Nichtsdestotrotz unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bestreben, den zweigleisigen Ausbau auf der Marschbahn auf diesem Weg voranzubringen. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode haben wir einen Antrag eingebracht, der genau dieses Ziel verfolgte, Planungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen zu vereinfachen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Leider wurde unser Antrag hier mehrheitlich abgelehnt. Das ist bedauerlich, aber ich habe den Koalitionsvertrag der GroKo gelesen, und ich stelle fest, dass neben den fünf Pilotprojekten, die durch Maßnahmengesetze erprobt werden sollen, in der entsprechenden Passage weiter geschrieben steht, dass ein Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz verabschiedet werden soll, um auch Verkehrsinfrastrukturprojekte schneller planen und bauen zu können. Ein solcher Gesetzentwurf liegt bereits vor und befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. Es bleibt nun abzuwarten, was von dem Entwurf übrig bleibt.

Nichtsdestotrotz stelle ich für den SSW fest, dass wir mit unserem Antrag seinerzeit gar nicht so verkehrt lagen, denn es gibt genügend Möglichkeiten, wie sich zeigt, die Planung zu beschleunigen. Man muss nur den ehrlichen Willen dazu haben.

Jetzt noch ganz kurz eine persönliche Bemerkung. Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich damit immer sehr zurückhaltend bin. Der Kollege Kilian hatte vorhin bemängelt oder kritisiert, dass hier sogar Minister persönlich verunglimpft würden. Das ist natürlich nicht in Ordnung, aber ich möchte einmal darauf hinweisen, wie in der letzten Legislaturperiode Minister Meyer hier in diesem Haus oft bezeichnet wurde:

(Beifall Birte Pauls [SPD])

als Minister Kann-Nichts, Taugt-Nichts, Doppelt-nullminister. Dass so etwas behauptet wurde, ist das eine, aber ich weiß noch genau, wer hier jubelnd

(Flemming Meyer)

dazu Beifall geklatscht hat. Ich denke, das sollte man immer im Hinterkopf haben. - Jo tak!

(Beifall SSW, SPD und Marlies Fritzen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Wir kommen nun zu den Kurzbeiträgen. Da hat sich zunächst Herr Abgeordneter Vogel gemeldet, der jetzt das Wort erhält.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Minister, wenn ich mit der Bezeichnung „Gelber Rambo“ über das Ziel hinausgeschossen sein sollte, tut es mir wirklich leid. Ich hatte Sie da wahrlich nicht als so dünnhäutig eingeschätzt.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Ja, aber es ist gerade von Ihnen gekommen, dass man sagte: So nun definitiv nicht!

(Christopher Vogt [FDP]: Was? Von mir?)

Zum Thema S 4. Werter Kollege Kilian, die Frage ist: Wer macht sich in dem Moment eigentlich klein? Mein Eindruck ist: Sie machen sich mit diesem Antrag klein, weil Sie einzig und allein sagen, der Landtag finde es gut, dass das Projekt kommt, und begrüßt, dass die Planungen hoffentlich schnell auf den Weg gebracht werden. Warum sollen wir nicht die Chance nutzen, diejenigen, die uns dort unterstützen können, mit ins Boot zu nehmen? In Ihrem Antrag steht weder der Begriff Landesregierung, noch Bundestagsabgeordnete oder Bundesregierung, sondern einzig und allein der Landtag ist da erwähnt:

„Der Landtag bekennt sich daher zum zügigen Ausbau der S 4 (Ost) und begrüßt, dass sich das Projekt bereits in der Planfeststellung befindet.“

Sie stellen da nur fest, was schon ist. Sie können gern gleich eine Frage stellen. Die zukünftige S 4 ist ein wichtiges Verkehrsinfrastrukturprojekt zur besseren Verbindung von Hamburg und Schleswig-Holstein. Und dann heißt es: Der Landtag bekennt sich zum zügigen Ausbau.

Was da in irgendeiner Art und Weise zur Beschleunigung dessen passiert, kann ich nicht ermessen. Unser Antrag zielt einzig und allein darauf ab, dass wir sagen, wir erkennen an, dass wir das alle gut

finden. Das haben wir schon mehrfach bekundet. Jetzt lasst uns doch die Chance nutzen, die uns dieser Passus im Koalitionsvertrag des Bundes bietet, diejenigen, die diese Sache nach unserem Empfinden noch nicht genügend angeschoben haben, jetzt darauf hinzuweisen und zu sagen: Bitte setzt euch dafür ein. Wenn wir das tun, dann ist das toll. Wenn uns die Bundestagsabgeordneten unterstützen, dann ist das toll, und wenn die Bundesregierung das macht, dann ist das auch toll. Wenn die Landesregierung uns hier auch noch unterstützt, dann kriegen wir die S 4. Ich glaube, vier Partner bewirken hier deutlich mehr als der eine, den Sie hier nur benennen.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Vogel, gestatten Sie zunächst eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Kilian?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern.

Lukas Kilian [CDU]: Das ist eine Zwischenbemerkung. Ich weiß nicht, ob Ihnen aufgefallen ist, dass ich in meiner Rede durchaus auch auf den Bezug zu Bundestagsabgeordneten eingegangen bin. Ich habe nur gesagt, dass der Landtag sich kleinmacht, wenn der Landtag insgesamt Bundestagsabgeordnete bittet.

Ich habe auch auf dies hingewiesen: Ich glaube, in der CDU-Fraktion sind wir zu 100 % mit den Handy-Nummern unserer Bundestagsabgeordneten versorgt, und wir bitten sie regelmäßig und inständig, sich auch für schleswig-holsteinische Verkehrsprojekte einzusetzen. Das ist schon längst geschehen.

- Wenn ich mich dann schriftlich noch dazu bekenne, dass es sinnvoll ist, die Bundestagsabgeordneten einzubinden, dann mache ich mich klein? - Ich muss sagen, mein pädagogischer Blickwinkel ist da ein anderer als Ihr juristischer. Das wissen wir, das haben wir schon mehrfach festgestellt. Mein Eindruck ist aber, dass manchmal klare Texte wie: Du, Bundestagsabgeordneter, hilf uns bitte, du, Bundesregierung, hilf uns bitte, du, Landesregierung, hilf uns bitte, bewirken, dass alle wissen, woran sie sind. So leid es mir tut, bei Ihrem Geschwafel ist das ein bisschen schwer herauszulesen.

(Kai Vogel)

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Vogel, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich glaube, das ist kein Geschwafel, denn das, was wir aufschreiben, unterstützen Sie hoffentlich. Es würde mich wundern, wenn Sie nicht dieser Auffassung sind. Wenn das so ist, dann müssten Sie das noch einmal herausarbeiten.

Ich habe mich aber aus einem anderen Grund gemeldet: Wenn wir dies mit Mehrheit des Hauses beschließen, dann würde es mich schon verwundern, wenn die Landesregierung sich nicht einem Beschluss der Mehrheit dieses Hauses verpflichtet fühlte. Wenn sie das nicht täte, dann würde sie gegen das Parlament arbeiten. Deshalb empfinde ich den Zusatz, dass die Landesregierung extra aufgefordert werden muss, als doppelt gemoppelt. Es reicht doch, wenn wir das beschließen. Damit haben wir den Auftrag erteilt.

- Werter Kollege Tietze, wie häufig haben wir hier schon Resolutionen zu anderen Verkehrsthemen besprochen? - Mögen Sie mir zuhören? - Wie oft haben wir hier schon Resolutionen zu anderen Verkehrsthemen beschlossen? Dabei ging es um zügigere Planungen im Zusammenhang mit der festen Fehmarnbelt-Querung, unabhängig davon, wie man dazu steht. Da ging es um zügige Planung und Umsetzung, und Sie wissen, ich stehe für die feste Fehmarnbelt-Querung. Einige Ihrer Koalitionspartner sind da etwas zurückhaltend. Da ging es um zügige Planung und Realisierung des Nord-Ostsee-Kanals. Ob das am Ende geholfen hat, wissen wir nicht. Geschadet hat es aber definitiv nicht.

Entschuldigung, das Wort „Geschwafel“ war nicht angemessen. Wir werden diese beiden Sätze stützen, aber da steht einzig und allein drin: Wir halten das Projekt aus dem Antrag für wichtig. Dann steht da: Der Landtag bekennt sich zum zügigen Ausbau der S 4. Die Tatsache, dass wir uns zum zügigen Ausbau bekennen, heißt für mich nicht zwingend,

dass damit ein weiteres Handeln einhergeht. Dann kann ich auch nach Hause gehen und sagen: Wir haben uns für den zügigen Ausbau der S 4 eingesetzt. Da haben wir uns ja mal richtig auf den Weg gemacht.

Unser Antrag beinhaltet, abgesehen davon, dass wir natürlich dazu stehen, die Bitte: Sprecht die Bundestagsabgeordneten an, die das sicherlich deutlich schneller auf den Weg bringen können. Bitte spricht die Bundesregierung an, bitte spricht die Landesregierung an. Auch wenn ich mich jetzt zum dritten oder vierten Mal wiederhole: Ich kann nicht erkennen, was man gegen diesen Antrag haben kann. Insofern bitte ich um Zustimmung, auch wenn wir Ihrem Antrag zustimmen.

Jetzt habe ich die Fragen abgearbeitet, ich habe noch eine Minute Zeit. Ich komme noch einmal zu der Frage: Ist der Minister der Bahn gegenüber angemessen aufgetreten oder definitiv nicht? Ich bin wahrlich nicht bei allen Gesprächen dabei gewesen. Im Übrigen war ich zu den Gesprächen des Bahngipfels gar nicht eingeladen.

(Zurufe)

Nichtsdestotrotz: Bei der gemeinsamen Wirtschaftsausschusssitzung haben wir alle mitbekommen, wie der Minister pauschal gegenüber der Bahn Druck gemacht hat, dass die Bahn doch bitte schneller reagieren möge. Es werden nicht direkt zum Beispiel der Aufsichtsratsvorsitzende oder der Regionalbeauftragte genannt, sondern das ist eine pauschale Schelte gegen die Bahn. Jeder, der bei der Bahn beschäftigt ist, fühlt sich als Teil dieser Bahn. Als gestern eine pauschale Schelte gegenüber dem Landtag ausgesprochen wurde, haben Sie sich auch angesprochen gefühlt und nicht den Eindruck gehabt: Okay, es ist nur ein Teil angesprochen worden, der andere Teil nicht.

Um das geht es mir hier einzig und allein, nämlich um eine pauschale Schelte gegen die Bahn, die ausgesprochen wurde. „Hamburger Abendblatt“: Der Minister droht mit der Abmahnung wegen schlechter Leistungen wie Zugausfällen oder Verspätungen der Bahn. „Kieler Nachrichten“: Minister droht der Bahn. Überschrift nach dem Bahngipfel: Minister wettet gegen die DB Regio.

Sprechen Sie doch einmal mit den Bahnbediensteten, und dabei meine ich nicht die Vorstandsvorsitzenden in Berlin, sondern sprechen Sie mit den Zugbegleitern darüber, was für ein bescheidenes Gefühl die teilweise haben, weil sie wissen, dass sie für alles, was im Augenblick bei der Bahn passiert, wenn es zum Beispiel zu Zugausfällen oder Sonsti-

(Kai Vogel)

gem kommt, ständig gegen das Schienbein getreten werden.

Herr Minister, da haben Sie auch eine gewisse Vorbildfunktion. In dem Moment, in dem Sie sich pauschal kritisch gegenüber der Bahn äußern, nimmt der Bürger für sich den Eindruck mit: Okay, selbst die Landesregierung sagt, das, was die Bahn macht, ist nicht in Ordnung. Dann dürfen wir auch auf diese Art und Weise mit den Bahnbediensteten umgehen. - Das haben diese definitiv nicht verdient.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Vogel, schauen Sie bitte auf die Zeit. - Vielen Dank. - Dann hat jetzt das Wort der Kollege Habersaat aus der SPD-Fraktion.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Kollegen Kilian habe ich gemein, dass meine überregionale politische Karriere vor vielen Jahren im Verkehrsausschuss des Kreises Stormarn begann, meine begann allerdings noch einen Tick vorher, glaube ich.

(Lukas Kilian [CDU]: Aber kein Vorsitzender geworden! - Beifall FDP)

- Ich bin nie Vorsitzender geworden. Deswegen äußere ich mich jetzt auch nicht als Verkehrspolitiker. Wir haben außerdem gemeinsam, dass wir aus Stormarn kommen. Trotzdem möchte ich nichts zur S 4 sagen, sondern ich stehe im Moment hier als Freund des Faktenchecks.

Ich finde, das war heute einmal zu viel. Kollegin Fritzen hat heute Vormittag gesagt, in Mecklenburg-Vorpommern habe die Landesregierung den Landwirten helfen können, weil die Sommerferien früher geendet hätten als in Schleswig-Holstein. Ein kurzer Faktencheck ergibt, dass die Ferien in Mecklenburg-Vorpommern schon am 18. August 2018 endeten, und in Schleswig-Holstein erst am 18. August 2018. Das war das eine.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das lag wahrscheinlich daran, dass Sie die monatelangen Abschiedsfeierlichkeiten für Robert Habeck wie Urlaub empfunden haben.

Jetzt aber stellt sich der Kollege Arp hier hin und sagt, er sei nie gegen einen sechsspurigen Ausbau der Rader Hochbrücke gewesen. Herr Arp, ich weiß

nicht, ob sie gerade draußen waren, um sich bei Herrn Meyer für Ihre vielen Bemerkungen und Zwischenrufe zu entschuldigen. Ich habe exemplarisch aus vielen möglichen einen Artikel aus der „sh:z“ vom 2. Februar 2017 herausgesucht:

„Die Opposition im Landtag hat den Vorstoß vom Kieler Verkehrsminister Reinhard Meyer für einen sechs- statt nur vierspurigen Neubau der Rader Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg scharf kritisiert. Meyers Forderung sei ‚unverantwortlich‘, weil sie den Zeitplan für das Ersetzen der nur noch neun Jahre haltenden Autobahnbrücke gefährde, schimpfte CDU-Politiker Hans-Jörn Arp und warnte: ‚Die Planung von zwei zusätzlichen Spuren würde das Projekt um Jahre zurückwerfen.‘“

Herr Arp, wenn Sie sich nicht eben schon bei Herrn Meyer entschuldigt haben, vielleicht tun Sie es jetzt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun der Abgeordnete Arp aus der CDU-Fraktion.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, dazu stehe ich auch. Herr Kollege, Sie haben eines ausgelassen: Das große Problem der Dänen ist auch heute noch, dass wir keine Zeit verlieren dürfen. Die Dänen und der ganze Nordteil Schleswig-Holsteins hängen von der Rader Hochbrücke ab. Wir sind das Risiko eingegangen, dass wir sagen, ja, es kann unter Umständen zwei Jahre länger dauern. Dieses Risiko hat der Minister aufgehoben, indem er sagt: Es gibt keine Zeitverzögerung. Das war der Grund.

Wenn es keine Zeitverzögerung gibt, dann Ja zu einem sechsspurigen Ausbau. Aber mit einer Zeitverzögerung von zwei Jahren hätte ich weiter für die Vierspurigkeit plädiert. Das ist der Unterschied. Den haben Sie ausgelassen. Sie müssen vollständig zitieren, sonst ist das nicht vollständig. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Deshalb erteile ich nun dem Minister für

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Wirtschaft, Verkehr und Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

(Zurufe)

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie zwei Vorbemerkungen: Meine Dünnhäutigkeit ist begrenzt, Herr Vogel. Ich kann mit dem Titel „gelber Rambo“ gegenüber der Deutschen Bahn gut leben.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lieber Herr Vogel, das ist vor allem deshalb so, weil die Behauptung, die Sie dahinter aufstellen, nämlich dass die Pendlerinnen und Pendler auf der Marschbahnstrecke zwischen Niebüll und Westerland sich alleingelassen fühlen, falsch ist. Das hätten Sie erleben können, wenn Sie in der letzten Woche dabei gewesen wären. In Niebüll waren übrigens alle eingeladen, das war eine öffentliche Veranstaltung.

Wenn Sie dabei gewesen wären, wenn Sie da hin gekommen wären, weil Sie ja so interessiert an dem sind, was da vor sich geht, hätten Sie bemerkt, dass dort 400 Menschen im Saal sitzen, die das Gefühl haben, dass sie endlich von einem Landesvertreter, der gegenüber den Verantwortlichen bei der Deutschen Bahn Druck in der Sache macht, ernstgenommen werden. Da fühlt sich keiner alleingelassen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Zu der zweiten Vorbemerkung veranlasst mich eine möglicherweise missverständlich aufgenommene Äußerung des Kollegen Richert, die ich hier gern klarstellen möchte. 2.500 Straßenbrücken in Schleswig-Holstein werden kontinuierlich überprüft, sie werden in Kategorien eingeteilt, die auch die Bezeichnung „mangelhaft“ oder „nicht ausreichend“ haben kann. Keine der Brücken in Schleswig-Holstein hat Tragfähigkeits- oder Standfestigkeitsschwierigkeiten. Alle diese Kategorien haben damit zu tun, dass man in der Bewertung möglicherweise wegen fehlerhafter Brückengeländer oder anderer Mängel eine entsprechende Einstufung vorgenommen hat. Aber die Tragfähigkeit der Brücken in Schleswig-Holstein ist selbstverständlich auf allen Brücken, die befahrbar sind, gegeben. Das gilt insbesondere auch für die Rader Hochbrücke, damit da nichts stehenbleibt, was missverstanden werden könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Marschbahn hat uns oft beschäftigt. Man muss dazu keine langen Ausführungen mehr machen, man muss aber analysieren, woran das jetzt tatsächlich liegt. In der Tat haben wir ein großes Infrastrukturproblem, das zunächst damit zu tun hat, dass die Gleise, dass der Schienenkörper, dass die Entwässerung, dass die Weichen, dass all das über 20 Jahre offenbar nicht richtig instand gehalten worden ist und dass daran etwas getan werden muss.

Mit dem Druck, den wir, Herr Kollege Vogel, auf die Deutsche Bahn ausgeübt haben, ist nicht das Personal auf der Strecke gemeint.

(Zuruf Kai Vogel [SPD])

- Herr Vogel, jetzt müssen Sie freundlicherwise zuhören. Wie man auf die Idee kommen kann, dass ich, wenn ich davon spreche, die Deutsche Bahn unter Druck zu setzen, den Mitarbeiter oder den Zugbegleiter oder den Lokführer meinen könnte, erschließt sich offenbar nur Ihnen. In Niebüll hat das keiner der 400 Menschen so verstanden, ganz im Gegenteil. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahn, die auch dort anwesend waren, nutzen teilweise die Pendlerinitiative dazu, um ihre Anliegen mitzuteilen, da auch sie mit dem, was die DB macht, nicht zufrieden sind.

Meine Damen und Herren, niemand hat irgendeinen Zugbegleiter gemeint. Druck ist wichtig, denn ansonsten müsste ich, wenn ich sage, die Deutsche Bahn muss mehr unter Druck geraten, genau ausführen, wer jetzt gemeint ist. Ist es die DB Station & Service? Ist DB Netz, DB Regio, DB Energie, DB wer auch immer verantwortlich? - Es ist jedenfalls nicht der Zugbegleiter oder der Lokführer. Meine Damen und Herren, das ist ja gerade das Problem. In Berlin gibt es eine kollektive Unverantwortlichkeit, weil das Spiel zwischen den unterschiedlichen Themen immer wieder hin und her gelenkt wird.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An einer Stelle hat unser Druck jedenfalls etwas Positives bewirkt. Herr Flemming Meyer hat das gerade gesagt. Die DB Netz jedenfalls hat den Schuss gehört und eingesehen, dass sie jetzt etwas tun muss und dass sie es jetzt schnell tun muss. Zwischen 2019 und 2022 wird sie nicht etwa wie vorgesehen ein bisschen Geld - und das gestreckt über zehn Jahre - investieren, sondern sie wird 160 Millionen € in die Hand nehmen, um die Infrastruktur auf der Strecke wieder in einen guten Zustand zu bekommen.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Zuruf SPD: Viel Spaß!)

Das finde ich von der DB Netz sehr löblich, weil sie die einzige Organisation im DB-Konzern ist, die offensichtlich verstanden hat, dass es einen Aktionsplan braucht, der auch umgesetzt werden will.

Wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, lieber Herr Vogel, dass dieses bitte zu koordinieren wäre, indem mit der DB Regio nun ein Bauzeitplan festzulegen und umzusetzen ist, kann ich Ihnen nur entgegenkommen, dass dies gerade stattfindet. Wenn Sie auf der Insel oder in den Gebieten dort unterwegs wären, wüssten Sie, dass die DB Netz gerade an diesen Tagen mit den Pendlerinnen und Pendlern vor Ort, mit den Kaufleuten auf Sylt und allen beteiligten Tourismusverantwortlichen in Gespräche eingestiegen ist, wann genau die Baumaßnahme auf dieser Strecke stattfinden soll. Insoweit ist Ihr Antrag an dieser Stelle überflüssig.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Zweite allerdings, und das bereitet mir viel größeres Kopfzerbrechen, ist die Tatsache, dass die für das Verkehrsunternehmen verantwortliche DB Regio auf der Strecke weder mit einem vernünftigen und personell ausreichend ausgestatteten Instandhaltungs- und Wartungskonzept noch mit hinreichender Personalausstattung für die Züge unterwegs ist. Nach wie vor kommt es zu Zugausfällen auf der Strecke, wenn sich morgens ein Lokführer oder ein anderer Mitarbeiter der DB Regio krankmeldet.

(Zuruf Beate Raudies [SPD]: Aber nicht nur bei der DB!)

- Nicht nur bei der DB. Unabhängig davon ist dies ein untragbarer Zustand. Das ist nicht tragbar, weder bei der Nordbahn, noch bei der DB Regio. Das Schlimme daran ist, meine Damen und Herren, dass sich dies in Schleswig-Holstein ausweiten wird, wie ich es einer Information, die mich heute Morgen erreichte, entnehmen konnte. Zum ersten Mal werden wir auch in einem anderen Netz Einschränkungen im Verkehr haben, nämlich im Netz Ost, weil heute Abend die DB Regio erklären wird, dass mangels Lokführerpersonal im Netz Ost bestimmte Verkehre zu Nachtzeiten nicht mehr gefahren werden können, sondern auf Schienenersatzverkehr umgestellt werden muss. Das ist inakzeptabel. Da erwarte ich eine geschlossene Antwort des Hauses auf das Verhalten derjenigen,

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

die sich per Vertrag verpflichtet haben, eine bestimmte Verkehrsleistung zu erbringen, und jetzt einfach sagen: Wir sind dazu nicht in der Lage, wir haben nicht so viel Personal. - Das ist nicht zu akzeptieren. Hier muss in der Tat die Geschlossenheit des gesamten Hauses dafür sorgen, dass wir die DB Regio und andere, die als Verkehrsunternehmer im Lande unterwegs sind, in die Pflicht nehmen können.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Das Dritte, meine Damen und Herren, ist, dass auf der Marschbahn das Problem nicht gelöst ist, wenn man mit den 160 Millionen € den Strukturstandard herstellt, den man eigentlich haben müsste. Wir brauchen vielmehr die Zweigleisigkeit des Ausbaus. Zur Zweigleisigkeit des Ausbaus ist der nächste wichtige Schritt die Hochstufung in den vorrangigen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan. Mit dieser Entscheidung rechne ich innerhalb der nächsten fünf, sechs Wochen. Wenn uns das als nächster Schritt gelingt, ist ein wichtiger Schritt gemacht.

Ich finde es sehr interessant und bin dafür sehr dankbar, dass alle beteiligten Fraktionen dieses Hauses gesagt haben: Wir alle befürworten, dass alles versucht wird, um dies gegebenenfalls im Wege eines Maßnahmengesetzes, im Wege einer Legalplanung zu probieren.

Dieses sollten wir im Ausschuss noch einmal kritisch abwägen, da es durchaus Risiken birgt. Ein solches Maßnahmengesetz aus Berlin hat auch juristische Risiken; denn das Bundesverfassungsgerichts hat im Zusammenhang mit der „Stendal-Entscheidung“ einmal gesagt: Das darf nur in ganz besonders begründeten Ausnahmefällen stattfinden.

Es ist ein Eingriff in die Gewaltenteilung, weil es ein Planfeststellungsverfahren der öffentlichen Verwaltung durch ein Gesetzgebungsverfahren ersetzt. Deshalb haben wir damals den Antrag des SSW freundlicherweise mit großer Vorsicht abgelehnt, weil wir der Auffassung waren, dass dies verfassungsrechtlich in Deutschland schwierig ist. Wir begeben uns damit auch auf ein Stückchen Risikofahrt. Ich sage das hier ganz bewusst. Wir können dadurch Geschwindigkeit aufnehmen, gehen aber auch ein Risiko ein, juristisch gestoppt zu werden, weil dieses Verfahren in Deutschland gegebenen-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

falls so nicht zulässig ist. Das sollten wir noch einmal gemeinsam abwägen. Ich bin für die Unterstützung durch weite Teile des Hauses dankbar, falls wir diesen Weg trotzdem gehen sollten, auch vor dem Hintergrund des Risikos.

Obwohl ich jetzt schon viel zu lange rede, wie man mir hier wunderbar anzeigt, muss ich, bevor ich mich noch kurz zur S 4 äußere, noch etwas zum Thema Marschbahn sagen. Lieber Kollege Vogel, an einer Stelle haben Sie immer noch nicht verstanden, was eigentlich in der letzten Debatte stattgefunden hat. Sie haben einseitig die Erhöhung der Entschädigungszahlungen gefordert. Eine Erhöhung des Sondermalus haben Sie gerade nicht beantragt, und genau darum ging es in der Debatte. Es geht eben nicht alleine um die Erhöhung der Entschädigung. Das ist ein symbolischer Betrag, da machen wir uns nichts vor. Selbst wenn ich 100 € im Monat zahle, ist das keine Entschädigung für die Lebenszeit, die Sie auf der Marschbahnstrecke vergeuden. Diese Zeit kann ich Ihnen auf diese Art und Weise nie entschädigen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ging darum, dass der Druck erhöht werden muss, wenn es um den Sondermalus geht. Wenn Sie jetzt in Ihrem Antrag einen Sondermalus von 500.000 € fordern, ist dies ehrlicherweise ganz nett, man darf jedoch nicht willkürlich handeln, sondern muss auch dann, wenn sich die Situation der Verkehre verbessert, auf Dinge zurückkommen, die angemessen erscheinen.

Noch einige wenige kurze Worte zur S 4: Ich bedanke mich dafür, dass dieses Haus gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg einig ist, dass wir dieses Projekt wollen, dass wir es zügig wollen und es nun schnell vorangehen muss. Ich habe mit Interesse Ihren Antrag gelesen. Im Koalitionsvertrag heißt es, dass wir ein Instrumentarium entwickeln wollen, mit dem wir gemeinsam mit dem Aufgabenträger überregionale Schienenprojekte von besonderer Bedeutung beschleunigt realisieren können. Gemeint sind in der Tat genau diese Mischprojekte aus Fern- und Nahverkehr.

Allerdings, lieber Herr Vogel, habe ich gedacht, dass im Planungsbeschleunigungsgesetz des Bundes ein solcher Passus zur Planungsbeschleunigung stehen würde. Das steht dort aber nicht. Das bringt mich zu etwas anderem. Könnte damit möglicherweise gemeint sein, dass auch bei den Finanzierungsfragen solcher Projekte neue Wege gegangen werden sollen?

Das fände ich gut; denn das ist eines der größten Probleme der S 4. Wir haben es nämlich mit einem Projekt zu tun, bei dem die Fernverkehre - durch die Fehmarnbelt-Querung angelegt - etwas auslösen, was zur Verstopfung des Knotens Hamburg führt. Parallel dazu ist eine S 4 immer auch ein Nahverkehrsprojekt. In dieser Mischfinanzierung ist kein richtiges Finanzierungsinstrumentarium vorhanden, um zu sagen: Jawohl, da gehen wir als Bund gezielt rein und können gegebenenfalls mit mehr als 65 % des Bundes-GVFG die Gesamtmaßnahme anders fördern. - Hoffentlich, lieber Herr Vogel, war das gemeint.

Dann allerdings haben Sie die besten Chancen, wirklich etwas beizutragen; denn der Finanzminister in Berlin heißt Scholz und kommt aus der SPD. Wenn der jetzt sagt „Diesen Passus verstehe ich jetzt so, dass genau solche Mischfinanzierungsprojekte von uns mit anderer Finanzierungsform mutig in Angriff genommen werden“, dann würden wir bei der S 4 einen richtigen Schritt nach vorne machen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogel?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr gern.

Kai Vogel [SPD]: Herr Minister, ich gebe Ihnen recht, dass dieser Passus durchaus vielfältig zu verstehen ist. Wenn es so sein sollte, dass Herr Bundesfinanzminister Scholz damit gemeint ist, werden wir sicherlich unseren Einfluss geltend machen.

Der Antrag, den wir formuliert haben, bezog sich aber darauf, dass die Landesregierung und die Bundestagsabgeordneten zumindest helfend in diesen Prozess eingebunden werden.

Haben Sie den Eindruck gewonnen, dass es schaden würde und wir uns als Landtag kleinmachen, wenn wir Sie, Herr Minister, bitten, dieses Anliegen in genau der Art und Weise, wie Sie es eben mit Verve getan haben, den entsprechenden Ministerien und den Bundestagsabgeordneten gegenüber so zu äußern und sich die Bundestagsabgeordneten in ähnlicher Art und Weise ähnlich stark für

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

dieses Projekt einsetzen? Haben Sie den Eindruck, dass das weniger helfen würde? Und stützen Sie damit die Aussage des Kollegen Kilian, der gesagt hat, wir würden uns eigentlich kleinmachen, wenn wir Sie und die Bundestagsabgeordneten bitten?

- Herr Vogel, ich habe immer dann den Eindruck, dass wir am meisten für das Land bewirken, wenn wir in möglichst großer Übereinstimmung in diesem Hause Dinge vorantreiben. Ihre heutige Rede war so nicht angelegt.

(Beifall FDP und CDU)

Deshalb verstehe ich den Kollegen Kilian gut, der an der Stelle sagt: „Leute, hat sich der Kollege Vogel damit auseinandergesetzt, dass wir bei der S 4 in drei Planungsabschnitten doch schon mitten im Planfeststellungsverfahren sind?“ Wenn wir auf das Verfahren warten, das man gegebenenfalls im Bund neu aufsetzt, dann müssten wir das Planfeststellungsverfahren komplett neu aufrollen. Ich glaube, das haben Sie nicht gemeint.

Wenn wir jetzt alle positiv darangehen und wenn wir uns alle wechselseitig im Ausschuss noch einmal fest in die Augen gucken und sagen: Wir wollen doch all diese Projekte, wir wollen die Verbesserung dieser Projekte, wir wollen die Beschleunigung dieser Projekte, dann finde ich Ihren Antrag nicht schädlich; dann lassen Sie uns daraus etwas zusammenpacken. Aber dann lassen Sie uns bitte auch gemeinsam nicht so eine Nummer abfahren, die heißt: Wir als Opposition nehmen uns immer wieder den Verkehrsminister vor das Brett, obwohl er eigentlich genau das macht, was wir beim letzten Mal beantragt haben. - Das ist dann auch nicht so richtig redlich.

Ich komme zum Schluss.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Minister, bevor Sie zum Schluss kommen, gibt es noch eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Kollegen Vogel. Lassen Sie diese noch zu?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Bitte, gern.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Buchholz. - Die Tatsache, dass die S 4 und die Marschbahn gemeinsam innerhalb eines Tagesordnungspunktes behandelt werden, liegt

wahrlich nicht an mir und liegt nicht an Ihnen, sondern das haben andere zu verantworten.

Dass ich in Bezug auf die Marschbahn am Ende nicht nur Lob aussprechen kann, ich glaube, das können Sie nachvollziehen. Aber ich meine, man muss als guter Parlamentarier auch in der Lage sein - das sind Sie ja auch - zu differenzieren und zu sagen: Der eine Antrag macht wirklich Sinn und kann uns gegebenenfalls gemeinsam weiterbringen. Ich habe zumindest mitgenommen, dass der Antrag zu S 4 wahrlich nicht schaden würde, wie suggeriert wurde, sondern durchaus helfen würde. - Vielen Dank.

- Lieber Herr Vogel, ich versuche immer, das Beste auch aus Ihren Anträgen zu machen.

(Heiterkeit Volker Schnurrbusch [AfD])

Aber wie gesagt: Wenn damit gemeint ist, dass wir im Hinblick auf eine Finanzierungsvereinbarung für die S 4 jetzt mit Ihrer Unterstützung noch mehr Einigkeit herstellen, dann wäre das gut.

Obwohl meine Zeit bereits deutlich überschritten ist, darf ich in diesem Hohen Haus ja wohl auch noch Folgendes sagen: In Berlin wird zurzeit immer noch eine Knotenstudie für Hamburg, die für die S 4 ausschlaggebend ist, untersucht mit dem Impetus, dass dort die Güterverkehre runtergerechnet werden für diesen Teilabschnitt zwischen Lübeck und Hamburg, indem man annimmt, dass viele Güterverkehre über eine Strecke Lübeck-Lauenburg, also über Büchen, eingleisig nicht elektrifiziert durch ein Naturschutzgebiet geführt werden würden. Wenn wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass ein solcher Unsinn nicht zum Maßstab der Planungen wird, sondern dass man mit realistischen Annahmen endlich auch schnell zu einer gemeinsamen und vernünftigen Finanzierung der S 4 kommt, dann bekommen wir das Projekt in absehbarer Zeit auch durch. Es wäre gut für die Menschen in Stormarn, das wäre gut für die Menschen in Lübeck, das wäre gut für alle Menschen in Schleswig-Holstein, wenn es zu einem erfolgreichen Weiterführen des Projektes S 4 käme. Daran arbeiten wir, daran arbeite ich. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Der Minister hat es bereits angekündigt: Er hat seine Redezeit um 6 Minuten und 40 Sekunden über-

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

schritten. Aber wohlgermerkt, bei den Antworten auf die Zwischenbemerkungen wurde seine Zeit gestoppt. Ich frage, ob es Fraktionen gibt, die von diesem zusätzlichen Redezeitkontingent Gebrauch machen möchten. - Das sehe ich nicht, dann schließe ich die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung, für die ich um Ihre Konzentration bitte, weil es unterschiedliche Verfahrensangebote zu den vorliegenden Drucksachen gibt.

Wir beginnen mit der Abstimmung zu a), dort sowohl zum Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in der Drucksache 19/855 sowie zum Alternativantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 19/923. Dort ist einmal für beide Anträge Ausschussüberweisung beantragt worden und einmal vonseiten des Kollegen Kilian - -

(Lukas Kilian [CDU]: Wir wollten für beide gemeinsam Ausschussüberweisung!)

- Gut. Dadurch wird das Ganze einfacher. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, wer diese beiden Anträge in den Wirtschaftsausschuss überweisen möchte. Ich bitte um das Handzeichen. - Das ist dann wohl einstimmig der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Dann komme ich jetzt zu den Abstimmungen zu b), zunächst zu dem Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 19/894 und dem Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in der Drucksache 19/924. Auch hier ist die Überweisung beider Anträge in den Ausschuss beantragt worden, und es ist beantragt worden, dass der Antrag der SPD-Fraktion in den Ausschuss überwiesen und über den anderen Antrag in der Sache abgestimmt werden soll. Deshalb lasse ich zunächst getrennt darüber abstimmen, ob die beiden Anträge in den Ausschuss überwiesen werden sollen.

Ich beginne mit dem Antrag in der Drucksache 19/894; das ist der Antrag der Fraktion der SPD. Wer möchte, dass dieser Antrag an den Wirtschaftsausschuss überwiesen wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist die Ausschussüberweisung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir stimmen nun über die Ausschussüberweisung des Alternativantrags in der Drucksache 19/924 ab. Wer hier für Ausschussüberweisung in den Wirtschaftsausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir müssen dann noch in der Sache abstimmen über den Antrag in der Drucksache 19/894 von der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag in der Sache zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne neue Gäste. Dies sind Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Dobersdorf. - Ihnen ein herzliches Willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag und einen guten Aufenthalt!

(Beifall)

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 14:

Verbot von Wildtierhaltung in Zirkussen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/876 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Stefan Weber.

Stefan Weber [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zirkustiere sind lebenslange Gefangene, die zur Vorführung von sogenannten Kunststücken gezwungen werden. Dies ist eine Aussage, die mir bei meinen Recherchen zu dieser Rede sehr in Erinnerung geblieben ist. Und in der Tat, so ist es doch. Können sich die Wildtiere frei bewegen? - Nein. Wo sind sie denn? - Sie sind die meiste Zeit in ihren Käfigen eingesperrt oder müssen in der Manege Kunststücke für die Menschen vollbringen.

Auch zwischen den Vorstellungen bleibt wenig bis keine Zeit, sich zu regenerieren; denn Wildtiere in Zirkussen werden für die Fahrt vorbereitet und zu den nächsten Spielorten gefahren. Dabei verbringen sie viel Zeit in ihren Transportwagen. Das erzeugt nachweislich bei einigen Arten zusätzlichen Stress.

Eine art- und verhaltensgerechte Wildtierhaltung ist praktisch nicht möglich, da reisende Zirkusse häufig ihren Standort wechseln und Gastspiele mitten in der Stadt stattfinden. Fragen können wir die Wildtiere ja nicht, ob es ihnen so gefällt.

(Stefan Weber)

(Zuruf Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Wenn sie antworten könnten, liebe Kolleginnen und Kollegen, was würden sie dann wohl sagen? Ich möchte in diesem Zusammenhang auf § 2 des Tierschutzgesetzes hinweisen, der sehr deutlich formuliert, dass, wer ein Tier hält, dieses „seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen muss und die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken darf, dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden.“ Daraus folgt für mich, dass Wildtiere nicht in Zirkusse gehören.

(Beifall SPD und FDP)

Die Bundestierärztekammer hat bereits im Jahr 2010 ein generelles Verbot von Wildtieren in Zirkussen auf Reisen gefordert. Sie begründet ihre Haltung vor allen Dingen damit, dass Zirkusse speziell mit der Haltung bestimmter Tierarten systemimmanente Probleme haben. So nennen sie als Beispiel insbesondere klimatische Anforderungen oder Anforderungen beim Transport, wie zum Beispiel beim Transport von Giraffen. Auch bestimmte Umweltgegebenheiten - etwa für Flusspferde - seien unter den Bedingungen eines reisenden Unternehmens kaum im gebotenen Maße zu erfüllen.

Ich frage Sie: Was ist mit der Winterruhe bei Bären im Zirkus? Was ist mit hochsozialen Elefanten, die einzeln gehalten werden und stundenlang an einer Kette stehen? Das alles ist aus unserer Sicht nicht artgerecht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Von Gegnern des Wildtierverschots wird immer damit argumentiert, dass die Tiere gar nichts anderes kennen, die freie Natur nie kennengelernt haben. Ich sage: Selbst wenn die Tiere in Gefangenschaft geboren worden sind, behalten sie doch die Ansprüche und Instinkte ihrer Artgenossen, die in freier Wildbahn leben. Außerdem haben Wildtiere im Gegensatz zu Haustieren nicht den langen Prozess der Domestikation durchlaufen. Sie sind also an ein Leben in Obhut des Menschen generell nicht angepasst.

Wir haben aus all diesen Gründen hier im Landtag bereits in der vorletzten Legislatur einstimmig einen Antrag beschlossen, der eine Initiative im Bundesrat unterstützt, die Haltung von bestimmten wildlebenden Tieren in Zirkussen zu verbieten. Deshalb freue ich mich auch, dass es durch unsere Initiative gelungen ist, heute hier unsere Forderungen

aus dem Jahr 2011 erneut zu bekräftigen. Das ist aus unserer Sicht notwendig, weil es trotz mehrerer Initiativen im Bundesrat seit dem Jahr 2003 zu keinem Verbot von Wildtieren in Zirkussen auf Bundesebene gekommen ist. Die letzte Entschliebung des Bundesrates ist von März 2016. Auch dieser hat bisher zu keinem Verbot von Wildtieren in Zirkussen geführt.

Wenn wir uns in Europa umschauen, sind andere Länder schon wesentlich weiter als wir. Warum klappt es bei uns nicht, was in fast allen EU-Mitgliedstaaten bereits umgesetzt wird und auch in anderen europäischen Staaten klappt? Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir heute erneut dieses Signal in Richtung Bund senden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist nicht neu, und ich bin Ihnen dankbar, Herr Weber, dass Sie das hier wieder auf die Tagesordnung gebracht haben. Sie sind in der ersten Legislatur hier im Landtag vertreten; wir haben zum Teil noch miterleben dürfen, dass wir im Jahr 2012 darüber diskutiert haben. Aber auch im Jahr 2011 hat es hier im Landtag schon fraktionsübergreifend eine Initiative in Richtung Bundesrat gegeben. Insofern ist das Thema nichts Neues, sondern ein Dauerbrenner, der trotz dieser Dauerbrandwirkung am Ende nicht das erreicht hat, was er erreichen wollte. Und - da drehen wir uns ein Stück weit im Kreise - der Bundesrat hat gefordert, aber die Bundesregierung sieht es zum Teil immer noch anders.

Das hat natürlich auch Gründe, dass man sich dort auf die Freiheit der Berufswahl und auch -ausübung, letztendlich auf das Grundgesetz, auf die Verfassung beruft und Bedenken hat, dass das durch diese Einschränkung in Bezug auf das Halten von Wildtieren in den Zirkussen, die von Ihnen genannt wurde, die Gefahr birgt, dass am Ende nur eine Initiative gar nicht zielführend und rechtssicher umgesetzt werden darf. Aber - da gebe ich Ihnen durchaus recht -: Das sehen wir ein Stück weit anders.

(Heiner Rickers)

Die Frage ist natürlich spannend: Wird nun die freie Berufsausübung in einem Zirkus tatsächlich nur dadurch bestimmt, dass man bestimmte wildlebende Tiere übermorgen nicht mehr halten darf? Wenn Sie meine Antwort wissen wollen, sage ich einfach: Nein!

(Beifall SPD und Dennys Bornhöft [FDP])

- Vielen Dank. - Denn ein Zirkus kann auch zukünftig Zirkus bleiben und ein Angebot präsentieren, das von denen wahr- und angenommen wird, die Sie als Besucher in diesem Zirkus erwarten. Das beschränkt sich mitnichten nur auf die von Ihnen aufgeführten Tiere.

Das möchte ich gerne noch einmal für die Öffentlichkeit sagen: Wenn Sie Affen, Giraffen, Elefanten, Bären, Nilpferde, Nashörner oder Seelöwen und Raubkatzen in einem Zirkus halten, und wenn Sie als Außenstehender betrachten, wie man dort eine Haltung auch nur praxisgerecht umsetzen kann und wie oft diese Tiere die Transporte von A nach B, von einem Auftrittsort in den nächsten miterleben müssen, dann gebe ich Ihnen recht: Es ist aus Sicht der Tierschützer und aus Sicht unserer Fraktion - da sind wir uns alle einig - fraglich, ob das am Ende auch so geschehen kann, dass es dem natürlichen Verhalten dieser Tiere entspricht. Das tut es natürlich nicht. Deshalb glauben wir, dass dieser Antrag nach wie vor zielführend ist.

Aber eine spannende Frage ist auch, ob wir nicht ein Stück weit eine Tür öffnen, die auch zu anderen Beschränkungen führen könnte. Denken Sie an die Heimtier- oder Haustierhaltung. Da sind wir ganz schnell in einer Debatte, die wir auch gegebenenfalls wieder an anderer Stelle, nämlich im Ausschuss, führen könnten. Ist es zielführend, dass ein Zirkus Papageien mit sich führt, die man leichter transportieren kann, vielleicht auch anders handeln darf, aber die am Ende auch einen Wildtierstatus innehaben? Ist es gerechtfertigt, dass sie Schildkröten halten oder vielleicht auch Meerschweinchen?

Diese Frage haben wir hier nicht beantwortet. Das können wir in aller Kürze auch nicht tun. Aber, und das ist der Kern dieses Antrags, natürlich haben die anderen ein anderes Sozialverhalten, das nicht so hoch entwickelt ist, und sie stellen auch nicht so hohe Ansprüche im Hinblick auf Raumbedarf, Auslauf, Platzbedarf und Freizügigkeit. Deshalb halten wir nach wie vor Ihren und jetzt unseren geeinten Antrag für zielführend. Wir sind mit Ihnen einer Meinung. Unterstützen Sie alle gemeinsam dieses Vorhaben. Wir werden eine Bundsratsinitiative

zum Wohle der Tiere erneut auf den Weg bringen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Das Halten von Wildtieren im Zirkus im Jahr 2018 ist ein Skandal. Das ist es nicht erst seit diesem Jahr, das war es auch schon im Jahr 2012, das war es im Jahr 2016, im Jahr 2003 - all die Male, als es immer wieder im Bundesrat beraten wurde und es eine Mehrheit dagegen gab. Die Anträge im Bundesrat waren von unterschiedlicher Qualität. Da kann man sehr ins Detail gehen, welche davon wirklich aussichtsreich waren, insbesondere in den juristischen Diskussionen von der Berufsfreiheit, die bereits geführt wurden.

Aber das Leben von Tieren zwischen Manege, Käfig und Tiertransporter ist nicht tierwürdig. Das kann auch nicht so gestaltet werden. Da kann man sich noch so sehr bemühen. Und häufig bemüht man sich leider nicht. Wir sehen das insbesondere beim Transport von Giraffen immer wieder. Giraffen sind hochkomplexe Tiere. Kein Tier hat einen solchen Blutdruck beispielsweise wie eine Giraffe. Das ist relativ logisch, man hat 2 m lange Beine, einen 2 m langen Hals. Da muss das Blut auch irgendwie zirkulieren. Man braucht einen Anhänger, einen Tiertransporter, der rund 6 m hoch ist. Dafür braucht man überall in Deutschland Sondergenehmigungen.

(Zuruf Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Jede Fahrt, alles in Deutschland ist auf 4 m genormt, zum Beispiel für doppelstöckige Rindertransporter. All das funktioniert bei den Giraffen dann nicht mehr. Es kommt immer wieder und viel zu häufig vor, dass ein Zirkus in Deutschland erwischt wird, der einen 4-m-Transporter für eine Giraffe hat, die dann in der Regel im Liegen transportiert werden muss. Das funktioniert aber wiederum bei Giraffen nicht, weil die, wie auch in der freien Wildbahn, häufig nur für wenige Sekunden oder Minuten schlafen. Das ist nur ein kleines Beispiel von den Giraffen.

(Lasse Petersdotter)

Die Argumente gegen eine Wildtierhaltung im Zirkus liegen seit Jahren auf dem Tisch. Die Haltung ist kaum artgerecht. Die artgerechten Reize sind nicht möglich; ständiger Ortswechsel, stressige Orte mit viel Umgebungslärm - wir sehen es jedes Jahr wieder in Kiel, wenn am Wilhelmsplatz der Zirkus gastiert, umgeben von vielbefahrenen Straßen. All das ist nicht tiergerecht. Die typischen Verhaltensmuster sind nicht auslebbar. Kein Tiger springt gern freiwillig oder in freier Wildbahn durch einen brennenden Reifen. Kein Elefant macht einen Kopfstand. Wenn man sich die Anatomie eines Elefanten anschaut, weiß man: Der kommt nicht auf die Idee, einen Kopfstand gern machen zu wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Bleiben wir kurz beim Elefanten. Die Anzahl der Elefanten im Zirkus in Deutschland schwankt, je nachdem, welche Quelle man gerade betrachtet. Wir haben gerade darüber gesprochen: Sind die Tiere eigentlich in Gefangenschaft aufgewachsen oder in Freiheit?

Die meisten Elefanten, die in Deutschland eingesetzt werden, kommen aus dem Wildfang. Sie sind in Afrika gefangen worden. Die Mütter sind erschossen und die Babys sind nach Europa verkauft worden. Das ist seit 1989 verboten, ja; aber die Tiere, die auf diese Art und Weise nach Deutschland gekommen sind, sind die, auf denen heute noch Kinder in der Manege herumreiten. Ich glaube nicht, dass das auch nur ansatzweise noch zeitgemäß ist. Wir haben zumindest die Hoffnung, dass die Elefanten bald aus den Manegen verschwunden sind, weil sich die Idee von Importen aus Indien, also von sogenannten domestizierten Elefanten, glücklicherweise nicht durchsetzt. Dazu muss man auch sagen: Ja, die domestizierten Elefanten sind seit 200 Jahren in Thailand und in Indien an den Menschen gewöhnt, aber zu beachten ist die schiere Größe, und die Bedürfnisse eines Elefanten sind in einem Zirkus nicht erfüllbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Das wurde durch staatliches Eingreifen erwirkt, und staatliches Eingreifen wird weiterhin notwendig sein. Man hat Regelungen geschaffen, um die Importe von Elefanten zu verhindern. Schaut man in andere europäische Länder, sieht man: 23 europäische Länder haben inzwischen ein teilweises oder komplettes Wildtierverbot im Zirkus. Warum hängt

Deutschland eigentlich derart hinterher? Wer hat ein ernsthaftes Interesse daran, Nashörner, Giraffen, Löwen und Tiger durch die Manege zu führen? Ist das wirklich die Form des Zugangs zum Tier, zur Natur, wie wir ihn unseren Kindern im Jahr 2018 vermitteln wollen? Ich glaube nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Schöne ist: Es geht eben auch anders. In Deutschland gibt es rund 200 registrierte Zirkusse, davon rund die Hälfte komplett ohne Tiere. Zirkus Flic Flac, einer der erfolgreichsten Zirkusse in ganz Europa, kommt seit Jahrzehnten ohne Tiere aus. Wir müssen also hier keine Debatte darüber führen, ob die Zirkuskultur in Deutschland darunter leiden würde oder nicht mehr existent wäre, wenn wir im Zirkus keine Wildtiere mehr hätten. Vielmehr führen wir eine Debatte über den Tierschutz und nicht über den Zirkus generell.

Wir müssen in Zukunft leider weiter darauf hoffen, dass die Bundesregierung handelt. Meine Hoffnung ist ein wenig getrübt. Wir Grüne haben als Fraktion im Bundestag immer wieder Kleine Anfragen gestellt, wie es denn jetzt aussieht, wie die Bewertung ist. Seit Jahren kommt immer wieder die Rückmeldung: Wir befinden uns in der Prüfung. Just Ende 2017 - unter der neuen Regierung - gab es eine Kleine Anfrage von Renate Künast. Antwort: Wir sind in der Prüfung. - Es reicht nicht mehr zu prüfen. Die Wildtiere müssen aus den Manegen heraus. Sie müssen einen schönen Lebensabend bekommen, und es muss sichergestellt werden, dass keiner ihrer Nachfolgen irgendwann wieder in einem Zirkus landet. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Langem wird die Haltung von Wildtieren in Zirkussen kontrovers diskutiert. Es wurde gerade schon erwähnt: Dies geschah auch schon mehrfach hier im Landtag, erstmals im Jahr 2003, damals auf Initiative des ehemaligen Abgeordneten Heiner Garg, der jetzt Sozialminister ist. Im Jahr 2011 haben wir einen einstimmigen Landtagsbeschluss dazu gefasst. In beiden Jahren und

(Dennys Bornhöft)

auch im März 2016 hat der Bundesrat mehrheitlich einen Beschluss gefasst, was das Verbot betrifft. Doch eine Stellungnahme der Bundesregierung zu diesem Entschließungsantrag und eine entsprechende Rechtsverordnung, die diese Beschlüsse umsetzt, stehen bis heute aus. Dieser Stillstand ist nicht nur unbefriedigend, er ist schlichtweg beschämend.

Nur wenige europäische Länder - dies wurde schon erwähnt - lassen Wildtiere überhaupt noch zu. Deutschland ist hier leider Schlusslicht, und es wird langsam Zeit, dass wir nachziehen.

Wir diskutieren in der Politik und auch in der Gesellschaft sehr viel und sehr häufig über die Haltung von Nutztieren, und das ist auch gut so. Aber die Einwände, die wir bei Nutztieren bezüglich artgerechter, tiergerechter Haltung haben, gilt noch viel mehr bei Wildtieren, weil diese noch viel größere Anforderungen stellen und Ansprüche haben. Das gilt für die Unterbringung, noch mehr für den Auslauf, für Ernährung und Pflege sowie für eine sachkundige Betreuung. Dies wurde gerade ganz anschaulich am Fall der Giraffe erklärt. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass diese Ansprüche von einem reisenden Zirkus nicht annähernd zu erfüllen sind.

Sogar die Bundesregierung sieht, dass das richtig ist. Zur Begründung des Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes wurde festgestellt - ich darf zitieren -, dass es fortgesetzte Verstöße gegen die Haltungsvorschriften für manche Tierarten gebe und dass die Häufigkeit von gesundheitlichen Beeinträchtigungen der betreffenden Tiere in vielen Zirkusbetrieben ahnen lasse, dass die tierschutzrechtlichen Bestimmungen nicht angewandt werden könnten.

Eine solche Einsicht ist schön; umso schlimmer ist es, wenn der Bund trotzdem nichts tut und wieder einmal in sich ruht. Fakt ist: Bestehende Eingriffs- und Regulierungsmöglichkeiten greifen nur im Einzelfall, also dann, wenn die Polizei vor Ort eingreifen muss. Das passiert hin und wieder, aber es kann wirklich nicht sein, dass es immer auf eine Einzelfallentscheidung hinausläuft und nur dann, wenn wirklich die Luft brennt, die Polizei eingreift.

Es gibt ein Zirkusregister. Die Erfahrungen damit haben gezeigt, dass es trotz systemimmanent ist, dass trotz dieser zentralen Erfassung aller Wandierzirkusse und der Verstöße, die dort festgestellt wurden, keine Verbesserung in der Wildtierhaltung gegeben hat.

Wenn bisherige Regularien nicht funktionieren, dann müssen wir halt die Wildtierhaltung in Zirkus-

sen generell verbieten und es so den Ordnungsbehörden einfacher machen.

(Beifall SPD)

Noch eine Anmerkung am Rande: Dass die Zurschaustellung von Wildtieren nicht nur für die Tiere gesundheitliche Auswirkungen haben kann, sondern auch für den Menschen gefährlich sein kann, ist ein weiterer Aspekt. EU-weit sind in den letzten 22 Jahren über 300 Zwischenfälle mit mehr als 600 Zirkustieren dokumentiert worden, auch mit Personenschäden, weil hier und da ein Tier auf das Personal oder auf Besucher gefallen ist. Fast die Hälfte dieser Unfälle ist in Deutschland passiert. Wir sind einsame Spitze, was Unfälle mit Tieren in Zirkussen betrifft. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass es nicht nur aus Gesichtspunkten des Tierschutzes, sondern auch zum Gesundheitsschutz für Zuschauer und Personal wichtig ist festzulegen, dass Wildtiere im Zirkus nichts mehr zu suchen haben.

Natürlich gibt es Gründe für die Verbotsforderungen. Ich habe viele genannt. Es wird auch einige Gründe dagegen geben. Zumindest wurde gerade angeführt, dass die Haltung von Wildtieren vielleicht zur Berufsfreiheit gehöre. Ich habe gerade eben noch ein kleines Video über Facebook gesehen. Darin hat ein Braunbär auf einem Seil getanzt und einen Handstand auf dem Seil vollführt. Das sieht imposant aus, aber ganz ehrlich: Das ist faktisch Tierquälerei. Ich bin der festen Überzeugung, dass Tierquälerei nicht von der Berufsfreiheit gedeckt ist. Insofern sollte das herausgehalten werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt AfD)

Ich war längere Zeit nicht mehr im Zirkus, aber früher war ich das mit meiner Familie. Ich denke, die meisten von uns werden überwiegend positive Erinnerungen an den Zirkus haben. Der Zirkus ist ein Kulturgut, aber das geht auch ohne Wildtiere. Der Zirkus Roncalli hat das auch umgesetzt und festgestellt: Die Wildtierhaltung im Zirkus ist nicht mehr zeitgemäß. Er geht sogar noch weiter und hat sämtliche Tiere aus der Manege befreit.

Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag, der jetzt eine breite, fraktionsübergreifende Mehrheit gefunden hat, und hoffe wirklich, dass der Bund das im Nachgang endlich umsetzt. Die Zeit dafür ist gekommen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Es ist fast alles schon gesagt worden. Auch wir schließen uns natürlich dem Tenor dieses Antrags an. Alle, die hier schon länger sitzen, wissen: Bereits seit dem Jahr 2003 gibt es Vorstöße in diese Richtung. Acht Jahre später kam der neue Antrag aller Fraktionen des Landtages zum Verbot der Wildtierhaltung in Zirkussen. Jetzt, hier und heute, rund 15 Jahre nach dem ersten Verbotsantrag und sieben Jahre nach dem zweiten, müssen wir wieder denselben Antrag hier besprechen. Das ist frustrierend, weil sich auf Bundesebene einfach nichts tut. Wir haben es eben schon gehört.

Der Bundesrat hat bereits mehrfach festgestellt, dass für bestimmte Tiere eine artgerechte Haltung in Zirkussen nicht möglich ist, und fordert die Bundesregierung seitdem auf, eine Rechtsverordnung zu erlassen, die das Halten bestimmter wild lebender Tiere in Zirkusbetrieben verbietet. Dass das möglich ist, zeigen die Beispiele anderer Länder, wie etwa Polen, Holland oder Dänemark.

Dass ein Zirkusbetrieb auch ohne Wildtiere funktionieren kann, zeigt der Traditionszirkus Roncalli schon seit rund 25 Jahren. Hier sind allenfalls Pferde oder Hunde als tierische Attraktionen im Programm. Auch andere große Zirkusse wie Flic Flac oder Cirque du Soleil verzichten auf Wildtiere in ihren Shows.

Die Haltung von Wildtieren schädigt nicht nur die dort lebenden Tiere, sondern kann auch zur Gefahr für Menschen werden. Herr Kollege Bornhöft hat gerade darauf hingewiesen. Immer wieder brechen Tiere aus, wie etwa ein junges Känguru im Juni rheinischen Kerken oder Zebras und Lamas in Düren, die den Verkehr in der Innenstadt gefährdeten. Auch Unfälle während der Vorführung oder hinter den Kulissen, bei denen Menschen durch plötzlich ausbrechende Tiere verletzt werden, kommen immer wieder vor.

Alternativen gibt es ja, wenn man danach sucht. Ein Zirkus ohne Wildtiere ist sehr wohl möglich; ein Mitmachzirkus für Kinder etwa hat für unsere Jüngsten den gleichen Effekt.

Bei aller Zustimmung zum Ziel des Antrags sei eine kurze Kritik erlaubt. Er hat Wiederholungsch

rakter und geht meiner Ansicht nach nicht genügend auf den Bestandsschutz ein. Die Tiere, die heute in Zirkussen vorhanden sind, sollen - so der Tenor auf Bundesebene - auf jeden Fall bis zu ihrem Lebensende dort verbleiben dürfen. Es ist ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Betreibern zu sehen. Der Antragstext beschränkt sich auf bestimmte Tierarten. Wir meinen, dass aber auch die nicht genannten Steppenzebras, die Strauße oder die Kängurus den gleichen Schutz genießen sollten wie die im Antrag genannten Tierarten. Ansonsten unterstützen wir den Antrag und erwarten, dass sich auf Bundesebene endlich etwas tut. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Viele Menschen neigen dazu, den Zirkus zu verklären. Zirkus ist dramatisch und spannend und irgendwie auch fantastisch. Er wirkt manchmal aus der Zeit gefallen und manchmal wie eine kleine Welt, in der alles schillert und glitzert und hinter jedem lauten Knall die nächste Überraschung wartet. Kinder wie Erwachsene staunen und fiebern mit, und so manch einer träumt sich wohl auch einmal mitten in die Manege.

Aber wir kommen nicht darum herum zu sehen, dass der Zirkus mit all seinen Fabelhaftigkeiten auch seine Schattenseiten hat, vor allem dann, wenn er Wildtiere mit sich führt. Dann müssen wir uns fragen: Was ist es wert, dass Menschen unterhalten werden?

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann sagen, dass wir uns hier pro Legislaturperiode mindestens einmal mit dem Thema Wildtiere im Zirkus beschäftigen. Meist sind wir da nicht weit auseinander, und auch heute hat man sehen und hören können, dass eine große Einigkeit in der Debatte vorherrscht. Sogar zu einem gemeinsamen Antrag haben es die demokratischen Parteien geschafft. Alles andere würde mich bei diesem Thema auch sehr wundern.

Die ablehnende Haltung des SSW hat sich über die Jahre nicht verändert. Wenn ich Ihnen sage, dass eine artgerechte Haltung von Wildtieren in Zirkussen

(Flemming Meyer)

nicht möglich ist, dann haben Sie das von mir oder meinen Kolleginnen und Kollegen bestimmt schon öfter gehört.

(Beifall SSW und SPD)

Der Deutsche Tierschutzbund setzt sich gefühlt seit eh und je für ein uneingeschränktes Verbot von Wildtieren in Zirkussen ein. Es gab schon mehrere Bundesratsbeschlüsse, wir im Landtag waren uns einig, und auch die kommunale Ebene in Schleswig-Holstein versucht das ihre, indem beispielsweise die Stadt Kiel 2015 hat prüfen lassen, ob sie ein Platzverbot für Zirkusse mit Wildtieren verhängen kann. Die Stadt Flensburg diskutiert aktuell wieder, wie sie es verhindern kann, dass Zirkusbetriebe, die Wildtiere mitführen, ihr Geschäft in der Stadt machen.

Nun kann man angesichts des zyklischen Misserfolgs in dem Versuch, Wildtierhaltung in Zirkussen zu verbieten, resignieren, oder man kann sich fraktionsübergreifend einig sein, dass es sich lohnt, an diesem Thema dranzubleiben. Ich bin froh, dass wir uns wieder einmal einig sind, den zweiten Weg zu beschreiten.

(Beifall SSW und SPD)

Wenn wir uns in Europa umschaun, sehen wir: Andere Länder schaffen es ja auch. Mit Ausnahme von Elefanten, Seelöwen und Zebras sind in Dänemark beispielsweise schon seit über 50 Jahren Wildtiere in Zirkussen verboten.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seit diesem Jahr gilt das für alle Wildtiere. Einzige Ausnahme sind die drei Elefantendamen Lara, Jenny und Djungla, in Gefangenschaft aufgewachsen; die dürfen noch drei bis fünf Jahre im Zirkus arbeiten, bevor sie nach und nach in den wohlverdienten Ruhestand entlassen werden. Bis dahin sollen ihre Lebensumstände signifikant verbessert werden.

Beim SSW wünschen wir uns, dass sich Zirkus wandelt, wie es seit seiner Entstehung immer gewesen ist: vom einstigen Pferdetheater über die Pantomime zur akrobatischen Zirkuskunst. Alles, was der Zirkus in uns auslöst, geht auch ohne Wildtiere.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Eine zersägte Zauberassistentz beeindruckt uns ohnehin mehr als ein balancierender Elefant,

(Zurufe)

wir fiebern mehr mit der Akrobatin auf dem Trapez als mit einem balltricksenden Seelöwen, und mit Angst erfüllt uns viel mehr ein Clown als die Löwen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Tiere wild lebender Arten in Zirkussen verbringen einen großen Teil ihres Daseins in einfachen Gehegen und in Transportwagen, die ihre Bewegungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich einschränken. Die Bedürfnisse nicht domestizierter Tiere an die Haltungsbedingungen stehen den Erfordernissen an Flexibilität und Mobilität von Zirkusbetrieben entgegen.

Bei Wildtieren handelt es sich in der Regel um Tiere, die in Freiheit einen großen Teil ihrer Zeit mit Nahrungssuche verbringen. Das nimmt ihnen im Zirkus der Mensch ab. Auch das Sozial- und Territorialverhalten geht beim fehlenden Sozialpartner und unter beengten Haltungsbedingungen verloren. In der Folge verlängern sich Ruhepausen, was zu physiologischer Apathie, Fehlverhalten mit Neurosen und Stereotypen führt.

Tierschutz muss sich an den Bedürfnissen der betroffenen Tiere orientieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deshalb wurde schon 2003 die Aufforderung des Bundesrats an die Bundesregierung, ein grundsätzliches Verbot der Haltung wild lebender Tierarten im Zirkus zu erlassen, von der schleswig-holsteinischen Landesregierung unterstützt. Deshalb haben wir die Initiative im Bundesrat 2016 für ein Haltungsverbot von abschließend aufgezählten Tierarten unterstützt. Damit sollten die verfassungsrechtlichen Anforderungen für den Eingriff in die Berufsausübungs- und Berufswahlfreiheit der Zirkusbetreiber und Artisten eingehalten werden, da nur für jene abschließend aufgezählte Tierarten ein Verbot erfolgen soll, bei denen die Haltung im Rahmen von Zirkusbetrieben nachweislich nicht artgerecht möglich ist. Für Affen, Elefanten, Großbären,

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Giraffen, Nashörner und Flusspferde, auch für See-löwen und Raubkatzen ist dies schlicht nicht möglich. Die Vorgaben der Zirkusregisterverordnung, mit der die Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften bei der Haltung von Tieren in Zirkusbetrieben besser durchgesetzt werden sollen, reichen hier nicht aus.

Meine Damen und Herren, nach der gültigen Rechtslage ergeben sich die Haltungsanforderungen für Zirkustiere aus dem Tierschutzgesetz. Daneben werden in den vom Bundesumweltministerium herausgegebenen Zirkusleitlinien detaillierte Empfehlungen für einzelne Tierarten gegeben. Auch die Leitlinien „Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ wurden überarbeitet. Das alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Haltung bestimmter Wildtiere auch dann nicht artgerecht erfolgen kann. Wenn das Hausschwein durch die Gruppenhaltung nach der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung mehr artgerechte Tierhaltung erfahren hat, dann gehören diese wild lebenden Arten nicht in kleine Käfige.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Für Zirkusbetriebe und ihre Artisten ist dies allerdings auch keine unakzeptable Härte, wenn wir mit einer abgeschlossenen Liste arbeiten und sie darüber hinaus auch weiterhin im Rahmen der generellen Tierschutzbedingungen artistische Beiträge mit Tieren darstellen können. Es gibt auch dann ein breites Spektrum an Zirkusnummern, auf die sich die Besucherinnen und Besucher solcher Vorstellungen umso mehr freuen können, weil sie wissen und wollen, dass die Tiere auch abseits der Manege ein zufriedenes und artgerechtes Leben haben. Und sie erwarten von uns, dass wir die nötige Fürsorge dafür wahrnehmen.

Deshalb ist es gut, dass der Antrag der Regierungsfractionen einen Auftrag an die Landesregierung vorsieht. Ich bin zuversichtlich, dass es im Rahmen des Bundesrats und zusammen mit dem Bundesumweltministerium eine entsprechende Lösung geben wird. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so

beschlossen. Damit ist der Antrag Drucksache 19/876 (neu) einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Bezahlbares Mieten und Kaufen von Wohnungen und Häusern sicherstellen - Gebührenordnung für Immobilienmakler bei der Vermittlung von Wohnimmobilien einführen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/881

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Özlem Ünsal.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Niemand mag Makler.“ - Das ist keine Berufsgruppenbeschimpfung meinerseits zur Einstimmung auf das heutige Thema, sondern die freimütige Bezeichnung und Selbsteinschätzung des Vizepräsidenten des Immobilienverbandes, Herrn Petersen, in den „Lübecker Nachrichten“ vom 20. August 2018.

Zunächst möchte ich Ihnen die Sorge nehmen. Weder ich noch meine Fraktion wollen die Maklerbranche zum Berufsverbot zwingen oder zum Sterben der Maklerbüros beitragen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Neben der weitgehenden Intransparenz der für eine Vermittlungsgebühr erbrachten Leistung dürfte auch die Höhe so mancher Provision Ursache dafür sein, dass die Maklerbranche weniger als Dienstleister und stärker als belastender Kostenfaktor wahrgenommen wird. Dies gilt umso mehr im Bereich der Wohnungswirtschaft, wo Wohnungsuchende nicht nur durch explodierende Mieten und Immobilienpreise heimgesucht, sondern auch noch durch Zusatzkosten für Makler belastet werden. Manche Familien könnten sich damit eine Kinderzimmerausstattung oder eine Einbauküche leisten.

(Beifall SPD)

Vielorts übersteigen Maklercourtage inzwischen ein durchschnittliches deutsches Nettojahresgehalt. Das ist ein Missstand, den wir als SPD definitiv beseitigen wollen.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

(Özlem Ünsal)

Menschen, die eine Wohnung mieten oder kaufen wollen, dürfen nicht mehr unter der Last von teilweise astronomischen Maklercourtage leiden. Gerade junge Familien oder Haushalte mit wenig Eigenkapital haben in Deutschland kaum noch Chancen, selbst Wohneigentum zu erwerben, damit private Altersvorsorge zu bilden oder den Mietwohnungsmarkt zu entlasten. Bezahlbar Mieten und bezahlbar Kaufen darf doch nicht zum Privileg von Einkommensstarken in unserer Gesellschaft ausarten.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Bei bis zu 80 % durch Makler vermieteten Wohnobjekten bundesweit besteht aber inzwischen faktisch gar keine Wahlfreiheit mehr bei der Inanspruchnahme von Maklern. Hohe Maklerkosten halten sich weiter am Markt, weil Menschen ihrem Grundbedürfnis nach Wohnraum logischerweise nachkommen müssen und auf dem Wohnungsmarkt derzeit akute Versorgungsengpässe bestehen. Darüber diskutieren wir hier ja auch schon länger.

Wir kennen Besichtigungstermine auch in unserem Bundesland, in dem zum Teil bis zu hundert Interessenten und mehr Schlange stehen, um gemeinsam um das Haus oder die Wohnung buhlen und bangen zu müssen. Das ist doch kein Zustand.

(Beifall SPD)

Die Wohnungsnot - ich sage es erneut - ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Dagegen müssen wir endlich etwas tun. Das heutige Thema ist lediglich ein Baustein von vielen. Natürlich kommt jetzt das Stichwort - ich höre schon das Raunen - Grunderwerbsteuer. Ja, auch hier muss man durchaus einmal über eine Entlastung für den Ersterwerb einer Wohnimmobilie nachdenken.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Das ist aber ein Punkt - bevor Sie klatschen, lieber Kollege -, bei dem wir insbesondere Sie und die CDU gern daran erinnern, endlich einmal eines Ihrer Wahlversprechen tatsächlich umzusetzen. Im Haushaltsentwurf für 2019 steht davon leider gar nichts.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie müssen den Koalitionsvertrag lesen!)

Im Mietwohnungsbereich ist der Gesetzgeber bereits tätig geworden. Das Bestellerprinzip hat Gott sei Dank die unselige Praxis beendet, dass bei Neuvermietungen Mieter durch kräftige Mieterhöhun-

gen plus Maklerkosten belastet werden, denen sie sich selbst kaum entziehen konnten. Wir schlagen auch hier eine verbindliche Gebührenordnung für Makler vor, die sich an der für Notare orientieren kann und natürlich regionale Unterschiede berücksichtigen kann und muss. Sofern im Anhörungsverfahren von den Verbänden nachvollziehbare Aufwendungen und Leistungen vorgetragen werden, die eine Abweichung rechtfertigen, kann dies selbstverständlich bei der Gebührenehöhe berücksichtigt werden. Hierdurch wird die Maklergebühr transparent und die Qualität der tatsächlich erbrachten Dienstleistungen auch im Sinne eines Verbraucherschutzes nachvollziehbar.

Dies unterscheidet unseren Vorschlag übrigens deutlich von der pauschalen Deckelung der Courtage auf 2 %, welche die grüne Bundestagsfraktion frisch im Juli 2018 in den Bundestag eingebracht hat und fordert. Dies halten wir für wenig hilfreich. Natürlich wird unser Vorschlag zu einer Marktberreinigung im Maklergewerbe führen, indem die - wie die Branche es selber bezeichnet - „schwarzen Schafe“

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

hinten runterfallen werden. Dies wird in vielen Zuschriften von Maklerbüros, die mich erreicht haben, auch gefordert, und zwar bis hin zu einer Berufsordnung, mit der unseriöse und unqualifizierte sogenannte Provisionsjäger - auch das ist nicht meine Bezeichnung - aussortiert werden können.

(Beifall SPD)

Sowohl aus den eingegangenen Schreiben von Maklern als auch aus den Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts ergibt sich, dass viele Maklerbüros nicht ausschließlich Einnahmen aus der Vermittlung von Wohnimmobilien erzielen. Ich erwarte, dass dies unter dem Aspekt der Qualitätssicherung und des Verbraucherschutzes auch dazu dienen kann, die Branche aus dem unsäglichen Image herauszuholen, welches sie nach Aussagen auch von Verbandsvertretern hat.

Ich habe in den vergangenen Tagen eine Vielzahl von Zuschriften von Bürgern, natürlich auch von Maklern, aus dem gesamten Bundesgebiet erhalten. Mit vielen konnte ich bereits sprechen, mit weiteren stehen Gespräche oder der intensive fachliche Austausch noch an. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen für ihre Zuschriften. Wir machen die Erfahrung, dass der entfesselte Markt allein eben doch nicht alles regelt und bezahlbares Mieten und Kaufen zunehmend unter die Räder kommen. Hier brauchen wir Lösungen. Ich bitte um Zustimmung

(Özlem Ünsal)

zu diesem Antrag, damit wir dieses unsägliche Problem beseitigen können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns heute mit einem Antrag der SPD-Fraktion zu beschäftigen, der allem Anschein nach weitgehend auf einem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Deutschen Bundestag mit der Drucksache 19/3554 basiert. Allerdings ist bei der Umformulierung die fachliche Qualität des Antrags doch stark unter die Räder gekommen.

Die Frage der Maklergebühr bei Anmietungen - das ist in Ihrem Antrag ausdrücklich erwähnt - ist bereits seit dem 1. Juni 2015 gesetzlich neu geregelt. Das Bestellerprinzip ist ausdrücklich vorgesehen. Auch ist die Höhe der Maklergebühr gesetzlich auf höchstens zwei Nettokaltmieten begrenzt. Hier den Eindruck zu erwecken, die SPD nehme sich dieser Frage mit ihrem Antrag jetzt endlich an, ist somit irreführend und schlicht falsch. Übrigens könnte Ihnen Ihre eigene Bundesjustizministerin, Frau Barley, dies sicher erklären und die Zufriedenheit mit dieser Regelung zum Ausdruck bringen, was sie in Medien wiederholt öffentlich getan hat.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Lehnert, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Peter Lehnert [CDU]:

Ja, gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Lehnert, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass wir ungeachtet des Bestellerprinzips, das wir richtig finden - Frau Ünsal hat darauf hingewiesen -, das Problem haben, dass, wenn sich 50 Leute um eine Wohnung bewerben, die beiden, die sagen, sie hätten den Makler nicht beauftragt, sondern es sei jemand anders gewesen, bestimmt nicht die sind, die die Wohnung kriegen? Insofern haben wir trotzdem immer noch reale Probleme. Darauf hat Frau Ünsal hingewiesen. Deshalb bedarf

es unseres Antrags auch im Bereich der Mietwohnungen.

(Beifall SPD)

- Ich nehme die Einzelfälle, die Sie mir schildern, gern auf. Ich habe nur Ihre Bundesjustizministerin zitiert, die mit dieser Regelung sehr zufrieden ist. Insofern wäre es gut, wenn Sie ihr das bei den Gelegenheiten, wenn Sie in Berlin sind und auf sie treffen, mitteilen. Ich tue das gern. Wir sind jetzt demnächst in Berlin. Wenn ich sie sehe, sage ich ihr das. Vielleicht können Sie das in den Vorstandsgremien der SPD auch transportieren.

Laut Artikel der „Lübecker Nachrichten“ vom 22. August 2018 will die Nord-SPD mit ihrem Antrag vor allen Dingen den Druck auf die eigene Bundespartei erhöhen. So habe ich das in den „Lübecker Nachrichten“ gelesen. Dies sollten Sie allerdings lieber über fachlich fundierte Anträge auf den jeweiligen Parteitag der SPD erledigen; dann können wir uns damit gegebenenfalls wieder beschäftigen.

Besonders überrascht war ich von der neuen Erkenntnis der SPD, dass man die Eigentumsquote in Schleswig-Holstein erhöhen sollte. Das ist ein Thema, das die FDP und wir seit vielen Jahren - auch zur Bekämpfung der Altersarmut - immer wieder vorgetragen haben. Dieser Ansatz ist vonseiten der SPD völlig überraschend, da die vorherige Landesregierung unter Ministerpräsident Albig die dafür dringend erforderliche Ausweisung zusätzlicher Bauflächen insbesondere in vielen Gemeinden des Hamburger Umlandes - wir haben hierzu ausführliche Debatten geführt - durch die Landesplanung verhindert hat.

Deshalb bin ich auch sehr froh über die Ankündigung unseres Innenministeriums und der Jamaika-Koalition, dass im Rahmen der Fortentwicklung des Landesentwicklungsplans hier endlich wieder mehr Wohnbauflächen in den Gebieten mit hoher Wohnraumnachfrage ausgewiesen werden sollen. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, wird die SPD das ja begrüßen. Insofern ist das durchaus ein positiver Aspekt.

Außerdem haben wir durch den erfolgreichen Einsatz unserer Finanzministerin Monika Heinold eine weitere Einschränkung der sogenannten Share Deals erreicht. Die dadurch erwarteten zusätzlichen Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer sollten wir zur Absenkung der Kosten beim Ersterwerb einer selbst genutzten Wohnimmobilie nutzen. - Kollege Vogt, jetzt können Sie auch klatschen, bei Frau Ün-

(Peter Lehnert)

sal haben Sie eben bei dem Punkt geklatscht. Ich weise nur einmal darauf hin.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP] - Zurufe - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ziemlich müde, die schwarze Truppe heute!)

- Alles gut, nur die Nerven behalten, es geht ja noch weiter.

(Heiterkeit)

Dies kann eine wichtige Ergänzung zur Förderung des Bundes im Rahmen des beschlossenen Baukindergeldes und durch die sogenannte Wohn-Riester-Förderung sein. Dies führt dann auch zu einer Erhöhung des benötigten Eigenkapitals bei der Baufinanzierung. Kollegin Ünsal hat das erwähnt. Ich freue mich sehr darüber, dass die SPD sich bei dieser Frage in unsere Richtung weiterentwickelt hat.

Neben der umfangreichen Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Bund und Land werden wir außerdem durch Änderungen der Landesbauordnung verbesserte Möglichkeiten zur Nachverdichtung schaffen. Dabei wollen wir in enger Abstimmung mit allen Beteiligten im Bereich des Wohnungsmarktes gemeinsam zukunftsweisende Projekte und Ideen fördern und die teilweise auftretenden Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt vermeiden, wie wir sie leider in einigen deutschen Ballungsräumen beobachten können.

Der uns vorliegende SPD-Antrag leistet allerdings auch aufgrund erheblicher fachlicher Fehler keinen ernstzunehmenden Beitrag bei dieser Frage, wie wir eine ausreichende Wohnraumversorgung in Schleswig-Holstein in Zukunft sicherstellen wollen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab und unterstützen die Landesregierung auch weiterhin bei ihrer erfolgreichen und zukunftsgerichteten Wohnungsbaupolitik. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gleich vorweg: Der Antrag der SPD findet in manchen Aspekten durchaus unsere Sympathie. Wer von uns hat sich noch nicht über eine Maklerprovision geärgert? Da ist man zunächst nur froh,

endlich eine passende Immobilie gefunden zu haben, und dann fallen Kosten an, deren Grundlagen oft schwer einzusehen sind. Ich komme ja von einer Insel mit der größten Immobilienmaklerdichte der Republik.

Hinzu kommt, dass für den Beruf des Immobilienmaklers oder der Immobilienmaklerin keine Berufsqualifikation oder -ausbildung vorausgesetzt wird. Gefordert durch § 34 c der Gewerbeordnung werden nur fehlende Vorstrafen und geordnete Vermögensverhältnisse. Das sind die Voraussetzungen, um in Deutschland Makler zu sein. Da ist ein kritischer Blick auf die Provision durchaus angebracht.

Doch auf den zweiten Blick kommen mir Zweifel und ein Zitat von Montesquieu in den Sinn.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, klar!)

Ich zitiere:

„Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“

(Beifall FDP, Peter Lehnert [CDU] und Ole-Christopher Plambeck [CDU] - Zuruf Christopher Vogt [FDP] - Heiterkeit)

Es ist nicht so, als hätten wir in Deutschland keinerlei Regelungen dazu. Zumindest im Bereich der Wohnungsvermietungen gibt es seit 1971 und überarbeitet im Jahr 2015 eine Vorschrift, nämlich das bundesdeutsche Wohnraumvermittlungsgesetz. Dort ist geregelt, dass das Entgelt für eine Vermittlung von Wohnraum den Betrag von zwei Monatsmieten inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer nicht überschreiten darf. Mit dem Mietrechtsnovellierungsgesetz 2015 gilt neben der Mietpreisbremse auch das Bestellerprinzip. Wir finden das richtig. Wer die Maklerin oder den Makler bestellt, muss auch dafür bezahlen. Es wurde eingeführt, um sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichten zu lasten der Wohnungssuchenden entgegenzuwirken - mit Erfolg: Die durchschnittliche Courtage hatte sich nach einem Jahr bei etwa einer Monatsmiete eingependelt, und der Umsatz der Immobilienmaklerinnen und Immobilienmakler ging um 20 % zurück.

Für die Vermittlung von staatlich gefördertem Wohnraum - wenn also Belegungsrechte bestehen - darf im Übrigen unserer Auffassung nach kein Entgelt genommen werden. Für Sozialwohnungen und deren finanziell schlecht gestellte Mieterinnen und Mieter besteht dieses Problem also so gut wie gar nicht, und das ist auch gut so.

(Dr. Andreas Tietze)

Im Grundsatz teilen wir aber die Ansicht unserer grünen Bundestagsfraktion, die an dem Gesetzentwurf arbeitet und das Bestellerprinzip auch auf den Kauf von Immobilien ausweiten möchte. Das ist der einzig richtige Weg, und meine Fraktion unterstützt das.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist aus unserer Sicht erstens ein simples und konsequentes Instrument. Zweitens werden Kosten da gelassen, wo sie verursacht werden. Das macht nach unserer Auffassung Sinn.

Ich möchte hier eigentlich ungern unsere geschätzten Koalitionspartner aus Jamaika zitieren, aber in dem Fall mache ich das einmal: Der Markt regelt es von allein. - Das stimmt in der Tat manchmal. Wenn dem Verkäufer klar ist, dass er die Gebühren für seine Maklerin oder seinen Makler auch selbst bezahlen muss, dann wird er im Zweifel auch mit seiner Maklerin oder seinem Makler über die Höhe der Courtage verhandeln, und nur eine Courtage wird sich durchsetzen, die marktkonform ist. Wie gesagt, nicht derjenige, der die Immobilie sucht, zahlt die Courtage, sondern der, der die Immobilie anbietet. Ein Käufer, der eine Maklerin oder einen Makler auf die Suche schickt, kann im Vorwege verhandeln, zu welchem Kurs das geschehen soll. Im Übrigen passiert das in den Märkten. Bei 200 Maklern auf Sylt werden Sie immer einen haben, der Ihnen ein Angebot macht, das letztlich besser ist als das der anderen. Das ist ein Markt, der vorhanden ist. Deshalb sind die Gebühren zum Beispiel entsprechend auch gerade in dem hochpreisigen Markt Sylt reduziert. Bei Luxusimmobilien gilt das nicht, aber da finde ich, dass jemand, der 50 Millionen € für ein Haus zahlt, auch eine hohe Courtage zahlen kann.

Wir finden auch, dass die zunehmende Digitalisierung das tradierte Berufsfeld der Maklerinnen und Makler verändern wird. Wenn Sie einmal googeln, werden Sie feststellen, dass es inzwischen viel mehr freie Portale gibt, auf denen man problemlos selbst Bilder und Texte über Angebote einstellen kann. Die machen einer schlichten Adressvermittlung von Maklerinnen und Maklern erhebliche Konkurrenz. Sie können auf Internetportalen heute alles kaufen. Da finden Sie Autos, Wohnungen, Häuser und Jobangebote direkt aus der Region. Wenn man das Berufsbild der Maklerinnen und Makler betrachtet, wird auch die Digitalisierung das Berufsfeld von Maklerinnen und Maklern erheblich verändern. Auf diese Portale können im Übrigen alle ausweichen, die sich entscheiden, keine Vermitt-

lung für ihre Wohnung oder ihr Häuschen in Anspruch zu nehmen.

Bei Begutachtung und qualifizierter Immobilienbewertung - was für die Grünen übrigens dann auch in Richtung einer qualifizierten Maklerinnen- und Maklerausbildung geht, zum Beispiel im Hinblick auf energetische Beratung, das Thema Energiepass, Bonitätsprüfung, um hier einige Felder zu nennen - könnte es tatsächlich interessant sein, den Beruf der Makler auch in Richtung dieser Qualität weiterzuentwickeln.

Horrende Preise, ohne adäquate Leistungen zu erbringen - dieses Konzept wird nicht zuletzt durch die digitale Öffentlichkeit in Zukunft nicht mehr funktionieren.

Dann ist noch Folgendes zu sagen: Das Thema, das Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ansprechen, ist im Grunde ein Bundesthema. Es ist wieder ein bisschen unlogisch, den Landtag erst aufzufordern, im Bund zu handeln, deshalb würde ich Sie herzlich um das bitten, was auch die Kollegen gesagt haben: Das, was Sie fordern, können Sie am Regierungstisch und in Berlin mit auf den Weg bringen. Deshalb muss man nicht gleichzeitig den Landtag dazu auffordern.

Deshalb sage ich auch: Wir wollen die ungerechtfertigten, überzogenen Nebenkosten im Zusammenhang mit einer Immobilie regeln. Da liegt die Zuständigkeit im Bereich des Bundes, das haben Sie auch gesagt, dass die Kollegin Barley das entsprechend - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze!

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja?

Präsident Klaus Schlie:

Ich dachte, Sie wollten Ihren Satz beenden. Ansonsten würde ich Sie fragen, ob Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner erlauben?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Tietze, Sie haben - ich habe das voller Begeisterung gehört - Montesquieu zitiert, sehr libe-

(Dr. Andreas Tietze)

ral, damit, dass man kein Gesetz machen müsste.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Ich würde Ihnen gern mit Rousseau antworten, der sagt: „Bei allen Tugenden, bei allen Pflichten sucht man nur den Schein; ich suche die Wirklichkeit.“ Wenn Sie sich den Markt ansehen, stellen Sie fest, dass die Wirklichkeit eine andere ist, Herr Kollege.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW] - Christopher Vogt [FDP]: Das haben Sie aber gerade gegoogelt, oder! - Martin Habersaat [SPD]: Das kann der alles auswendig! - Zuruf: Nein, das kann er so!)

- Ich bin nicht der Überzeugung, dass wir für einen Markt, der tatsächlich - da haben Sie recht - in einem gewissen Unordnungsbereich ist - es gibt diese Intransparenz, die wollen wir auch unbedingt abschaffen -, immer Gesetze brauchen, sondern wir können auch über den Bereich der hier vorgeschlagenen Berufsqualifizierung, der Berufsordnung und auch durch das Bestellerprinzip eine ganze Menge erreichen. Das ist vielleicht ein Schritt, den ich zunächst einmal sehe, bevor wir in das gesetzliche Verfahren eintreten, denn wir haben sehr viele Maklerinnen und Makler, die auf dem Markt eben keine schwarzen Schafe sind, sondern die auch nach einer gewissen beruflichen Ehre - so sage ich es einmal - arbeiten. Deshalb finde ich es erst einmal wichtig, dass wir diesen Weg gehen, bevor wir das über die gesetzliche Keule machen. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die steigenden Immobilien- und Wohnkosten stellen ein Problem für immer mehr Menschen in unserem Land dar. Deshalb ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mittlerweile auch in Schleswig-Holstein - in Hamburg schon länger - zu einer der größten Herausforderungen für die Politik geworden.

Man muss natürlich auch sehen: Vielen Menschen, die Eigentum haben, kommt das auch entgegen. Sie sagen: Es ist doch schön, wenn die Preise steigen, dann steigt auch unser Vermögen. Es ist aber mitt-

lerweile eine große soziale Frage, ob man sich Wohnraum leisten kann oder nicht.

Ich finde es deshalb gut, dass sich auch die SPD-Fraktion Gedanken darüber macht, wie man dem Problem begegnen kann. Die Kauf- und Mietnebenkosten spielen bei den Wohnkosten in der Tat eine große Rolle. Die SPD sagt uns schon mit der Überschrift ihres Antrags, dass sie damit, ich zitiere, „bezahlbares Mieten und Kaufen von Wohnungen und Häusern sicherstellen“ will.

Das ist ein bisschen weit oben ins Regal gegriffen, denn das ist ein hehres Ziel. Leider kann Ihr Antrag dieses Ziel nicht annähernd erreichen. Die Ursachen für steigende Kosten sind deutlich komplexer, als Sie es mit Ihrem Antrag suggerieren. Die Wohnungspolitik der SPD beschränkt sich im Bund und auch hier im Land ja im Wesentlichen darauf, den vermeintlich gierigen Vermietern und den noch gierigeren Maklern die Schuld für steigende Preise in die Schuhe schieben zu wollen. Ich finde, das ist etwas unterkomplex. Man könnte das auch populistisch nennen, das ist aber natürlich nicht mein Stil.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, witzig! - Ich glaube, klar ist auch: Die meisten Makler verdienen in Zeiten des Immobilienbooms sehr gut. Ich glaube, das liegt auf der Hand. Wenn die Immobilienpreise steigen, wie es seit einigen Jahren in deutlichem Maß der Fall ist, dann steigen natürlich auch die Provisionen. Es ist momentan einfacher, eine Immobilie zu verkaufen als in früheren Zeiten. Das heißt, der Aufwand ist auch etwas geringer. Aber die Bekämpfung von Symptomen hilft uns nicht wirklich weiter. Das Kernproblem ist und bleibt, dass das Wohnraumangebot seit Jahren nicht mehr mit der steigenden Nachfrage schritthält.

Wir haben hier jetzt interessante Aussagen zum Thema Funktionieren des Marktes gehört. Natürlich funktioniert der Markt. Das Angebot ist zu klein. Die Nachfrage ist groß, deshalb steigen die Preise. Aber der Markt löst natürlich nicht das Problem. Die Politik muss ihre Hausaufgaben machen. Die Kommunen müssen in den nachgefragten Gebieten, und das betrifft im Wesentlichen den gesamten Hamburger Rand und den Bereich um die Städte sowie natürlich Tourismusregionen wie Sylt oder die Ostküste, deutlich mehr Bauland zur Verfügung stellen. Das Land muss es ihnen aber auch erlauben.

Herr Dr. Stegner, darauf haben wir in der vergangenen Wahlperiode schon hingewiesen. Wir werden jetzt endlich entsprechend den Landesentwick-

(Christopher Vogt)

lungsplan flexibilisieren, sodass das Land das nicht verbietet, wo Wohnraum nachgefragt wird. Das ist doch völlig widersinnig. Die Landesbauordnung muss ebenfalls mehr Freiräume schaffen. Auch bei der innerstädtischen Schaffung von Wohnraum gibt es viele Beschränkungen. Ich glaube, auch da müssen wir rangehen.

Der Staat muss die Schaffung und den Erwerb von Wohneigentum unterstützen und darf nicht weiter der größte Kostentreiber beim Thema Wohnen sein. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. In der Tat hat Deutschland im europäischen Vergleich eine erschreckend geringe Quote an Wohneigentum. Das ist gerade für die junge Generation ein Problem wegen der Altersversorgung. Dies wird immer wichtiger, um im Alter tatsächlich abgesichert zu sein.

Die meisten Bundesländer - und Schleswig-Holstein ging da leider voran - haben angesichts von Haushaltsproblemen in den vergangenen Jahren die Grunderwerbsteuer erhöht. Auch die allermeisten Kommunen, ich glaube, über 70 % in Schleswig-Holstein, haben die Grundsteuer erhöht. Planungen und Genehmigungen von Wohngebieten dauern vielerorts immer noch zu lange. Es mangelt an Handwerkern, an Vorschriften mangelt es nicht. Auch hier kommen jedes Jahr neue Vorschriften hinzu, die das Bauen verkomplizieren, verlangsamen und verteuern. Ehrlich gesagt, ich finde, die Politik muss ihre Hausaufgaben machen und nicht mit dem Finger auf vermeintlich gierige Vermieter und Makler zeigen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Dr. Tietze, mich überzeugt auch nicht der Vorschlag, die Maklergebühren dem Verkäufer statt dem Käufer aufzubürden. Diese Gebühr würde bei einem Verkäufermarkt, wie wir ihn seit Jahren haben, eingepreist werden. Insofern wäre der Effekt aus meiner Sicht gleich null. Das würde also nicht helfen. Wir sehen das Problem bei den Mietwohnungen seit der Einführung des Bestellerprinzips. Seit 2015 hat sich die Lage für Mieter vielerorts nicht gerade zum Positiven entwickelt. Das liegt auch daran, dass viele Wohnungen gar nicht mehr auf dem Immobilienmarkt angeboten werden, weil man als Vermieter sagt: Gut, ich akzeptiere gleich den Nachmieter, bevor ich noch eine Provision zahlen muss. Insofern ist das auch kein Instrument, das funktioniert.

Maklergebühren zahlen, das wollen wohl die Wenigsten gern. Frau Ünsal, Sie haben das heute etwas anders dargestellt, als es in der Berichterstattung rüberkam. Ich finde es ein bisschen schwierig, die

Gebühren an die der Notare anzupassen. Der Aufwand ist doch ein anderer, das muss man, glaube ich, sehen. Sie haben das heute etwas differenzierter dargestellt. Ich glaube, es macht keinen Sinn, dass viele kleine Makler sich zurückziehen müssen und dass man den wenigen Branchengrößen das Feld überlässt.

Wir sollten beim Thema Wohnkosten mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sollten an das Thema Grunderwerbsteuer herangehen. Dafür muss auf Bundesebene noch ein Gesetz geändert werden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Dr. Stegner, abschließend möchte ich sagen: Wir wollen beim Thema Share Deals eine Lücke schließen und im Gegenzug Familien gezielt entlasten. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Ich würde mich freuen, wenn der Bund dafür gesetzgeberisch den Weg freimacht. Ich würde mich auch freuen, wenn der Bund das vielleicht auch finanziell unterstützt, statt beim Baukindergeld undifferenziert und bürokratisch helfen zu wollen. Das funktioniert nicht. Er sollte lieber die Länder bei der Grunderwerbsteuer unterstützen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bezahlbarer Wohnraum in unserem Land ist knapp. Entsprechend sind Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit leider ein ständiges Thema für viel zu viele Menschen. Wir haben dies im Laufe des vergangenen Jahres hier im Haus verschiedentlich diskutiert. Die SPD öffnet jetzt auf der Suche nach einer Problemlösung den sozialdemokratischen Werkzeugkoffer, und siehe da, im Paternalismusfach findet sich noch eine Regulierungs-idee. Das ist typisch für Sie. Wir machen Sie auf ein Problem aufmerksam. Sie sehen etwas zerknirscht ein, dass das Problem tatsächlich existiert, und dann sind Sie erst ratlos. Dann kommen Sie mit noch mehr Regulierung und mit noch mehr Bevormundung.

Sie regulieren natürlich völlig am eigentlichen Problem vorbei, denn eine grundlegende Frage müssen Sie doch zuerst einmal beantworten: Was macht Wohnen denn heute so deutlich teurer als noch vor

(Jörg Nobis)

einigen Jahren? Die Antworten sind vergleichsweise einfach. Bauen ist teurer geworden, insbesondere wegen immer neuer Dämmvorschriften, aber auch die laufenden Wohnkosten sind durch die völlig vermurkste und von vorn bis hinten unsoziale Energiepreise gestiegen und steigen fröhlich weiter. Bei beiden Punkten werbelt die SPD bundesweit fröhlich mit und unterstützt auch in Schleswig-Holstein eine Politik, die diejenigen am härtesten trifft, die eh schon am wenigsten haben.

Die Unsinnigkeit Ihres Antrags lässt sich recht kurz zusammenfassen: Erstens. Bei Vermietungen gilt bereits seit 2015 das Bestellerprinzip. Diese Umstellung hat die Belastung in Höhe von meist 2,38 Nettokaltmieten fast völlig verdrängt. Heute werden im Gegenzug immer weniger Mietwohnungen durch Makler vermittelt. Allerdings, und das gehört zur Wahrheit dazu, werden auch immer weniger offen angeboten. Die Umstellung war also nicht ohne Folgen, positive wie negative. Sie tun heute mit Ihrem Antrag aber so, als ob Sie den Mietern im Land etwas Gutes tun wollen. Dabei ist alles, was Sie fordern, bereits Rechtslage, zumindest bei Vermietungen. Jedenfalls geht Ihr Antrag in diesem Punkt völlig ins Leere.

Zweitens. Beim Immobilienkauf stellen die Nebenkosten regelmäßig gerade für Familien eine Hürde dar. Sie übersehen aber in Ihrem Antrag, dass es eine SPD-geführte Regierung war, die zuletzt einen verpflichtenden Kostentreiber von 5 auf 6,5 % erhöht hat, nämlich die Grunderwerbsteuer. Nur zur Erinnerung: Bis 2012 betrug sie noch 3,5 %. Das heißt, es gab in sechs Jahren fast eine Verdoppelung dieser Steuer. Genau das macht den Kauf von Wohnimmobilien teuer. Das sind Fakten, die Sie beständig ignorieren. Ganz klar und deutlich sage ich: Sie haben den Grundstein für eine zwangsläufige Kostensteigerung beim Erwerb von Wohnimmobilien gelegt.

Es kommt noch schlimmer: Wenn jetzt die Verkäufer die Courtage zu tragen hätten, würden sie sich diese in aller Regel beim Käufer wiederholen. Das hat auch Herr Vogt gerade gesagt. Diese Kosten würden beim Kaufpreis eingepreist werden. Auf den entfallen dann noch einmal 6,5 % Steuer. Nein, meine Damen und Herren von der unsozialen Partei Deutschlands, da machen wir nicht mit.

Zu guter Letzt lassen Sie völlig offen, wo Sie die Vergleichbarkeit zur Notarkostenordnung hernehmen. Auch Notare werden bei Immobilienkäufen tätig und stellen natürlich einen Kostenfaktor dar. Davon abgesehen ist die notarielle Tätigkeit mit derjenigen eines Immobilienmaklers überhaupt

nicht vergleichbar. Der Makler wirkt aktiv am Zustandekommen eines Vertrages mit, wohingegen der Notar mit der Beurkundung dafür sorgt, dass der vom Gesetz vorgeschriebenen Form für Auflassungen entsprochen wird. Der Notar bereitet nicht den Vertragsabschluss als solchen vor und berät die Beteiligten des Kaufvertrags auch nicht dabei. Er ist stattdessen auf die Rolle des neutralen Beurkundens festgelegt.

Wenn aber bereits die Tätigkeiten von Notaren und Maklern in der Sache nicht miteinander vergleichbar sind, so ist auch nicht nachvollziehbar, wie eine sich an der Notarkostenordnung orientierende Gebührenordnung für Immobilienmakler ein - wie es in Ihrem Antrag heißt - angemessenes Verhältnis von Gebühren und Leistungen bei der Vermittlung von Wohnimmobilien herstellen soll, wie dies Ihr Antrag vorsieht.

Meine Damen und Herren von der SPD, dieser Antrag ist bestenfalls wirkungslos. Sie agieren völlig an der Realität vorbei, Sie ignorieren dabei die wirklichen Probleme auf dem Wohnungsmarkt, und eine SPD-Regulierungswut hilft uns da nicht weiter. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man auf der Suche nach einer neuen Bleibe ist, dann hat man früher oder später wohl auch mit Immobilienmaklern zu tun. Eine neue Bleibe zu finden, kann zudem auch sehr kostspielig werden.

Da Wohnen ohnehin teuer ist, wiegen weitere Kosten bisweilen besonders schwer. Bisher stellt sich dies eher als eine Art Wildwuchs dar. Da werden etwa Maklerprovisionen von 3,57 % jeweils für Käufer und Verkäufer veranschlagt, die aber auch bis auf knapp 6 % steigen können. Wer die Kosten zu tragen hat, kann durchaus unterschiedlich sein. Mal trägt sie nur der Käufer, mal der Verkäufer oder auch beide Seiten. Das Ganze wirkt schon bisweilen ein wenig beliebig. Bei einem 200.000-€-Objekt liegt dann die Differenz zwischen dem Normalsatz und einer erhöhten Gebühr, wie ich es gerade beschrieben habe, schon einmal, bei schlappen 6.000 € - für beide Seiten, versteht sich!

(Lars Harms)

Interessant ist auch, wie man überhaupt Immobilienmakler werden kann. Auch hier gibt es große Unterschiede. Von einer mehrjährigen Ausbildung bis zum 14-tägigen Crashkurs ist alles dabei. Das Angebot beziehungsweise Zwangsangebot ist also durchaus vielfältig; denn wenn man beispielweise einen Kauf oder eine Anmietung ganz ohne Makler tätigen will, wird es in der Tat ein schwieriges Unterfangen. So sieht die aktuelle Gemengelage auf dem Wohnungsmarkt aus, und das ist für diejenigen, die kaufen oder mieten wollen, zutiefst unbefriedigend.

Ich möchte an dieser Stelle ganz sicher nicht den Eindruck erwecken, das alles, was Geld kostet, schlecht sein muss. Darum geht es ganz und gar nicht. Es ist auch klar, dass jede Branche ihre Hochs und Tiefs hat, ihre schwarzen sowie ihre weißen Schafe hat, selbstverständlich. Hier entwickelt sich in der Wohnbranche bisweilen eine ganz eigene Dynamik.

Ohnehin ist es doch so, dass von staatlicher Seite zu Recht immer wieder hier und da versucht wird, den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten. Der echte Durchbruch ist bisher allerdings noch nicht gelungen, wobei man auch sagen könnte, dass das von der Bundesregierung angekündigte Baukindergeld im Nu von Maklergebühren und teureren Häusern und Wohnungen aufgesogen werden würde. Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich richtig, eine verbindliche Gebührenordnung im Vorfeld für die Tätigkeit von Immobilienmaklern zu schaffen. Diese könnte sich ähnlich wie die Gebührenordnung der Notare an der Kaufsumme orientieren. Damit würde man zumindest die Maßnahme des Baukindergelds und andere Maßnahmen zur Entlastung des Wohnungsmarktes sichern und schlussendlich auch ihren angedachten Effekt zumindest einigermaßen gewährleisten. Denn das ist doch das, worum es eigentlich geht: den Wohnungsmarkt entlasten und gerechte Gebühren erheben. Die Nebenkosten wären somit für alle Beteiligten von Anfang an bekannt, und das ist doch erst einmal etwas grundsätzlich Positives, gerade für die betroffenen Menschen.

Zudem müsste für die Maklergebühren das Bestellerprinzip gelten. Bisher gilt das Bestellerprinzip nur für Mietobjekte. Wir würden uns wünschen, dass dies in Zukunft auch für Eigentumsobjekte gilt. Schließlich handelt es sich hier um einen quasi identischen Vorgang. Wer den Makler am Anfang bestellt, und das sind meist die Verkäufer, soll ihn dann auch bezahlen.

Es wäre doch schön, wenn man für das Mieten wie auch für den Kauf ähnliche Rahmenbedingungen vorhalten würde.

Seit 2015 konnte man für den Bereich des Mietens hier gute Erfahrungen sammeln, und entgegen mancher Befürchtungen ist der Maklerberuf nicht zugrunde gegangen. Es gibt genügend Makler, und es werden sogar immer mehr. Im Gegenteil, die Nachfrage nach Wohnraum ist weiterhin enorm, und das ist ein riesiges Problem. Das wird sich kurz- und mittelfristig wohl auch nicht ändern. Deshalb ist es klar, dass dieser überhitzte Markt Regeln braucht, gerade was die Makler angeht, um ihn zu steuern. Eine dieser Regelungen könnte die Festlegung von Maklergebühren sein, die ausschließlich vom Verkäufer beziehungsweise vom Vermieter zu tragen wären. Das würde für Transparenz sorgen, das würde vor allen Dingen für Sicherheit bei den Leuten sorgen, die am Markt die schlechteste Position haben, das sind die Mieter und die, die ihr „Kleinhäuschen“ kaufen wollen, das sie irgendwann 30, 35 Jahre lang abbezahlen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Stegner hat sich zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet. Bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich auf die Diskussion mit den demokratischen Fraktionen und auf die Argumente, die vorgebracht worden sind, beschränken. Ich denke, wenn man das mit den Maklern anders regeln würde, sprächen wir auch über Leistungsgerechtigkeit, denn sowohl die Seriositätskriterien als auch die horrenden Unterschiede, welche Preise erzielt werden können, werden eben nicht durch den Markt geregelt.

Wenn es jetzt zweitens um die Baukosten geht, weil das hier kritisiert worden ist, ist die Grunderwerbsteuer ein Punkt. Sie dürfen aber nicht vergessen, wie sich die Zinssätze entwickelt haben, was die Belastung insgesamt angeht. Wenn sich das Zinsniveau wieder annähernd dahin bewegen würde, wo es schon einmal war, kann man eher über die Grunderwerbsteuer reden als jetzt, wo die Gesamtbelastung für eine junge Familie deutlich geringer ist als zu Zeiten war, als die Zinsen höher gewesen sind.

(Dr. Ralf Stegner)

Schließlich haben wir ein paar Instrumente wie die Mietpreisbremse oder das Bestellerprinzip, die leider teilweise in der Praxis nicht funktionieren. Bei der Mietpreisbremse hat es unser Koalitionspartner leider immer verhindert, dass dieses Instrument genügend scharfe Zähne bekommt, um sie anwenden zu können. Beim Bestellerprinzip, Herr Kollege Lehnert, ist es schon richtig, was Frau Barley sagt. Ich habe nur auf ein paar Problemfälle hingewiesen, die es trotzdem gibt, weil es der Markt nicht regelt. Das weiß Frau Barley natürlich, aber ich dachte, ich wollte es Ihnen nicht vorenthalten; denn man kann ja immer noch dazulernen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Das Thema mit den niedrigen Zinsen stimmt natürlich. Das Problem ist, dass der Anstieg der Immobilienpreise in den letzten Jahren die Zinersparnis in den meisten Regionen wieder aufgefressen hat. Die niedrigen Zinsen helfen vielen Familien gar nicht. Bei der Grunderwerbsteuer ist das Problem, dass es ein fester Prozentsatz ist. Die steigenden Immobilienpreise lassen auch immer mehr die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer steigen. Dann zu sagen, man muss erst auf ein Ansteigen der Zinsen warten, bis man hier wieder etwas regeln kann, wäre nicht besonders fair und gerecht.

Herr Dr. Stegner, ich denke, man muss vorher schon für Entlastung sorgen. Wenn man auf andere Faktoren zeigt, sollte man als Staat vielleicht mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist meine Auffassung.

- Herr Kollege Vogt, ich kann Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung sagen: Als ich damals selbst ein Haus gebaut und dieses zu finanzieren hatte, waren die Zinsen relativ hoch. Es war ein gravierender Unterschied zu dem heutigen Zinsniveau und den langfristigen Belastungen, verglichen mit dem, was an Grunderwerbsteuer anfällt. Ich habe ein ganz normales Einfamilienhaus in Bordesholm gebaut und kann Ihnen sagen, dass es aufseiten der Belastungen ein riesiger Unterschied ist.

Wenn der Staat in der Lage wäre, Familien zu entlasten und in die Zukunft investieren zu können, weil sich die Einnahmen günstig entwickelt haben und die anderen Dinge, die wir miteinander verabredet haben, passiert sind, würde ich Ihnen zustimmen, dass man dann über entsprechende Spielräume spricht.

Wir sind ja nicht darauf festgelegt, eine möglichst hohe Grunderwerbsteuer zu haben.

(Beifall FDP)

- Danke für Ihren Beifall. Ich sage nur: Es muss im Verhältnis stehen. Hier war das Argument Belastung der Familien. Da muss ich Ihnen entgegnen, dass wir durch die gewaltigen Veränderungen beim Zinsniveau de facto bei einem Nullzins angekommen sind. Damals lagen die Zinssätze im zweistelligen Bereich. Das ist für eine junge Familie, auf jeden Fall wenn sie nicht zu den Großverdienern gehört, eine gewaltige Belastung gewesen. Da hat sich manches geändert.

Sie haben aber recht, wenn der Staat es kann, sollte er jungen Familien helfen. Da bin ich durchaus bei Ihnen.

Ich möchte darauf hinweisen, weil immer von „der“ Politik gesprochen wird: Ich finde es eine Unart, immer von der Politik zu sprechen. Es gibt nicht die Politik, sondern Unterschiede zwischen den Parteien.

(Beifall SPD, Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir unterscheiden uns auch beispielsweise im Hamburger Land, wo wir nicht nur darüber reden, wo man bauen darf. Wenn man in die Gemeindevertretungen schaut und überlegt, wer denn die Hand hebt, wenn wir über den Geschosswohnungsbau und das bezahlbare Wohnen reden, dann sind es sehr häufig die Sozialdemokraten, sehr oft sind es auch Christdemokraten und Freie Demokraten. Die Grünen sagen leider manchmal auch: Da machen wir nicht mit. - Das wird mir bei vielen Besuchen gesagt, die ich im Hamburger Land habe, wenn ich frage: Wie stimmen eure Gemeindevertretungen ab? - Auch das ist ein Punkt, das man nicht nur für Eigenheime, sondern auch für Mietwohnungsbau sorgen muss.

Noch ein letztes: Hans-Jochen Vogel, der inzwischen weit über 90 Jahre alt ist, hat einen sehr klugen Vorschlag gemacht, von dem ich mir wünschte, dass ein paar Jüngere ihn aufgreifen würden. Denn es gibt noch andere preistreibende Faktoren. Wenn Sie zum Beispiel heute Land verkaufen, das mor-

(Dr. Ralf Stegner)

gen Bauland wird, werden Sie über Nacht zum Millionär ohne eigene Leistung. Der Wertzuwachs, den wir hierbei haben, wird bei Weitem nicht so besteuert, wie er besteuert werden müsste. Auch das Spekulieren mit Wohneigentum fällt darunter. Im Grundgesetz steht ja nicht: „Jeder ist sich selbst der Nächste“, sondern da steht „Eigentum verpflichtet“. Um dem gerechter zu werden und eine sozialere Wohnungspolitik zu betreiben, fände ich es richtig, auch solche Dinge in den Blick zu nehmen. Wenn sich die Parteien dann darin unterscheiden, weil die einen, wie der Kollege Tietze gesagt hat, lieber keine Gesetze machen, sondern lieber auf den Markt setzen, und die anderen ein bisschen mithelfen möchten, damit es in Deutschland ein wenig gerechter zugeht, dann fühlt sich die Sozialdemokratie gut erkannt. Und wenn wir den SSW an unserer Seite haben, dann freut uns das sehr. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages eine Gruppe der AWO Schleswig-Holstein sowie Schülerinnen und Schüler der Sönke-Nissen-Gemeinschaftsschule Glinde. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Landesregierung hat nun der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Zeiten angespannter Wohnungsmärkte darf die Wohnungssuche nicht durch die Forderung unverhältnismäßig hoher Nebenkosten erschwert werden. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig, und das weiß auch diese Landesregierung.

Die Maklercourtage scheint auf den ersten Blick ein Ansatz zu sein. Aber bei näherer Prüfung können wir den Vorstoß leider nicht unterstützen. Insbesondere drei Gründe sprechen dagegen:

Erstens. Es gibt keine tatsächlichen Vorteile für die Wohnungssuchenden; schlimmstenfalls könnte eine solche Regelung sogar nachteilig sein.

Zweitens. Das System der sozialen Marktwirtschaft rechtfertigt nur ausnahmsweise solche massiven Eingriffe in die Preisbindung.

Drittens. Das eigentliche Problem, um das es hier geht - das haben wir auch in der Diskussion erlebt -, ist die Frage der Wohnungsknappheit. Dieses Problem können wir durch dieses Thema, egal wie wir es gestalten, mit Sicherheit nicht lösen.

Warum gibt es keine Vorteile für Wohnungssuchende? Bei der Vermietung gilt bereits heute das Bestellerprinzip. Wiederholt wurde hier im Raum gesagt, die Courtage müsse ohnehin vom Vermieter gezahlt werden, wenn er den Makler beauftragte. Ich kann sehr wohl nachempfinden, was Herr Dr. Stegner vorhin gesagt hat und was hier auch wiederholt gesagt worden ist: Es gibt schwarze Schafe, die dieses umgehen. Ich habe allerdings berechtigte Zweifel, dass wir solche schwarzen Schafe ausmerzen können. Denn egal welche Regelung wir finden, schwarze Schafe werden immer eine Möglichkeit finden, auch diese neuen Wege zu umgehen.

(Beifall FDP)

Der Regelungsbedarf besteht allenfalls beim Kauf und Verkauf von Immobilien. Hier gilt im Maklerrecht das Prinzip der Erfolgsprovision. Also nur beim Abschluss eines Kaufvertrages über die Immobilie kann der Makler ein Entgelt verlangen. Würden wir die Vergütung nun auf eine tätigkeitsbezogene Gebührenordnung, also auf Gebühren für Leistungen umstellen und zum Beispiel Gebührentatbestände für Objektbesichtigungen einführen, könnten Makler dann auch ohne ein erfolgreiches Geschäft möglicherweise für eine Vermittlung die Hand aufhalten. Ich glaube, das würde ein noch größeres Maß an Belastungen mit sich bringen. Das Ganze wäre dann wohl weder im Interesse der Verkäufer noch der Käufer,

(Beifall FDP)

zumal es auch nicht tendenziell das Interesse eines Maklers an einem schnellen Abschluss erhöhen würde. Er würde vielmehr versuchen, möglichst lange zu beraten.

Stattdessen sollten wir auch beim Verkauf das Bestellerprinzip einführen, ähnlich wie bei der Miete.

In Schleswig-Holstein beträgt die durchschnittliche Courtage 7,14 % des Kaufpreises. In der Regel - das ist von den Kollegen in meinem Haus ermittelt worden - teilen sich Verkäuferinnen und Käufer diese jeweils ungefähr hälftig. Es wird auch heute

(Minister Hans-Joachim Grote)

insofern ein gewisses ausgeglichenes Verhältnis geben.

Deshalb sehe ich eine Gefahr, wenn wir durch zusätzliche Kosten den Kaufpreis insgesamt weiter erhöhen. Denn das hätte einen erhöhten Kaufpreis zur Konsequenz. Wenn dies einfließt, käme es zumindest für die Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer zu einem noch höheren Wert, der zulasten der anstehenden Käufer ginge. Das wäre sicherlich keine gute Lösung.

Wir wollen keine unverhältnismäßigen Eingriffe in das Vertragsrecht. Die Höhe der Maklerprovision sollte frei vereinbar bleiben; denn der Grundsatz der Vertragsfreiheit ist Teil unserer Marktwirtschaft und auch der persönlichen Freiheitsrechte, die wir in diesem Land haben.

Grenzen setzen die Gerichte bei überhöhten Preisen schon heute. Grundsätzliche Gebührentatbestände sind nur ausnahmsweise gerechtfertigt, etwa dann, um einen Wettbewerb bei grundlegenden oder sogar lebenswichtigen Leistungen auszuschließen, zum Beispiel im Bereich der medizinischen Versorgung. Das trifft aber bei Maklern nicht zu.

Die Gebührenordnung der Notare kann ohnehin nicht als Vergleich herangezogen werden; denn Notare üben, anders als Makler, ein öffentliches Amt aus. Das ist eine ganz andere Aufgabenbeschreibung. Darüber haben wir in den vorherigen Ausführungen schon etwas gehört.

Das Entscheidende aber ist der dritte Punkt. Das eigentliche Problem ist und bleibt die Wohnungsknappheit in Ballungsgebieten. Auch eine Gebührenordnung für Makler löst dieses Problem mit Sicherheit nicht. Damit würde in diesem Land nicht eine Wohnung oder ein Gebäude mehr entstehen.

(Beifall CDU und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Ich habe es gesagt: Das ist das Entscheidende. Das müssen wir auch angehen.

Ich kann Ihnen sagen: Das Wichtigste bei der Wohnungspolitik ist die soziale Wohnraumförderung. Die Förderzahlen haben aufgrund unserer Anstrengungen, aber auch aufgrund der Anstrengungen der Vorgängerregierung, deutlich zugenommen. Wir haben unsere Zuschüsse sehr positiv eingesetzt. Dadurch sind erhebliche Bestände neu geschaffen worden. Dass wir das Problem damit nicht über Nacht lösen, ist wohl allen klar. Aber die Entscheidung, dieses Programm fortzusetzen, ist der richtige Weg.

Wir befürworten außerdem weiterhin das Entstehen von Wohnraum in zentralen und begehrten Lagen. Deshalb fördern wir nun auch den Dachgeschossausbau. Das ist ein toter Raum, der bislang nicht genutzt werden konnte und der heute sogar mit Fördermitteln ausgebaut werden kann, um auf diese Weise dem erhöhten Wohnraumbedarf Rechnung zu tragen.

An der Erleichterung der bauordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen wird ebenfalls gearbeitet. Wir waren gestern auf der Bauministerkonferenz zusammen, um Hindernisse regulatorisch abzubauen und so weiterhin Kosten für die künftigen Bauherren einzusparen.

Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass der Tatbestand der Mietpreisüberhöhung im Wirtschaftsstrafgesetz wieder praxistauglich wird und Mieterinnen und Mieter nicht vor einer unerfüllbaren Beweislast stehen, sondern dass dieser Tatbestand wieder aufgelebt werden kann. Auch darüber waren sich die Bauminister einig.

Schließlich halten wir eine Dynamisierung des Wohngeldes für sinnvoll, um die Position der Mieterinnen und Mieter zu stärken. Das Wohngeld sollte künftig automatisch auch an steigende Mieten beziehungsweise an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden. Damit ist eine Reichweite und eine bessere Förderung der Menschen, die Hilfe brauchen, gegeben.

Meine Damen und Herren, Wohnraum muss bezahlbar sein. Das ist nicht nur Ihr politisches Votum, das ist auch unsere Handlungsmaxime als Innenministerium. Daran sollten wir auch weiterhin gemeinsam arbeiten.

Der vorliegende Vorschlag, sich in dieser Form nur mit dem Thema Maklergebühren auseinanderzusetzen, ist wohl nicht allein der richtige Weg. Lassen Sie uns unsere Kräfte lieber dort bündeln, wo es wirklich zur Entlastung der Wohnungsuchenden beiträgt. Mein Haus ist für alle Vorschläge in dieser Richtung offen und würde Sie unterstützen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Da Ausschussüberweisung nicht beantragt worden ist, stimmen wir in der Sache ab. Wer dem Antrag in der Drucksache 19/881 zustimmen will, den bitte

(Präsident Klaus Schlie)

ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. - Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Antrag in der Drucksache 19/881 abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/882

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob dieser Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile deshalb das Wort für die Landesregierung dem Herrn Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Frau Abgeordnete Midyatli, ich möchte jetzt gern über die kinderärztliche Versorgung sprechen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Aufgabenspektrum und Arbeitsumfang in den Kinder- und Jugendarztpraxen haben sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt und auch deutlich erweitert. Die zentralen Ursachen dafür sind die Zunahme der empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche, zugleich die Ausweitung des Untersuchungsumfanges als solchem bei den einzelnen Untersuchungen sowie das Hinzukommen neuer Impfungen sowie die damit verbundenen und zum Teil sehr umfangreichen und zeitintensiven Impfberatungen.

Des Weiteren nenne ich die Ambulantisierung früher stationär behandelter Erkrankungen, die zunehmende Bedeutung von Entwicklungs- und Verhaltensauffälligkeiten als Gegenstand von pädiatrischer Diagnose und Beratung sowie der verstärkte Fokus auf psychische und psychosomatische Erkrankungen und sozialbedingte Beeinträchtigungen. All das sind medizinisch fachliche Gründe für die

höhere Auslastung und die höhere Arbeitsbelastung in Kinderarztpraxen. Hinzu kommt in jüngerer Zeit - das ist an sich eine sehr schöne Nachricht -, dass wir in Schleswig-Holstein auch wieder mehr Kinder haben.

Genau deswegen weist das Landesamt für soziale Dienste deutlich mehr Einladungen zu den Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen auf. Hier gab es einen Zuwachs von 160.890 im Jahr 2012 auf rund 177.000 im Jahr 2017. Entsprechend nahm auch die Zahl der Untersuchungen in den Kinder- und Jugendarztpraxen zu.

Was die Auswirkungen dieser Entwicklung angeht, ist festzuhalten - das weiß der Antragsteller natürlich auch -, dass wir rein rechnerisch nach wie vor in keinem einzigen Planungsbereich des Landes einen Versorgungsmangel feststellen können. Im Gegenteil, nach den Vorgaben der Bedarfsplanungsrichtlinie ist Schleswig-Holstein derzeit mit Kinderärzten rechnerisch überversorgt, woraus sich eine Zulassungssperre für sämtliche Planungsbereiche ergibt. Dennoch - das möchte ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen -: Das eine ist das Rechnerische, das andere sind die Eltern, die auf einen Arzttermin für ihr Kind warten.

(Heiterkeit FDP)

Dennoch sind selbstverständlich auch meinem Haus Berichte von Eltern bekannt, die Probleme haben, eine Kinder- und Jugendarztpraxis für ihr Kind zu finden, lange auf einen Termin warten oder auch längere Fahrtzeiten in Kauf nehmen müssen. Zahlen dazu, wie häufig das der Fall ist, liegen dem Ministerium allerdings nicht vor.

Dem Grunde nach ist das geschilderte Problem natürlich auch eher der für die Sicherstellung der ambulanten Versorgung auch im pädiatrischen Bereich verantwortlichen Kassenärztliche Vereinigung in Schleswig-Holstein und den anderen Akteuren der Selbstverwaltung bekannt. Alle gesundheitspolitischen Akteure in Schleswig-Holstein haben ein großes Interesse an einer angemessenen, an einer guten Versorgung der Kinder und Jugendlichen hier im Land.

Grundlage für diese rechnerische Festlegung stellt die vertragsärztliche Bedarfsplanung dar. Deren Grundzüge werden vom Gemeinsamen Bundesausschuss - also dem berühmten, von allen Gesundheitspolitikern sehr geliebten GBA - in der Bedarfsplanungsrichtlinie festgelegt. Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein und die Landesverbände der Krankenkassen sowie die Ersatzkassen beschließen im Landesausschuss auf dieser

(Minister Dr. Heiner Garg)

Grundlage im Einvernehmen gemäß § 90 des Sozialgesetzbuches V den Bedarfsplan. Dabei hat der Landesausschuss die Möglichkeit, von einer Bedarfsplanungsrichtlinie abzuweichen, wenn regionale Besonderheiten dies für eine bedarfsgerechte Versorgung erforderlich machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau das ist schon mehrfach geschehen.

Aktuell gibt es in Schleswig-Holstein 205,5 zugelassene Kinderarztsitze. Im Jahr 2012 waren es 190. Das zeigt, dass der Landesausschuss die Zahl der Kinder- und Jugendarztsitze trotz der rechnerischen Bedarfsdeckung schon in dieser Zeit aufgestockt hat. Derzeit praktizieren nach Information der Kassenärztlichen Vereinigung 224 Kinderärztinnen und Kinderärzte, davon 188 mit eigener Zulassung und 36 als Angestellte. Allerdings arbeiten von diesen 224 20,5 % Ärztinnen und Ärzte in Teilzeit, die meisten davon auf einer halben Stelle. Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, rechnen auch wir damit, dass sich das geschilderte Problem perspektivisch eher verstärken wird.

Für Kinderärztinnen und Kinderärzte gilt - für alle anderen Facharztgruppen ebenfalls -, dass ein erheblicher Teil altersbedingt in den nächsten Jahren die Berufsausübung beenden wird. So beträgt das Durchschnittsalter der Kinderärztinnen und Kinderärzte in Schleswig-Holstein derzeit rund 53 Jahre. Aktuell sind sich abzeichnende Engpässe der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Land selbstverständlich bekannt. Allerdings, das will ich an der Stelle auch deutlich sagen, sind die Handlungsmöglichkeiten zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung der verpflichtenden KV bundesrechtlich extrem limitiert und bedürfen der Zustimmung zumindest einiger der kostentragenden Kassen.

Von der oben dargestellten Möglichkeit der Sonderbedarfszulassungen wurde in Schleswig-Holstein vom Zulassungsausschuss in den letzten zweieinhalb Jahren bereits mehrfach Gebrauch gemacht. Das gilt gerade bei Kinderärztinnen und Kinderärzten insbesondere im Hamburger Umland, in Ahrensburg, in Schwarzenbek, in Norderstedt, in Henstedt-Ulzburg, in Kaltenkirchen und in Bad Bramstedt, mithin in Gemeinden mit deutlicher Zunahme von Kindern.

Hinzuweisen ist weiter auf Maßnahmen zur Nachwuchsförderung von Kinderärztinnen und -ärzten für die ambulante Versorgung, um diese auch zu gewinnen. Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein fördert gemeinsam mit den Kassen landesweit zehn Stellen für Ärztinnen und Ärzte in

Weiterbildung in der Arztgruppe Kinder- und Jugendmedizin. Was möglicherweise so wenig daher kommt - insgesamt werden 36 Ärztinnen und Ärzte in dieser berühmten Verbundausbildung, davon allein zehn Kinderärztinnen und Kinderärzte, gefördert -, ist meiner Meinung nach ein richtiges Signal der Kassenärztlichen Vereinigung. Es ist auch eine richtige Schwerpunktsetzung zur zukünftigen Versorgung. Damit wird es Praxen ermöglicht, angehende Kinderärztinnen und -ärzte wegen ihrer Facharztweiterbildung in ihren Praxen zu beschäftigen und weiterzubilden, um Nachwuchs für die ambulante Versorgung gewinnen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einen allerletzten Punkt ansprechen, weil der mir durchaus relevant und nicht unerheblich erscheint. Auch für Kinderärztinnen und -ärzte gilt - insbesondere wenn sie in besonderen „Problemstadtbezirken“ arbeiten, in denen die Zugänglichkeit im Zweifel noch ein größeres Problem als in besonders gut situierten Stadtteilen ist -, dass erbrachte Leistungen auch konsequent vergütet werden müssen. Ich halte die Budgetierung gerade im ambulanten Bereich, gerade bei Haus- und Kinderärzten, was die Versorgung angeht, wirklich für ein inzwischen ganz großes Problem. Ich plädiere noch einmal dafür, dass hier alle gemeinsam an einem Strang ziehen, auch wenn mir das bei der letzten GMK nicht gelungen ist. Ich plädiere ausdrücklich für den Einstieg in die Entbudgetierung. Davon profitieren insbesondere Kinderärztinnen und -ärzte, und zwar insbesondere in Stadtteilen, bei denen es dringend notwendig wäre, dass der Zugang zur Versorgung verbessert wird.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überzogen. Diese Zeit steht nun - wenn gewollt - auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst beginne ich meine Rede damit, dass ich mich beim Minister und vor allem bei seinem Team für die kurzfristige Ermöglichung, einen Einblick in die Problematik zu gewinnen, bedanke. Bitte rich-

(Bernd Heinemann)

ten Sie Ihrem Team den herzlichen Dank der SPD für diesen kurzfristigen und sehr ertragsreichen Bericht aus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir sind froh, dass wieder mehr Kinder geboren werden, aber nicht froh, dass immer mehr Kinder- und Jugendärzte aus dem Berufsleben ausscheiden werden. Wir haben gerade gehört: Durchschnittsalter 53 Jahre. Man kann an fünf Fingern abzählen, wie schnell die Kinder- und Jugendärzte ausscheiden werden.

Wir freuen uns über mehr Sorgfalt bei der Prävention von Krankheiten im Kindesalter und mehr Vorsorge, mehr Untersuchungen, wozu zum Beispiel auch die neue 7-A-Untersuchung und andere gehören. Nicht erfreut sind wir über längere Wartezeiten oder das Abweisen von Kindern und Jugendlichen.

Das ist besonders im Hamburger Rand oder in Brennpunkten vorgekommen, und warum? - Weil die Bedarfsrichtlinien teilweise über 30 Jahre alt sind. Als sie geschrieben wurden, sprach man von einer Ärzteschwemme. Die Parameter, die damals zugrunde gelegt worden sind, sind immer nur wieder peripher verändert worden, nicht grundsätzlich. Deshalb haben wir diese Unwucht. Sie haben eben beschrieben, Herr Minister, wie viel Aufgaben neu dazugekommen sind.

Die Erwartungen der Eltern sind oft anspruchsvoller und für Kinder selbst heutzutage verhaltens kreativer, was natürlich auch hier seine Auswirkungen hat. Es ist gut, wenn auch EU-Bürger, wie Rumänen und Bulgaren, in Brennpunktstadteilen auf die Gesundheit ihrer Kinder achten, sehr gut. Aber aufwendig sind Behandlungen und Untersuchungen zum Beispiel dann, wenn Dolmetscher erforderlich sind. Auch dafür sind Lösungen erforderlich. Das ist sicher auch im Interesse der EU und hat übrigens nicht mit Flüchtlingen zu tun, wie Sie vielleicht einwerfen werden.

(Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mich mit den Kinder- und Jugendärzten in Gaarden sehr ausführlich unterhalten. Hier hilft manchmal das Instrument des Sonderbedarfs - davon haben Sie gesprochen, Herr Minister -, der einem Brennpunkt, zum Beispiel in Billstedt oder in Gaarden, zugute kommen kann, während zum Beispiel der Begriff Hausarzt in der Holtenuer Straße heute eine ganz andere Bedeutung hat. Da hat nämlich fast jedes Haus einen Arzt.

(Heiterkeit SPD - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Das ist einer der Gründe dafür, warum es eine Unwucht gibt. Man muss bei der Vergabe der Arztsitze neu nachdenken, meine Damen und Herren.

Auffällig ist die Versorgung der Kinder- und Jugendärzte im Hamburger Rand. Glinde ist eines der ersten Opfer der knapper werdenden ärztlichen Ressourcen. Fast ein Drittel der Kinder- und Jugendärzte, ist, wie gesagt, über 60 Jahre alt. Die 174 praktizierenden Kinder- und Jugendärzte in Hamburg und die 205 in Schleswig-Holstein können sicherlich besser vernetzt werden, und die Rahmenbedingungen können sicherlich auch gemeinsam gestaltet werden. Wir haben ja einen gemeinsamen Ausschuss, in dem wir mit der Hamburger Bürgerschaft über unsere Ideen reden. Warum nicht auch über Gesundheitspolitik, die man organisieren kann? Frau Prüfer-Storcks in Hamburg und Herr Spahn in Berlin sind sich offenbar darüber einig, dass bei der Bedarfsplanung auch die Landes- beziehungsweise Bundesaufsicht eine wichtigere Rolle einnehmen sollten. In Hamburg ist das jetzt schon so.

Ich möchte den Gesundheitsminister ermutigen - er ist ja selbstbewusst und stark genug -, dies auch in Schleswig-Holstein zu ermöglichen und sich zwischen die Verhandlungspartner Kassen und KV zu setzen und Einfluss zu nehmen. Das ist bisher nicht üblich, aber es ist möglich. Meine Damen und Herren, ich bin gespannt, was Herr Spahn dazu vorschlägt. Er hat ja so etwas vor.

Menschen, die wir in der Situation erleben, dass sie Kindern helfen wollen, brauchen Ihre Unterstützung, Herr Minister, sie brauchen unsere Unterstützung. Ich denke, Ihr Bericht ist ein guter Startschuss dafür. Wenn es um die Gesundheit unserer Kinder geht, sollte uns jeder Schritt wichtig sein.

Ich danke noch einmal für den Bericht. Über alles Weitere sprechen wir bei Gelegenheit im Ausschuss.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall Dennys Bornhöft [FDP] und Lars Harms [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Herrn Minister Dr. Garg für seinen umfangreichen Bericht, ich danke aber auch Bernd Heinemann für den Berichtsantrag. Somit kommt einmal ein sehr wichtiges Thema in den Fokus. Kinder sind unsere Zukunft. Wir reden über Kitas, wir reden über Schulen. Da wird viel diskutiert. Aber auch die gesundheitliche Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen ist eine wichtige Basis, über die wir reden müssen.

Über die Bedarfsplanung haben wir schon gesprochen. Sie wurde 1977 installiert. Das ist über 40 Jahre her. Damals ging es darum, die Überversorgung mit Ärzten in der Region zu regeln. Seitdem hat sich vieles geändert.

Das Durchschnittsalter der niedergelassenen Ärzte ist deutlich gestiegen. Dies gilt auch für die Kinder- und Jugendärzte. In Schleswig-Holstein gibt es im Rahmen des Kinderschutzgesetzes ein verbindliches Einladungswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen. Das wurde hier auch schon erwähnt. So bekommen die Eltern eines jeden Kindes mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein von der U 4 bis zur U 9 zu jeder Früherkennungsuntersuchung eine Einladung vom Landesfamilienbüro, also vom Landesamt für soziale Dienste. Erfolgt keine Rückmeldung eines Arztes über die Durchführung, so wird mit einem Erinnerungsschreiben noch einmal darauf hingewiesen. Erfolgt auch dann keine Rückmeldung, wird die kommunale Ebene, das Gesundheits- beziehungsweise das Jugendamt, tätig und besucht die Familie. Dann wird sie entsprechend beraten, bei Bedarf werden Hilfen angeboten et cetera. Das ist auch gut so. In diesem System darf kein Kind verloren gehen. Krankheiten - das hat der Minister auch erwähnt -, die früher in Kinderkliniken behandelt wurden, werden heute ambulant behandelt.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass die Anforderungen an unser System insgesamt umfangreicher geworden sind. Ob die Bedarfsplanung damit immer Schritt halten kann, ist die Frage. Was rechnerisch in Ordnung ist, ist in der Praxis noch lange nicht in Ordnung. Auf der anderen Seite hat uns die steigende Geburtenrate in Deutschland alle positiv überrascht. Im Jahr 2016 wurden in Deutschland 776.000 Kinder geboren. Das sind 19 % mehr als fünf Jahre zuvor. Somit besteht ein riesiger Bedarf. Wir hören - jeder merkt es in seinem Wahlkreis - immer wieder Beschwerden über lange Wartezeiten, darüber, dass man keinen Kinderarzt bekommt und so weiter.

Deshalb werden wir diese Problematik in Zukunft weiter diskutieren müssen. Wir werden mit den Vertretern der Selbstverwaltung, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärzteschaft, den Verbänden und den Krankenkassen in einen Dialog eintreten müssen. Vom Parlament, von uns, muss die Initiative ausgehen. Wir müssen dafür sorgen, dass eine wohnortnahe und hochwertige medizinische Versorgung sichergestellt ist. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Aminata Touré das Wort.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Ich freue mich, dass wir heute einen mündlichen Bericht zur aktuellen Lage in Schleswig-Holstein erhalten haben. Wir haben als Koalitionsfraktion vor einigen Monaten mit einem Landtagsantrag den Startschuss für eine umfassende Bestands- und Bedarfsanalyse für Gesundheit gegeben. Die ärztliche Versorgung für alle Altersgruppen ist hierbei ein wichtiger Bestandteil.

Schaut man sich die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen in Form der Planung der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein an, scheint erst einmal alles gut zu sein: In keinem Kreis gibt es eine Unterversorgung. Fragt man allerdings Eltern, hat man das Gefühl, dass etwas schief läuft. Nicht überall ist es leicht, einen Behandlungstermin zu bekommen. Eltern erleben zuweilen, dass sie in der Praxis ihrer Wahl nicht aufgenommen werden können und auf eine andere ausweichen müssen. Wie kann das sein, und wie passt das zusammen?

Nach einem Tiefstand gibt es wieder mehr Kinder im Land. Das ist erst einmal schön. Die Geburtenrate ist leicht gestiegen. Weitere Kinder sind gemeinsam mit ihren Familien durch die Migrationsbewegungen zu uns gekommen. Die Krankenkassen haben ihren Katalog der freiwilligen, kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen ausgebaut. Lücken im Altersverlauf sind geschlossen worden. Heute gibt es die U 1 bis U 6 für Babys, die U 7 bis U 9 für Kleinkinder, die U 10 und die U 11 für Grundschulkinder sowie die J 1 und die J 2 für Jugendliche. Auch die Inanspruchnahme der einzelnen Vorsorgeangebote hat sich verbessert. Eltern von heute

(Aminata Touré)

sind gut informiert und engagiert. Ihnen ist die Gesundheit ihrer Kinder sehr wichtig.

Das alles sind positive Entwicklungen, aber sie schlagen sich nicht ausreichend in der ärztlichen Bedarfsplanung nieder, auch nach der letzten Reform nicht. Die Zahlen der Einwohnerinnen und Einwohner, auf deren Basis die Zahl der möglichen Arztzulassungen berechnet wird, sind nicht aktuell. Die Differenzierung der Bezirksgrößen nach Arztpraxen ist zwar sinnvoll, aber eine Möglichkeit der Steuerung, wo im Bezirk sich ein Arzt oder eine Ärztin niederlässt, gibt es nach wie vor nicht. Es kommt zu einer ungleichen Verteilung und real auch zu unterversorgten Regionen.

Ein weiterer Aspekt ist die Veränderung des Berufsstandes. Immer mehr Ärztinnen und Ärzte achten darauf, dass ihr Beruf und ihre Familie in einer guten Balance stehen. Nicht jeder und jede, der oder die eine Vollzulassung hat und aus persönlichen Gründen vorübergehend in Teilzeit praktiziert, gibt die halbe Zulassung zurück. So kann diese halbe Stelle nicht anderweitig vergeben werden. Ein Engpass entsteht.

Es ist gut, dass der Gesundheitsminister berichtet hat, wie die aktuelle Situation in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein ist. Aber konkret und direkt verändern kann die Landesregierung diese Lage nicht, zumindest nicht allein. Zuständig für die Bedarfsplanung und Zulassung ist die Kassenärztliche Vereinigung. Gesetzlicher Gestaltungsspielraum liegt auf der Bundesebene und nicht beim Land. Auch dort haben Bundesärztekammer und gemeinsamer Bundesausschuss den Hut auf.

Wir Grüne halten es deshalb für sinnvoll und geboten, die stark getrennten Sektoren und einseitigen Zuständigkeiten im Gesundheitswesen aufzubrechen. Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte und Ärztinnen, öffentlicher Gesundheitsdienst, Politik und ärztliche Selbstverwaltung müssen gemeinsam Verantwortung tragen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Bernd Heinemann [SPD])

Sie alle müssen an einem Strang ziehen. Grundlage muss immer eine aktuelle, sektorenübergreifende Planung sein, auf der Basis aktueller Zahlen und unter Einbeziehung der vorherzusehenden Entwicklung. Alle Beteiligten müssen gemeinsam die Rahmenbedingungen gestalten, regional landesweit und auf Bundesebene. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich - und die FDP-Fraktion - schließt sich ausdrücklich dem Dank an Gesundheitsminister Heiner Garg und sein Team für den Bericht an, danke aber auch dafür, dass wir den Bericht heute hören konnten.

(Beifall Jörg Hansen [FDP])

Kinder sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft, somit auch der Gesellschaft von Schleswig-Holstein. Neben den Eltern, die eine große Verantwortung haben, hat auch die öffentliche Hand ein Stück weit Verantwortung, dass es unseren Kindern auf ihrem Weg gut geht und sie bestmöglich begleitet werden. Hierzu gehört auch eine umfassende medizinische Versorgung.

Die Chance eines Kindes, sich körperlich und seelisch gesund zu entwickeln, hängt zum einen von Zuwendung und Betreuung, aber eben auch von der Gesundheitsförderung und von der Vorbeugung von Krankheiten ab. Im Kindes- und Jugendalter bilden sich wesentliche gesundheitsrelevante Verhaltensweisen heraus, die dann auch das Erwachsenenalter bestimmen. Viele Gesundheitsstörungen in den ersten Lebensjahren werden zu Risikofaktoren für schwerwiegende Erkrankungen im späteren Leben. Deswegen muss die Gesundheit eines Kindes regelmäßig begutachtet werden.

Einen sehr wichtigen Beitrag hierzu leisten die verschiedenen Vorsorgeuntersuchungen, bei denen ein Arzt oder eine Ärztin die altersgemäße Entwicklung eines Kindes überprüft und dokumentiert. Denn nur weil ein Kind optisch gesund erscheint, heißt das noch lange nicht, dass es wirklich vollumfänglich gesund ist. Deswegen ist diese Aufgabe so wichtig.

(Beifall Jörg Hansen [FDP])

Damit die gesundheitliche Versorgung der Kinder und Jugendlichen in Schleswig-Holstein auch in Zukunft gesichert ist, brauchen wir eine hochwertige, bedarfsgerechte und vor allem auch gut erreichbare medizinische Versorgung. Es wurde erwähnt, dass es hier und da zwar genug Ärzte gibt, aber

(Dennys Bornhöft)

Probleme bezüglich der Terminvergabe bestehen, vor allem im Hamburger Rand. Das muss man im Auge haben. Es wurde hier auch erwähnt, dass das im Fokus des Ministeriums und der Akteure ist.

Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung wird ein Viertel aller praktizierenden Kinder- und Jugendärzte in den nächsten fünf Jahren in den Ruhestand gehen. In Schleswig-Holstein ist es ungefähr ein Fünftel, bei dem das in den nächsten Jahren droht. Nachrückende Mediziner sieht man vor allem erst einmal prinzipiell in den Großstädten; auf dem Land, aber auch in Kleinstädten ist es leider etwas schwieriger, Nachfolger zu finden.

Minister Garg hat die Begriffe Ärzteschwemme und Budgetierung erwähnt, die Anfang der 90er-Jahre von der Bundesregierung angeführt wurden. Da sieht man wieder einmal, dass der Großvater aller Regierungsprobleme, Horst Seehofer, der auch einmal Bundesgesundheitsminister gewesen ist, den einen oder anderen Pflock eingeschlagen hat, von dem wir heute noch negativ tangiert werden. In seiner derzeitigen Funktion scheint es auch nicht besser zu sein.

(Unruhe)

Ein weiterer Aspekt ist, wenn Ärztinnen und Ärzte planen, Kinder zu bekommen. Leider ist es in Deutschland statistisch noch so, dass es bei den Geschlechtern eine große Differenz gibt, was die Inanspruchnahme von Teilzeitmodellen betrifft. Frauen sind weiterhin die überwiegenden Nutzerinnen von Teilzeitmodellen, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Das ist an sich positiv, aber hier gibt es Druck auf die Versorgung. Warum? Weil wir - was an sich gut ist - immer mehr Ärztinnen haben und es vor allem in dem Bereich der Kinder- und Jugendärzte mehr Frauen gibt. Wenn dort mehr in Teilzeit gearbeitet wird, bedeutet das, dass wir zwar eine höhere Kopfzahl an Ärzten haben, die aber nicht Vollzeit zur Verfügung stehen. Das muss man berücksichtigen und mehr dafür werben, dass Teilzeit und Elternzeit mehr von Männern in Anspruch genommen wird.

Bezüglich des zukünftigen Bedarfs noch ein Hinweis des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte: Dieser hat im letzten Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass chronische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen auf dem Vormarsch sind. Chronische Erkrankungen, die behandelt werden müssen, werden immer mehr. Dazu gehören zum Beispiel Magen- und Darmerkrankungen, Asthma, Diabetes oder auch Migräne. Um solche Erkrankungen, die aufwendig behandelt werden müssen,

auch in Zukunft gewissenhaft behandeln zu können, werden wir vermutlich noch mehr Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin brauchen als heutzutage.

Wir alle wollen eine hochwertige, bedarfsgerechte und gut erreichbare medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein. Ich freue mich - das wurde heute klar -, dass KVSH, Ärztekammer, Landesregierung, aber auch die meisten Fraktionen in diesem Hause genau das im Fokus haben, und freue mich - es wird sicherlich noch einmal eine Debatte dazu geben -, dass wir da überwiegend am gleichen Strang ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Auch von uns aus ein Dankeschön an Minister Garg für den Bericht, vor allem in der Kürze der Zeit. Sehr viele Zahlen, sehr genau recherchiert, das könnte nicht besser sein. Aber auch ein Dank an die SPD-Fraktion; Ihre Initiative ist wichtig, denn wenn Presse, wenn NDR, wenn Fernsehen über den Kinder- und Jugendärztemangel berichten, wenn uns Briefe von Eltern erreichen, die nicht fassen können, wie lange sie auf einen Termin warten müssen, dann ist es mit Sicherheit Grund genug, dass sich Politik, also hier und heute auch dieses Hohe Haus, mit der Problemlage befasst.

(Unruhe)

Ich kann von hier aus heute nicht abschätzen, ob das rechtzeitig genug geschieht, aber dass man keinesfalls passiv bleiben darf, ergibt sich schon daraus, dass niemand von uns riskieren möchte, dass ähnliche Versäumnisse eintreten wie bei den Landärzten.

Die Ursachen und Gründe für die derzeitige Situation sind zum größten Teil von meinen Vorrednern schon genannt worden; ich brauche sie nicht zu wiederholen. Allerdings - das klang im letzten Redebeitrag an - sind sie auch nicht ganz überraschend. Blättert man einmal in den Protokollen und Veröffentlichungen des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte aus den letzten Kalenderjahren,

(Dr. Frank Brodehl)

findet man eindeutige Aussagen und Warnungen. Eine zitiere ich einmal - -

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter. - Könnten wir vielleicht die letzten Minuten etwas konzentrierter sein? - Danke.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Danke sehr. - Ich zitiere den Berufsverband aus dem Jahr 2017:

„Die Mehrbelastung der Kinder- und Jugendärzte wird von der Politik vollkommen ignoriert ... Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen, eine wieder steigende Geburtenrate und Flüchtlingskinder verschärfen die Situation in den Praxen.“

Auch die anderen Gründe - mehr Vorsorgeuntersuchungen, qualifizierte Krankschreibungen, Atteste für Kindergarten und Schule, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht, die bevorstehende Ruhestandswelle, überproportional häufiger Besuch von kranken Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, steigende Zahl chronischer Erkrankungen -, all das äußerte der Verband auch schon 2017.

Aus dem Bericht des Ministeriums habe ich nicht hinreichend heraushören können, ob und wie Politik die Forderungen des Verbands erreicht haben. Für mich ist noch nicht klar, wie sehr die Verantwortlichen mit dem Verband ins Gespräch gekommen sind und - wenn ja - welche konkreten Maßnahmen möglicherweise schon eingeleitet worden sind.

Über die Datenlage und Bedarfsplanung wurde ebenfalls schon berichtet. Auf dem Papier scheint alles zu stimmen, es gibt rechnerisch genügend Kinderärzte. Gleichzeitig spiegelt die Statistik die gefühlte Realität nicht wider, zumindest nicht die Realität in den unterschiedlichen Regionen; das Stichwort Hamburger Umland ist schon gefallen.

Das führt uns zu der Frage, ob nicht nur die Datenlage, sondern ob darüber hinaus auch die derzeit angewandten Berechnungsmethoden unzeitgemäß sind und modernisiert werden sollten. Ich möchte das hier als Frage stellen.

Meine Damen und Herren, Sie kennen den alten Spruch von Kurt Schumacher: „Politik fängt mit der Betrachtung der Wirklichkeit an“. Wenn Politik Abhilfe schaffen soll oder - besser - wenn Politik

präventiv wirken soll, gehört die Berechnungsmethode der Datenlage auf den Prüfstand, und dann gehört das Thema aus meiner Sicht auch noch einmal in den Sozialausschuss, was ich hiermit beantragen möchte.

Eines zeichnet sich für mich nach den Redebeiträgen und dem Bericht des Ministeriums noch klarer ab als vor der heutigen Plenarsitzung: Es gilt, perspektivisch keine Zeit mehr zu verlieren, gerade weil wir es mit einer ganz vielschichtigen Problematik zu tun haben. Ein Zustand, dass Eltern mit ihren Kindern nicht mehr zum Kinderarzt gehen, weil sie um Termine betteln müssen, darf auf keinen Fall eintreten. Kinder brauchen Kinderärzte, und wir sollten alle daran arbeiten, dass es davon auch morgen noch genügend gibt. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Auch ich möchte mich bei dem Minister und seinem Team für den ausführlichen Bericht bedanken. Ich muss zugeben, dass mich die Zukunft der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen beunruhigt. Wenn in manchen Regionen von Aufnahmestopps und monatelangen Wartezeiten die Rede ist, ist das schlimm genug, wenn aber der Verband der Kinder- und Jugendärzte dazu klar vorhersagt, dass innerhalb der kommenden fünf Jahre ein Viertel der von ihnen vertretenen Mediziner in Rente geht, ist das alarmierend.

Grundsätzlich beschäftigt uns der Ärztemangel regelmäßig, und trotzdem weist die SPD hier auf eine drohende Lücke in der Versorgung hin. Aus Sicht des SSW sollten wir uns deshalb dringender intensiver mit diesem Problem beschäftigen. Aus dem Bericht ging ja auch klar hervor, dass man schon ein Augenmerk darauf hat.

Schon im Antrag sind wesentliche Faktoren aufgelistet, die zu Engpässen bei ärztlichen Behandlungen von Kindern und Jugendlichen führen. Um Missverständnisse zu vermeiden, muss ich eines klar sagen: Wir setzen weder hinter den Nutzen vermehrter Vorsorgeuntersuchungen noch hinter die zunehmende Inanspruchnahme anderer medizinischer Leistungen ein Fragezeichen.

(Flemming Meyer)

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Alle Kinder und Jugendlichen im Land haben selbstverständlich den Anspruch auf eine hochwertige medizinische Versorgung - unabhängig von der Region, in der sie leben. Es ist zuallererst die Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen, dies zu organisieren und langfristig sicherzustellen.

Es ist nicht nur Fakt, dass mehr Vorsorgeuntersuchungen stattfinden und allgemein mehr medizinische Leistungen in Anspruch genommen werden, sondern es ist auch klar, dass diese Untersuchungen, die Krankheitsbilder und ihre Behandlungen oft anspruchsvoller als früher sind. Wir wissen, dass der Bedarf vor allem dadurch steigt, dass erfreulicherweise einfach mehr Kinder geboren werden.

Eigentlich ist das meiste davon nicht neu. Diese Dinge müssten in der Versorgungsplanung berücksichtigt werden. Doch leider stehen wir hier vor ähnlichen Problemen wie zum Beispiel bei den Landärzten. Es fehlen Anreize, um diesen Beruf zu ergreifen. Für angehende Mediziner sind andere Fachbereiche deutlich attraktiver - zum Teil auch aus finanziellen Gründen.

Laut Bedarfsplanung haben wir bei Kinder- und Jugendärzten keine Unterversorgung. In der Realität sieht es an manchen Stellen im Land gefühlt anders aus. Mir ist bewusst, dass wir uns die fehlenden Mediziner nicht einfach schnitzen können. Ich denke aber schon, dass die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen diese Versorgungslücke noch ernster nehmen und gegensteuern könnten. Spätestens nach der Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene wird es hier Möglichkeiten geben, die man auch nutzen muss.

(Beifall SSW und SPD)

Natürlich stehen auch wir Landespolitiker in der Verantwortung. Ich denke zwar, dass detailliertere Daten zur tatsächlichen Versorgungslage nicht schaden könnten. Wenn aber ein erheblicher Teil der Ärzteschaft zeitnah in Rente geht, muss dringend die Basis für Nachwuchs verbreitert werden.

Aus Sicht des SSW sollten wir deshalb den Zugang zum Medizinstudium grundsätzlich erleichtern. Der Bedarf an Ärztinnen und Ärzten wird absehbar weiter steigen, längst nicht nur im Bereich der Kinder- und Jugendärzte. Da liegt es für mich nahe, dass man sich Gedanken nicht nur über die Absenkung des Numerus clausus, sondern auch über weitere Lehrstühle und vor allem Studienplätze macht. Dies

wäre zumindest ein wichtiger Schritt, um zukünftige Versorgungslücken zu schließen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

(Sandra Redmann [SPD]: Wer? - Heiterkeit)

- Frau Abgeordnete, wir stellen Ihnen gern eine Übersicht zur Verfügung.

(Sandra Redmann [SPD]: Ich hatte den Namen nicht verstanden!)

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich nur kurz reden; ich kann es aber auch länger machen.

(Lukas Kilian [CDU]: Erst einmal kurz vorstellen! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Du kannst dich kurz vorstellen! - Heiterkeit)

- Das würde etwas länger dauern. - Herr Minister, ich möchte ein paar Punkte ergänzen und Ihnen damit den Rücken stärken. Ich glaube, es gibt noch ein paar weitere Punkte, die Sie nicht erwähnt, aber sicherlich im Kopf haben.

Erstens stellen wir fest: Wir haben die Situation, dass etwa 9 % der Kinder übergewichtig sind - ich befürchte, in Schleswig-Holstein ist das etwa die gleiche Zahl -, und zwar mit steigender Tendenz. Das heißt, Adipositas hat auch etwas mit Bewegungsmangel zu tun, was die Kinderärzte auch beklagen.

Das bringt mich zum zweiten Punkt. Bei dem, was wir gerade diskutiert haben, brauchen wir noch viel mehr Anstrengung im Bereich der Prävention. Das zeigen auch Untersuchungen. Ich kann aus eigener Anschauung sagen: In den letzten Jahren haben die Kitas dort deutlich weniger tun können, als sie machen müssten. Nehmen Sie die Zahnmedizin, nehmen Sie die Bewegung, nehmen Sie die Ernährung. Die Möglichkeiten in den Kitas sind gar nicht gegeben. Ich halte es für dringend notwendig - Studien zeigen das -, dass die Frage, was gesund macht, eigentlich Thema in den Kitas sein müsste. Das geht noch weit über das hinaus, was wir über die Kinderärzte diskutieren.

Dritter Punkt. Das gehört zu der Versorgung, die wir betrachten müssen. Die Kinderuntersuchungen

(Dr. Heiner Dunckel)

im fachärztlichen Bereich haben ein riesiges Problem. Ich weiß das aus eigener Anschauung. Versuchen Sie, im Bereich Orthopädie oder Hautärzte einen Termin für Kinder zu bekommen. Ich habe noch kleine Kinder. Sie müssen im hautärztlichen Bereich in Flensburg ein Dreivierteljahr warten. Das ist kein Kinderarztproblem, sondern das Problem der Betreuung von Kindern im fachärztlichen Bereich.

Der letzte Punkt. Die Kinderärzte berichten immer wieder, dass es einen Bruch ab U 9 gibt. Die Kinder, die problematisch sind, tauchen beim Kinderarzt nicht mehr auf. Das ist ein Riesenproblem. U 10 und U 11 ist nicht mehr verpflichtend und werden auch nicht mehr von jeder Kasse bezahlt. Die Untersuchungen J 1 und J 2 - die Jugendarztuntersuchungen - finden kaum statt. Das heißt, die Kinder, die aus präventiven Gründen dringend zum Arzt gehen müssten, kommen dort gar nicht mehr an.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Herr Abgeordneter Dr. Brodehl, Sie hatten beantragt, den Bericht dem Sozialausschuss zu überweisen. Bei mündlichen Berichten ist das nach unserer Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Es gibt aber das Selbstbefassungsrecht des Ausschusses, sodass das Thema dort diskutiert werden kann, wenn es gewünscht ist.

Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 19/882 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Tagung bis morgen früh und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:16 Uhr